

SPW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

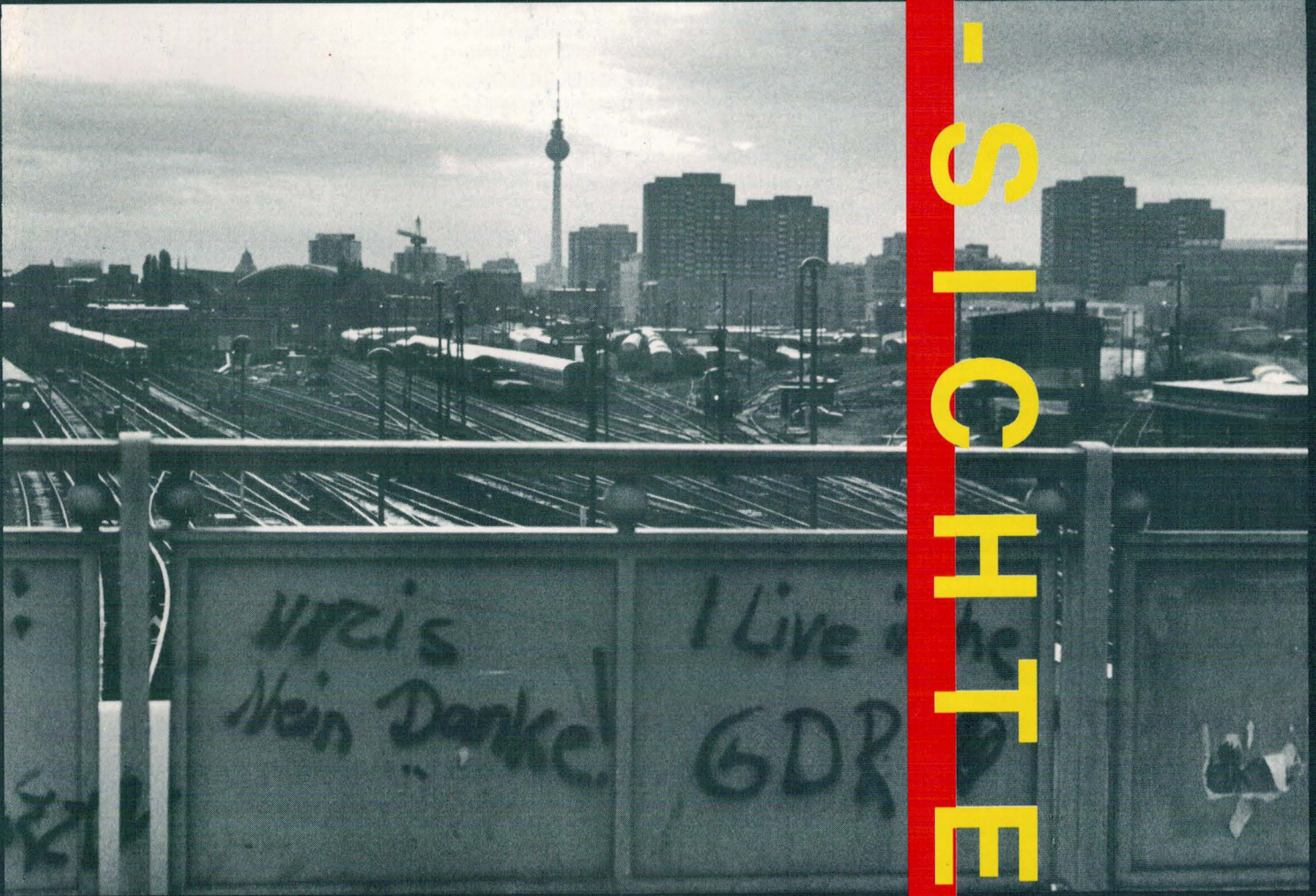
PETER VON OERTZEN
Das Kreuz mit der
Identität der "Linken"

REINHARD HÖPPNER
Illusionen
und Zumutungen

JOACHIM RASCHKE
Chancen
der SPD-Linken

ANDREAS WEHR
Zum außenpolitischen
Leitantrag

OST-SICHTEN



KURZUM

von Uwe Kremer

Was im letzten kurzum schon als Mutmaßung angesprochen wurde, das wird in diesem Heft mit einem Artikel des nordrhein-westfälischen SPD-Fraktionsvorsitzenden **Friedhelm Farthmann** eindrucksvoll bestätigt - nämlich ein heraufziehendes wirtschafts- und sozialpolitisches "Petersberg". Friedhelm Farthmann selbst wird sicherlich nichts dagegen haben, wenn man seinen Versuch einer grundlegenden Revision der sozialdemokratischen Programmatik auf diesem Feld auf diese Weise charakterisiert. Und seinem offenkundigen Wunsch nach Zuspitzung der Kontroverse sollte auch von links her Rechnung getragen werden. Dies weist über den bevorstehenden Parteitag hinaus. Dort wird ein derartiges "Petersberg" wohl noch nicht offensiv eingefordert werden. Die eigentlichen "Hämmer" stehen noch bevor.

Wichtig ist hierbei, daß es nicht alleine um wirtschafts- und sozialpolitisch kompetente Programmatik geht, sondern auch um die Interpretation dieser "unserer" Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Man braucht jüngere Aussagen zur "Pluralisierung von Milieus", zur "Individualisierung von Lebensstilen", zur Bedeutung der "Zivilgesellschaft" usw. gar nicht über Bord zu werfen. Aber das, was heute Wirtschaft, Gesellschaft und Politik akut bestimmt, das ist zuallererst eine Konfrontation von ökonomisch-sozialen Interessen, eine Auseinandersetzung zwischen Klassen (und nicht zwischen Milieus und Lebensstilen, so sehr sie das konkrete Leben der Klassen auch prägen mögen).

Nun ist dies keineswegs als euphorisches Klassenkampf-Tamtam gemeint (Marke: Hurra, es gibt ihn doch noch!). Der Aufschwung betrieblicher und gewerkschaftlicher Kämpfe an der Ruhr, im Osten, an der Küste, in Franken und vielen anderen Teilen der Republik ist bemerkenswert und auch ermutigend. Aber die Position der Gewerkschaften in den Branchen, Fachzweigen und Betrieben ist

doch so, daß sich auch Gewerkschaften wie die IG Metall in der betrieblichen, tarifpolitischen, *klassenpolitischen* Realität *gezwungenermaßen* auf Kompromisse werden einlassen müssen, die wir SPD-Linken in der "Realität" von Parteitagen noch zu verhindern suchen - und zwar gegen diejenigen, die aus der gewerkschaftlichen Not eine sozialdemokratische Tugend machen wollen.

Kurzum: Wir müssen - unbedingt - Wege finden, den Kampf um inhaltliche Positionen auf dem bzw. nach dem Parteitag mit den realen sozialen Kämpfen in den Branchen (aber auch und gerade in den Kommunen) und der Defensive, in der wir uns dort befinden, in Beziehung zu setzen.

Ich möchte auf zwei meiner Erachtens bemerkenswerte Artikel in dieser Ausgabe der spw hinweisen, die zunächst - und auch von ihrer Platzierung her gesehen - nichts, in der Substanz und in ihrer Methode aber viel miteinander zu tun haben. Im Rahmen des Schwerpunktes "Ost-Sichten" befaßt sich der SPD-Fraktionsvorsitzende von Sachsen-Anhalt, **Reinhard Höppner**, mit der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Im Anschluß an Dokumente aus dem Jahre 1977 zu den Beziehungen von Jusos und FDJ, SPD und SED nimmt die damalige SHB-Bundesvorsitzende **Mechthild Jansen** - 1978 u.a. wg. ihrer Beziehungen zu den Kommunisten aus der SPD ausgeschlossen - einen sehr persönlich gefärbten Rückblick vor.

Ihnen gemeinsam ist der Versuch, nicht zu lamentieren, nicht anzuklagen, nicht Schuldige zu suchen, sondern schlicht und einfach zu sprechen und dadurch eine Sprache zu finden, in der die Motivationen und die Entwicklung der Beteiligten in ihrem Wechselverhältnis deutlich werden, und darüber schließlich zu *verstehen* (ohne zu *entschuldigen*). Übergreifend ist es in beiden Fällen das Verhältnis von West und Ost, BRD und DDR, das die Folie für historische Verstrickungen abgibt, die sich anscheinend am besten durch biographisches Bearbeiten aufzulösen beginnen und über die man sich dann den offenen Fragen nähern kann. Wichtig ist, daß es sich hierbei um eine Methodik handelt, die nicht nur für die Vergangenheit von Bedeutung ist. Kurzum:

"Jede Position schränkt die Sichtweise ein - dort wo man/frau selbst im Feld steht. Der Unterschied fürs Ganze kann groß sein. Dem wäre zukünftig vielleicht kritisch zu begegnen, indem bewußt auch jede andere Sichtweise einmal eingenommen und durchdacht wird." (Mechthild Jansen)



Aufeinander zugehen tag

Die Ost-West-Wochenzeitung

Ich möchte den FREITAG kennenlernen...

und bestelle 6 Ausgaben zum Probierpreis von DM 12,- (nur Vorkasse: Bar oder Scheck). Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abonnement um.

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift
Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche (Poststempel) beim FREITAG, Postfach 360 520, 1000 Berlin 36 widerrufen kann.

2. Unterschrift _____

Einsenden an: Vertrieb FREITAG
Postfach 360 520, 1000 Berlin 36

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Henz Albrecht (Berlin)
Diether Dehn (Frankfurt M.)
Jürgen Egert † (Berlin)
Katrin Fuchs (Verl.)
Josef Händls † (Wien)
Klaus Peter Kisker (Berlin)
Hannich Jenker (Bielefeld)
Susi Mobbbeck (Bremen)
Ursula Pausch Gruber (München)
Claudia Walther (Aachen)
Kurt Wani (Hamburg)
Burkhard Zimmermann (Berlin)

Redaktion:

Ingo Arend
Gisela Becker
Uwe Kremer
Heiner Kockerbeck
Ralf Krämer
Fiete Saß
Birgit Zeerner

Redaktionssekretär

Ralf Schmitz

Redaktions- und Verlagsanschrift:

Kieler Str. 13, 51065 Köln
Telefon (0221)623271, Telefax
(0221)612815

Verlag:

spw-Verlag Redaktion GmbH,
Kieler Str. 13, 51065 Köln

Geschäftsführer:

Andreas Bach
Ulla Saß

Konto des Verlages:

Postgironr.: Dertmund
Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
mit ca. 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 51,-

ermäßigtes Jahresabonnement
(für Schülerinnen, Studentinnen, Erwerbslose) DM 42,-, Auslandsabonnement DM 54,-

Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschi-
nenschrift und mit einem ausreichenden
Rand versehen sein.

Wenn möglich, sollen Manuskripte auf
Diskette mit einem Ausdruck geliefert
werden (MS-DOS-Textverarbeitungssystem
5 1 4 oder 3 1 2 Zoll).

ISSN 0170 461 3

spw Verlag Redaktion GmbH 1993.
Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
vorbehalten.

Titelfoto

Stephan Hoppe, Köln

Satz und Gestaltung:

Judith Nüßbaum, Köln

Druck:

Nolte Druck, Iserlohn

1.-3. Tausend November 1993

MAGAZIN

Uwe Kremer

KURZUM 2

Andreas Wehr

Kein großer Wurf

Anmerkungen zum außen- und sicherheitspolitischen

Antrag des Parteivorstands 4

spw-Geschäftsführung

spw-Intern 5

Horst Arenz

Lust am Untergang

Zur wirtschaftspolitischen Programmdiskussion

der SPD vor dem Parteitag 6

Friedhelm Farthmann

Stellungnahme zu dem Aufsatz von Arenz/Peter

"Anpassung oder Alternative" in spw 72 8

Christiane Schindler

Frauenstreik zum Frauentag 10

Hans Glück

Milliardengeschäfte mit Müll 12

Helmut Arnold

Wir sind nicht erleichtert!

Anmerkungen zum Investitionserleichterungsgesetz 14

Helmut Kuhne

Medienkonzentration: Eine breite Debatte ist überfällig 16

Martin Mendler

Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts? 18

OST-SICHTEN

Reinhard Höppner

Illusionen und Zumutungen 20

Oswald Linke

Bischofferode 25

Helga Karl

Industrielle Kerne und Strukturpolitik 28

Josef Didier

Von der Hochburg zur Diaspora 33

INTERNATIONALES

Kai Olaf Lang

"Euer Herbst - unser Frühjahr"

Nach dem Linksruck bei den polnischen Wahlen 36

Ewald Kandziora

Zur Situation der Linken in Italien 39

Niels Annen/Petra Frantziach

Nicaragua - Land zwischen Revolution und Ruin 44

SOZIALDEMOKRATIE

Peter von Oertzen

Das Kreuz mit der Identität der "Linken" 48

Joachim Raschke

Zur Veränderungschance der SPD-Linken 52

ES WAR EINMAL ...

Mechthild Jansen

1977 - Reflexionen 56

Kein großer Wurf

Anmerkungen zum außen- und sicherheitspolitischen Antrag des Parteivorstandes

von Andreas Wehr*

Man hatte sich viel vorgenommen! "Der Parteivorstand wird aufgefordert, zum nächsten Bundesparteitag einen Antrag zur Außen- und Sicherheitspolitik vorzulegen", so hieß es im Beschluß des Bremer Parteitag von Mai 1991. Die Projektgruppe wurde im September 1991 eingesetzt, tagte nicht weniger als 15 mal - ab April 1993 auch unter Beteiligung der Bezirke -, legte zwei Zwischenberichte vor und veranstaltete mehrere Foren.

Am Arbeitseifer der Kommissionsmitglieder und am Elan der Vorsitzenden Heidi Wiczorek-Zeul hat es demnach nicht gezeugt. Daß der große Wurf in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht gelang, lag schon eher an der nicht enden wollenden parteiinternen Diskussion über das Für und Wider von Blauhelmeinsätzen. Zur Erinnerung: Zusammen mit der Projektgruppe "Internationale Politik" setzte am 9. September 1991 der Parteivorstand auch jene unglückselige Projektgruppe "Deutschland 2000" ein, die mit ihren Petersberger Beschlüssen im Sommer 1992 - neben der Zustimmung zur faktischen Abschaffung von Artikel 16 GG - auch in der Blauhelmeinsatzfrage einen "Befreiungsschlag" landen wollte. Tatsächlich verstrickte sie aber aber die gesamte Partei in eine heillosen Debatte, die auch nach der Rückkehr zu den Bremer Positionen auf dem außerordentlichen Parteitag im November 1992 nicht zu Ende war. Vor diesem Hintergrund war es daher nicht überraschend, daß auch die Öffentlichkeit bei der Präsentation des Leitantes zum diesjährigen Parteitag nur die eine Frage interessierte, ob sich denn die Partei erneut "bewegt" habe. Die Absetzungsbewegungen von Klose und Voigt, aber auch die vieldeutigen Erklärungen des

neuen Parteivorsitzenden waren es, die das Interesse immer wieder nur auf diese eine Frage lenkten.

Der Antragsentwurf der Projektgruppe selbst bleibt im Rahmen der bereits in Bremen und auf dem Außerordentlichen Parteitag eingenommenen Positionen. Die Beschreibung der zu unterstützenden friedenserhaltenden Maßnahmen der UNO gelang einmal mehr nur sehr hölzern und in altbekannter Spiegelstrichform. Die Ausführlichkeit und auch die Detailversessenheit beruhen aber vor allem auf der Notwendigkeit, den Antrag möglichst "wasserdicht" zu formulieren. Die bitteren Erfahrungen mit der Asyldebatte zwingen ja die Parteilinke, ihre Anträge noch sorgfältiger und ausführlicher zu formulieren, will sie verhindern, daß die Fraktion erneut Parteitagbeschlüsse selbstherrlich auslegt. Diejenigen, die hingegen der Fraktion viel Spielraum bei möglichen Verhandlungen über eine Änderung der Verfassung lassen wollten, plädierten für unverbindliche Generalklauseln wie "die SPD bekennt sich zu den Rechten und Pflichten, die sich aus der Mitgliedschaft in der UNO ergeben". Sie blieben in der Projektgruppe klar in der Minderheit.

Zähes Ringen um einzelne Formulierungen

Beim zähen Ringen um die einzelnen Formulierungen konnten aber auch die Befürworter von militärischen Interventionen Landgewinne verbuchen. Die Einfallstore heißen diesmal "Embargomaßnahmen" und "Absicherung des Auftrags." Im Beschluß des außerordentlichen Parteitag 1992 hieß es noch: "UNO-Blauhelme können auch zur Überwachung von UNO-Embargos eingesetzt werden. In diesem Fall sind lediglich Vereinbarungen mit den Staaten erforderlich, in deren Hoheitsgebiet die Überwachungsmaßnahmen stattfinden". Ganz anders im jetzt vorliegenden Leitantes:

"Die Wirtschaftssanktionen sind mit angemessenen Embargomaßnahmen, notfalls mit Blockaden, durchzusetzen, um Konflikte zu verhindern oder zu beenden." Dies bedeutet nichts anderes als der Einsatz militärischer Gewalt zugunsten einer Seite. Der Parteitag muß hier korrigierend eingreifen, sollen nicht erneut die Bellizisten der Partei den Pazifisten ein weiteres Stück Boden abringen.

Alle Erfolge auf den Parteitag werden aber letztlich nur Strohhalm bleiben und die SPD wird ihren sicherheitspolitischen Sinkflug fortsetzen, wenn die gesellschaftliche Linke nicht endlich zum Kern der ganzen Debatte vorstößt. Dies ist - sowohl bei Sozialdemokraten als auch bei Grünen - die völlig ungeklärte Frage der Legitimation "humanitärer Interventionen". Hier liegt

Der Antragsentwurf der Projektgruppe bleibt im Rahmen der bereits in Bremen und auf dem Außerordentlichen Parteitag eingenommenen Positionen.

der Hund begraben. Auch in der Linken ist es fast schon eine Selbstverständlichkeit, daß Menschenrechtsverletzungen Interventionen durchaus rechtfertigen können, lediglich über die Form und den Grad der anzuwendenden Gewalt streitet man noch. Kaum jemand stört sich noch daran, daß das Völkerrecht ausdrücklich die "humanitäre Intervention" ausschließt. Hier zeigen sich die Früchte des nicht verarbeiteten Bürgerkriegs in Jugoslawien, als Grüne und CDU-Mitglieder einträchtig mit rechtsradikalen Kroaten auf die Straße gingen und sozialdemokratische "Sicherheitspolitiker" die Bombardierung serbischer Stellungen durch die NATO forderten.

Es war denn auch nicht überraschend, daß ausgerechnet Klose hier einhakte und seinen einzigen erfolgreichen Änderungsantrag zum Leitantes ohne viel Gegenwehr durchbringen konnte. Danach "befürwortet die SPD eine Fortentwicklung des Völkerrechts, die das Souveränitätsprinzip und das Nichteinmischungsverbot dann relativiert, wenn Völkermord, ethnische Säu-

berungen, massive Verletzungen der Menschen- und Minderheitenrechte stattfinden". Zwar hat der Parteivorstand hier eine Ergänzung nachgeschoben, wonach die "Etablierung einer von allen UNO-Mitgliedern uneingeschränkt anerkannte(n), unabhängige(n) internationale(n) gerichtliche(n) Instanz" zur Bedingung gemacht wird. Die Bellizisten wissen aber nur zu gut, daß aus ihrem Appell, Menschenrechtsverletzungen weltweit zu ächten und gegen sie offen vorzugehen, die eigentliche ideologische Schubkraft für die Militarisierung der bundesdeutschen Außenpolitik erwächst.

Wenn die Partei auch nach Wiesbaden über keine neue friedens- und sicherheitspolitische Strategie verfügen wird, so liegt dies aber nicht nur an der gegenwärtig noch alles überstrahlenden Blauhelmeinsatzdebatte. Trotz der rekordverdächtigen Länge und der Vielzahl behandelte Themen blieben die Äußerungen oft übervorsichtig im abwägenden sowohl-als-auch, wurden Ecken und Kanten rhetorisch abgerundet und haben eindeutige Absichtserklärungen - wie z.B. die Ablehnung eines Ausbaus der WEU - Seltenheitswert. Natürlich kann man einwenden, daß gegenwärtig nirgendwo ein überzeugendes sicherheitspolitisches Konzept für die veränderte Bundesrepublik erkennbar ist. Im vorherrschenden dicken Nebel fahren alle politischen Kräfte nur auf Sicht und auch die Konservativen sind in der Außenpolitik zu waghalsigen Wendemanövern gezwungen.

Schmerzhafter Mangel an Orientierung

Und doch ist der Mangel an Orientierung an manchen Stellen schmerzhaft spürbar. Genannt werden müssen hier vor allem die Aussagen zu Europa, die nur als ahnungslos bezeichnet werden können. Unter der Ägide der Europapolitiker der Partei wurde ganz so formuliert, als gäbe es noch den mit festem Schritt daherkommenden europäischen Integrationsprozeß. Weder die stattgefundenen Erschütterungen und Turbulenzen - Stichwort EWS - finden Erwähnung, noch richtet man den Blick auf die bereits neu heraufziehenden schwarzen Wolken. Es drängt sich der Eindruck auf, daß die politische Elite in diesem Land entschlossen ist, wider besseren Wissens an dem einmal in Maastricht formulierten Ziel festzuhalten, da man im Falle einer nüchternen Bestandsaufnahme

der jetzigen Situation die europäische Perspektive als ganze gefährdet sieht. Hier rächt sich, daß die europäische Einigung mit der Wirtschafts- und Währungsunion in eins gesetzt wurde.

Kein Blick auch dafür, daß sich mit der Zeitenwende am Anfang dieses Jahrzehnts das europäische Koordinatensystem nach Osten verschoben hat. Der jetzige Einigungsprozeß umfaßt gegenwärtig nur Halbeuropa: Gerade aus dem deutschen Interesse müssen aber Wege für das ganze Europa gesucht werden. Stattdessen begnügt man sich mit der Lebenslüge der Vereinbarkeit von einer gleichzeitig möglichen Vertiefung der Integration und der EG-Erweiterung. So wird gegenüber den osteuropäischen Staaten bald ein ähnliches Schauspiel zu erleben sein, wie wir es seit Jahrzehnten gegenüber der Türkei sehen; die wartet bereits seit 1972 vergeblich vor der verschlossenen bleibenden europäischen Tür.

In der Frage der Ausdehnung der NATO nach Osten flüchtete sich der Parteivorstand in den Formelkompromiß: "Wir schließen eine Erweiterung der NATO um neue Mitglieder in Mittel- und Osteuropa nicht aus(...). Eine Erweiterung darf nicht dazu führen, daß sich neue Konfliktlinien nach außen bilden

oder alte verschärfen." Das ist nicht mehr und nicht weniger als die Quadratur des Kreises. Wie wäre es denn, wenn sich die Partei einmal ihre Meinung unabhängig von den wechselhaften Launen eines Boris Jelzin bilden würde?

Bei soviel "wenn und aber" kann es nicht überraschen, daß eine Reihe von Aussagen sogar hinter früheren Beschlüssen zurückbleiben. Forderte der Bremer Parteitag noch die Vertretung von Staatengruppen wie die der EG im UNO-Sicherheitsrat und zusätzliche Mitglieder aus Entwicklungsländern, so wird nun die Kinkelsche Forderung nach einer deutschen Mitgliedschaft übernommen.

Der große Wurf ist nicht gelungen. Schon garnicht wird die von Rudolf Scharping lautstark vorgetragene Forderung nach einer neuen Ostpolitik auch nur im Ansatz ausgefüllt. An Alternativen aus den Landesverbänden und Bezirken hat es jedenfalls nicht gefehlt. Sollten auf dem Parteitag nicht noch größere Änderungen durchgesetzt werden können, so wird von dem Beschluß nur bleiben, daß Kurs gehalten wird in der Frage der militärischen Intervention. Vielleicht gibt es ja danach die Chance, die Diskussion über andere - mindestens ebenso wichtige Themen - zu beginnen.

spw intern

Liebe Leserinnen und Leser,

dies ist die letzte Ausgabe der *spw* im Jahr 1993. Wegen des Wiesbadener SPD-Parteitag ist sie diesmal deutlich vor Weihnachten versendet worden. Dies soll aber niemanden davon abhalten, *spw* auch dieses Jahr wieder als Geschenkabo an liebe interessierte Mitmenschen zu verschenken. Dafür könnt ihr die beiliegende Werbekarte nutzen.

Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Preise steigen. Schon im Heft 4/93 haben wir hierauf aufmerksam gemacht. *spw* wird um 7 DM im Jahr teurer, das Normalabo kostet dann DM 58,-. LeserInnen, die die Möglichkeit eines ermäßigten Abos genießen, müssen mit einem Betrag von DM 49,- rechnen, der im Januar vom

Konto eingezogen wird. Alle, die eine Rechnung bekommen, möchten wir an dieser Stelle bitten, sich doch für den automatischen Bankeinzug zu entscheiden. Er bedeutet für alle Seiten weniger Arbeit und spart für *spw* viel Geld.

In diesen Tagen hat sich auch im *spw*-Büro Köln einiges verändert. Ralf Schmitz, unser langjähriger Redaktionssekretär, geht in Elternurlaub. Daher ist das Büro in Zukunft nur Montags bis Mittwochs regelmäßig besetzt. Dort erreicht man nun Kerstin Trostmann und Ralf Krämer. In redaktionellen Angelegenheiten ist Ralf auch unter 0231-401411 erreichbar, wenn er nicht im Büro ist.

Weiterhin hat Ende Oktober die *spw*-Gesellschaftsversammlung einen neuen HerausgeberInnenkreis bestimmt, der ab Heft 1/94 seine Verantwortung wahrnimmt. In diesem Heft werden wir dann den neuen Kreis ausführlich vorstellen. Die *spw*-Geschäftsführung
Andreas Bach Ulla Saß

* Andreas Wehr, Mitglied im Landesvorstand der Berliner SPD und in der Projektgruppe Internationale Politik des Parteivorstandes

Lust am

Untergang

Zur wirtschaftspolitischen Programmdiskussion der SPD vor dem Parteitag

von Horst Arenz*

Im Zeitalter, in dem alles möglich ist, gewinnen (Paradox oder Konsequenz?) undemokratische Praktiken an Aktualität. Oskar Lafontaines Procedere in der Antragskommission zeigt, wohin der innerparteiliche Trend geht.

Das 850 Seiten starke Antragspaket erreicht etliche Kommissionsmitglieder einen Tag vor der Sitzung. Der Vorschlag, deshalb eine weitere Sitzung zu verabreden, wird abgeschmettert. Nachdem am ersten Sitzungsabend massive Kritik an Lafontaines Entwurf formuliert wird, wird am nächsten Morgen auf eine Abstimmung verzichtet, was Oskar jedoch nicht hindert, den (geringfügig verbesserten) Entwurf der Öffentlichkeit als Vorschlag der Antragskommission an den Parteivorstand zu präsentieren. Die zahlreichen von den Parteigliederungen eingebrachten Anträge werden gar nicht diskutiert, eine von Lafontaine vorgelegte Tischvorlage, in der nachzulesen ist, welche Anträge abzulehnen, anzunehmen, zu überweisen oder als erledigt zu betrachten sind, wird nicht diskutiert und nicht abgestimmt.

Das wiederum hindert unseren Wirtschaftsexperten, der sich ansonsten bei der Wirtschaft dadurch beliebt macht, daß im Saarland kaum noch Betriebsprüfungen stattfinden, nicht, wenige Tage später in der Presse Positionen zu verkünden, die zwar in abgelehnten Anträgen zu lesen sind (z.B. die Erhöhung der Erbschafts- und Vermögenssteuer oder des Spitzensteuersatzes - plötzlich geht das alles!), nicht aber im eigenen Entwurf, oder Positionen (wie zur verlangsamen Lohnangleichung in den Neuen Ländern), die mit keiner Zeile bislang in seinen verschiedenen Versionen auftauchten. Das DIW hat dazu das notwendige gesagt.¹

Doch damit nicht genug: Nach der Sitzung des Parteivorstands, auf der es u.a.

wegen des Streits um Oskars neue Thesen und mangels Einigkeit nicht zu einer Verabschiedung des Leittrags kommt, auch nicht zur Diskussion der Anträge, und daher Oskars Entwurfs nur formell als "Beratungsgrundlage" für eine weitere Sitzung der Antragskommission verabschiedet wird, läßt Oskar Agenturen und Presse verkünden, der Parteivorstand habe einstimmig seinen Entwurf als Leittrags beschlossen.

Gut gewählt, Oskar. "Lafontaine spaltet die SPD", titelt die NRZ. So macht man - in konsequenter Fortsetzung der Überrumpelungsstrategie von Petersberg - die innerparteiliche Willensbildung platt, weiter so! Es liegt nahe, daß das Ganze im eigenen Interesse verfolgt wird, dokumentiert er doch damit, daß ihn die innerparteiliche Demokratie nur wenig kümmert und er als potentieller Wirtschaftsminister von der Partei nicht gegängelt werden will.

Oskar und die Anspruchsmentalität

Seine inhaltlichen Vorstellungen sind ebenfalls nichts Neues: In einem Buchbeitrag hatte er letztes Jahr die Absage an Vollbeschäftigung und die "Selbstbescheidung" gepriesen, hatte gefordert, die Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Menschen an die Politik und der politischen Realität zu verringern, und verkündet, "die Politiker müssen den Mut aufbringen, Zumutungen durchzusetzen".² Ein Jahr später sieht Lafontaine die deutsche Wirklichkeit auf den Kopf gestellt. Zwar war in der SPD in den vergangenen Jahren eine Diskussion über die auf 7,5 Billionen DM explodierten Geld- und Immobilienvermögen tabu. Dennoch: Weil wir früher die Reichen im Westen so arg bedrängt haben, müssen nun die Ossi dran glauben - Verteilungsgerechtigkeit zwischen West und Ost zu Lasten des Ostens!³

Das Problem, das mit der Zerschlagung der Industriestrukturen im Osten aufgeworfen ist, reduziert auf die Lohnfrage! Oskar Lafontaine, der Apostel der

Innovation, entpuppt sich als der Wiederkäufer neokonservativer Konzepte zur Krisenbewältigung. Kein Wort über staatliche Lohnsubventionen, über Entschuldung von Industrie und LPGs, nichts zu Absatzförderprogramme, nichts zu Vermögensbildung für die Belegschaft, nichts zu staatlichen Bürgschaften, nichts zu Förderprogrammen für die dringend notwendigen unternehmensbezogenen Beratungsdienstleistungen, schon gar nichts zu industriepolitischen Reindustrialisierungsstrategien auf Basis von Stärken-Schwächen-Profilen für die neuen Länder. Klar ist auch, warum: Das würde nämlich alles Geld aus dem Westen kosten, das man den Gutverdienenden und Einheitsgewinnlern nehmen müßte, weil man ja die Stammwählerschaft schonen will. Außerdem müßte man die Staatsaktivität fordern, deren Abbau Oskar ja wegen der "Verkrustungen" so am Herzen liegt...

Lafontaine wird u.a. das Verdienst gebühren, für die Fortsetzung der bornierten Diskussion der Partei über den Aufbau Ost und für die Zementierung des Stempels der Innovationsfeindlichkeit der Sozialdemokraten seinen ihm entsprechenden Beitrag geleistet zu haben. Kein Wunder, daß seinem wirtschaftspolitischen Programmentwurf von Rexrodt bescheinigt wird: "Endlich ist auch die SPD auf die wirtschaftspolitische Linie der Bundesregierung eingeschwenkt."⁴ Wird (auch in der Parteilinken) immer noch daran gezweifelt, daß die große Koalition eingefädelt werden soll?

Der SPD-rechte Seeheimer Kreis hat das Problem auf den Punkt gebracht: MdB Brigitte Schulte aus Hameln läßt auf einer Tagung in Tutzing verkünden, "sie habe in letzter Zeit keine Veranstaltung erlebt, in der nicht einer aufgestanden sei und gesagt habe, der Lafontaine habe doch recht", Gerd Andres, der Sprecher der Seeheimer, "steuerte bei, bei VW und Conti-Gummi werde auch so gedacht."⁵ In der Parteiführung mehrt sich die Erkenntnis, daß das Wegdriften der Stammwählerschaft nach rechts außen oder in die Wahlenthaltung für die Partei zum akuten Problem geworden ist. Nachdem - wie spätestens die Hamburg-Wahl gezeigt hat - die Abschiebung der Asylbewerber keine Abhilfe schafft, soll nun der Osten als neuer Sündenbock dran glauben, um die Westbasis bei der Stange zu halten.

Lafontaine hat im zitierten SPIEGEL-Interview keinen Zweifel daran gelassen, daß "unser wirtschaftspolitisches Pro-

gramm ... auch mehrheitlich bei Sozialdemokraten Zustimmung findet". Zugleich hat Scharping bereits mehrfach erkennen lassen, daß er Lafontaines Thesen unterstützt.⁶ Es dürfte also auf dem Parteitag endlich nun auch über Wirtschaftspolitik hoch hergehen, auch wenn der bisherige Verlauf der Debatte Schlimmes befürchten läßt.

Der katastrophale Zustand der wirtschaftspolitischen Diskussion in der SPD ist aber nicht nur Oskars Verdienst. Die Parteilinke ist lange Zeit z.T. ebenfalls anarchisch verfahren. Jahrelang hat die Wirtschafts-AG des Frankfurter Kreises nur auf dem Papier existiert, wurden Anträge in letzter Sekunde von Einzelpersonen zusammengezimpert. Konsequenterweise nahm die Ausstrahlung des Frankfurter Kreises Schaden, sodaß sich heute Scharping in kleinem Kreis über die plötzliche öffentliche Resonanz dieses Arbeitszusammenhangs mit der Bemerkung wundern kann, der Frankfurter Kreis sei doch politisch tot.

Der Frankfurter Kreis hat nicht zuletzt darunter gelitten, daß viele "Promis" und "Enkel", denen er zunächst als Steigbügelhalter genehm war, sich mit wachsender Stufenleiter von den Bindungen an die Parteilinke freischwammen. Sie zogen es vor, lieber mit eigenen Verlautbarungen ihr Image zu pflegen im festen Glauben, daß der Bezug auf Arbeitszusammenhänge ihre vermeintliche Originalität beschädigen würde.

Weil der Frankfurter Kreis heute weitgehend davon befreit ist, kann nun auch ungehemmter zur Tat geschritten werden. Die Parteilinke muß - neben mehr organisatorischer Verbindlichkeit - auch inhaltlich neue Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik setzen. Gefordert sind politisch verdichtete Botschaften zu Brennpunkten der gesellschaftlichen und innerparteilichen Auseinandersetzung. Zum bevorstehenden Parteitag hat sich die reaktivierte Arbeit der Wirtschafts-AG des Frankfurter Kreises vor allem im Antrag des UB Hannover-Stadt niedergeschlagen.

Kontroverse Antragslage

Während Lafontaines Antrag von Lamsdorff, Norbert Walter von der Deutschen Bank und der CDU-Mittelstandsvereinigung hinreichend bejubelt wurde und sich daher seine Kommentierung hier erübrigt, liefern etliche Anträge aus den Parteigliederungen gute Ansatzpunkte für solche Botschaften - die man

natürlich in der "Beratungsgrundlage" vergeblich sucht.

Dazu zählen

● linke Alternativen in der Standortdebatte (LV Bayern, Hannover, Hessen-Süd)

● die Rücknahme von Steuersenkungen für Unternehmen, die seit 1982 um 170 Mrd. entlastet wurden, Rücknahme der Umverteilung von unten nach oben durch einen sozialen Lastenausgleich zur Bewältigung der Krise der Staatsfinanzen, zur Finanzierung der Deutschen Einheit und zum Abbau der sozialen Ungerechtigkeit (Erhöhung von Erbschafts- und Vermögenssteuer und Spitzensteuersatz, Besteuerung nicht-investierter Gewinne, Immobilienbesteuerung nach Verkehrswert, höhere Beitragsbemessungsgrenze der Sozialversicherungen, Abschaffung des Zwei-Klassen-Steuerrechts mit seinen Steuervergünstigungen für Wohlhabende, Bekämpfung der Steuerhinterziehung, gerechter Familienlastenausgleich, Gemeindefinanzreform u.a.) (Hannover, Hessen-Süd, Oelde, LV Schleswig-Holstein)

● eine Neubestimmung der Staatsaufgaben als Alternative zu Privatisierung und Deregulierung (neues Dienstrecht, leistungsorientierte Bezahlung, Besetzung von Spitzenpositionen auf Zeit u.a.), ohne die alle schönen linken Konzepte zur Struktur-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verpuffen (Hannover, Oelde)

● Ausbau des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, insgesamt der Ökologie im Betrieb (Unterbezirk Düsseldorf, Hannover)

● eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und Mitbestimmungsgesetzes in Richtung der Ausweitung der Mitbestimmung auf Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie der Produktmitbestimmung, Förderung der Beteiligungsorientierung und Abbau der Hierarchien zur Verbesserung der Motivation der Belegschaft und der Qualitätssicherung der Produktion (Hannover)

● Zukunftsinvestitionsprogramm West und Ost für ausgewählte Wachstumsfelder gegen die Management- und Technologiekrise in Deutschland, Stärkung der öffentlichen Hand bei der Strukturpolitik in den Neuen Ländern, beschleunigte Lohnangleichung an den Westen (Bayern, Hannover, Hessen-Süd)

● öffentliche Förderprogramme für den Ausbau der privaten und öffentlichen Dienstleistungen (Hannover)

● Festhalten an der nicht aufkommensneutralen ökologischen Erneuerung der

Industriegesellschaft ohne finanzpolitisch begründete Abstriche (Düsseldorf)

● Neubeginn der von uns selbst in den 70er Jahren abgebrochenen Bildungsreform als Verknüpfung von Allgemein- und Weiterbildung gegen den neuen Bildungsnotstand und die Krise der beruflichen Bildung mit Schwerpunktprogrammen für weniger Qualifizierte (Hannover)

● Sonderprogramme zur Beschäftigung von Arbeitslosen im öffentlichen Sektor (Bayern, Hannover, Hessen-Süd), Absage an zweiten Arbeitsmarkt unter Tarif (Bayern, Hannover, Hessen-Süd)

Ausschlaggebend ist bei dieser Prioritätensetzung der Gesichtspunkt, daß angesichts der eher zunehmenden Isolation der Linken innerhalb der Partei das wichtigste Ziel die Verschiebung des Kräfteverhältnisses nach links nach innen wie nach außen sein muß. Notwendig ist die Konzentration auf die Bereiche, in denen vor der Folie der öffentlichen Auseinandersetzungen und der Entwicklungen im Alltagsbewußtsein die Parteiführung eine schwache Position hat. Kurzfristig bleibt zu hoffen, daß die Parteilinke auf dem Parteitag soviel Kraft zur Koordination aufbringt, daß sie hier zusammengetragenen wichtigen Aussagen aus den unterstützenswerten Anträgen gebündelt einbringt und verteidigt. Scharping hat mit zwei Thesen recht:

1. Die Wirtschaftspolitik muß im Zentrum stehen.
2. Wiesbaden ist eine Weichenstellung.

1 "Wer jetzt die Reallohne für längere Zeit senken will, um eine vermutete Wettbewerbschwäche der deutschen Wirtschaft zu überwinden und die Lasten der Vereinigung tragen zu können, verkennt ... die Problemlösungskapazität offener demokratischer Gesellschaften." in: DIW-Wochenbericht 27-27/93, S. 368

2 O. Lafontaine, Wunschlos glücklich?, in: Die Kontroverse, Frankfurt/M., 1992, abgedruckt in Frankfurter Rundschau vom 15.10.92

3 "Die Debatte der vergangenen Jahre war von der Verteilungsgerechtigkeit zwischen höheren und niedrigeren Einkommen bestimmt. Seit der Vereinigung ist die Frage hinzugekommen, wie die Lasten zwischen Ost und West verteilt werden können und was man den Menschen in den alten und neuen Ländern (und nicht etwa den Reichen und den Unternehmen - d.Verf.) zumuten kann." (Interview im SPIEGEL vom 18.10.93)

4 laut einer Meldung des Deutschen Depeschendienstes vom 12.10.93

5 Frankfurter Rundschau vom 18.10.93

6 "Wenn wir uns darauf verlassen können, daß Arbeitsplätze gerettet werden, dann sind wir auch mit einem langsameren Anstieg der Löhne einverstanden", erklärt der Parteivorsitzende am 17.10. im ZDF.

* Horst Arenz, wissenschaftlicher Mitarbeiter von Horst Peter MdB, Essen

Stellungnahme zu dem Aufsatz von Arenz/Peter "Anpassung oder Alternative" in spw 72

von Friedhelm Farthmann*
Mit ihrem Aufsatz wenden sich die Verfasser gegen Bestrebungen in der Führungsebene der SPD, zu neuen Antworten auf einige aktuelle politische Fragen zu gelangen. Sie fordern stattdessen die konsequente Durchsetzung der Positionen, die die Partei in den letzten 20 Jahren immer wieder resoliert hat.

Die in dem Aufsatz empfohlenen Lösungsansätze sind meines Erachtens weitgehend ungeeignet, die derzeitigen politischen Schwierigkeiten zu beheben, weil sie entweder

- den Kern der eigentlichen Probleme gar nicht betreffen oder
- unbestrittene ökonomische und sozialpolitische Grunderkenntnisse ignorieren oder
- keine realistische Chance einer politischen Durchsetzung haben.

Trotzdem ist der Aufsatz für die innerparteiliche Diskussion von Wert, weil er endlich den Weg für eine ehrliche programmatische Bestandsaufnahme der Partei eröffnen könnte. Die eigentliche Schwäche der Sozialdemokratie in der Gegenwart besteht nämlich in ihrer programmatischen Zerrissenheit. Das hat sich im Rahmen des Asylkompromisses genauso gezeigt wie in der Frage des Bundeswehreinsetzes bei friedensstiftenden Maßnahmen der UNO. Alle personellen Querelen und alle Uneinigkeit der vergangenen Jahre waren letztlich nur Folgeerscheinungen dieses Grundüfels. Die vielen Programme, die die Partei in den letzten 10 Jahren vom "Fortschritt '85" angefangen bis zum Berliner Grundsatzprogramm verabschiedet hat, waren leider nur Formelkompromisse, mit denen die eigentlichen Streitfragen nicht beantwortet, sondern verdeckt worden sind. So konnte sich zwar fast jeder Funktionär in diesen Papieren "wiederfinden", eine klare Sachentscheidung aber wurde vermieden.

* Prof. Dr. Friedhelm Farthmann, Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag von NRW

Was die einzelnen im Aufsatz vorgeschlagenen politischen Maßnahmen anbetrifft, so ist zunächst nicht zu bestreiten, daß sie auf der Basis der Beschlüsse der Partei und vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren geführten innerparteilichen Diskussionen durchaus konsequent sind. Entscheidend ist aber, daß die sozialdemokratische Programmatik die gesellschaftlichen Umwälzungen der jüngsten Zeit in Deutschland weitgehend nicht wahrgenommen hat. Deshalb wird es nach meiner Einschätzung allmählich zur Überlebensfrage für die SPD, ob sie die Kraft findet, sich von überholten Argumentationsmustern zu lösen und die Rolle einer linken Volkspartei im Hinblick auf die Herausforderungen der Gegenwart neu zu definieren.

Selbstverständlich ist es im Rahmen dieser Stellungnahme nicht möglich, eine neue sozialdemokratische Programmatik, wie ich sie mir vorstelle, zu skizzieren. Es ist auch notwendig, zwischen den aktuellen kurzfristigen Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Beschäftigungskrise einerseits und den sozialdemokratischen Perspektiven einer modernen Wirtschaftspolitik für die Zukunft andererseits zu unterscheiden. Für beide Ebenen können in diesem Rahmen nur einige Eckpunkte formuliert werden, deren konkrete Ausgestaltung im übrigen noch sorgfältig geprüft werden müßte.

Die Antwort der SPD auf die wirtschaftspolitische Hilflosigkeit der gegenwärtigen Bundesregierung läßt sich in folgenden vier Punkten zusammenfassen:

1. Das Zinsniveau in Deutschland muß spürbar gesenkt werden. Dazu muß die Bereitschaft der Bundesbank herbeigeführt werden. Auf diese Weise könnte die Investitionsneigung der Unternehmen deutlich gesteigert werden. Wenn dadurch der Wechselkurs der D-Mark fallen sollte, könnte dies im Hinblick auf den deutschen Export auch an-

gesichts der derzeitiger eher überbewerteten D-Mark nur begrüßt werden. Falls die Bundesbank sich einem solchen Schritt weiterhin verweigern sollte, dürfte auch vor einer entsprechenden Gesetzesänderung nicht zurückgeschreckt werden.

2. Das deutsche Steuersystem müßte in den nächsten Jahren Schritt für Schritt grundlegend umgestaltet werden, und zwar mit dem Ziel, den Energieverbrauch deutlich höher zu besteuern und die menschliche Arbeitskraft im gleichen Zuge entsprechend zu entlasten. Damit würden die Arbeitskosten in Deutschland verringert, und gleichzeitig würde ein marktwirtschaftlicher Anstoß zu einem ökologisch orientierten Produktionsprozeß ausgelöst.
3. Für Sozialdemokraten muß die Beschäftigung einen höheren Rang haben als die Sanierung der öffentlichen Finanzen. Deshalb müssen in einer Zeit extrem hoher Arbeitslosigkeit trotz der schwierigen Haushaltslage Investitionen zur Erneuerung des Produktionsapparates mit öffentlichen Mitteln begünstigt werden, entweder durch gezielte Investitionskostenzuschüsse oder durch Abschreibungserleichterungen.
4. Unser System sozialer Sicherung ist in den letzten Jahren in zunehmendem Maße an die Grenzen der Finanzierbarkeit gestoßen. Gleichzeitig haben sich die Masseneinkommen seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre noch einmal kräftig erhöht. Familieneinkommen von 5.000 D-Mark netto pro Monat, Eigenheime und Sparguthaben von 30.000 oder gar 50.000 D-Mark sind auch in Arbeitnehmerhaushalten keine Seltenheit mehr. Dem muß auch das System sozialer Sicherung Rechnung tragen. Es muß sich deshalb vor allem mehr als bisher der individuellen Gestaltung durch die Betroffenen öffnen. Die SPD müßte deshalb einen Umbau des Sozialsystems

anstreben, der auf die Gewährleistung einer sozialen Grundsicherung hinausläuft, die durch Individualvereinbarungen ergänzt werden kann. Dies gilt sowohl für die Rentenversicherung als auch für die Krankenversicherung und beispielsweise ebenfalls für die Gestaltung der Arbeitszeit.

II.

Die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik der Zukunft muß sich endlich lösen von Verkrampfungen und Belastungen, die zwar niemals in der praktischen Regierungspolitik von Sozialdemokraten eine Rolle gespielt haben, die aber die theoretischen Diskussionen in der Partei unangemessen beherrscht haben.

Damit sich die Diskussion jedoch nicht, wie in der Vergangenheit so oft, an theoretischen Grundpositionen festbeißt, will ich mich auf einige, an praktischen Fragestellungen orientierte Thesen beschränken:

1. Wer die Marktwirtschaft bejaht und die Dynamik des Wettbewerbs im Interesse der Verbraucher nutzen will, darf den finanziellen Anreiz für den privaten Kapitaleinsatz zu Produktionszwecken nicht aufheben. Daraus ergeben sich Grenzen für die steuerliche, ökologische und soziale Belastung der Unternehmen im internationalen Vergleich. Da die Lohnstückkosten in Deutschland in den letzten Jahren (vor allem als Folge der Währungsrelationen) überproportional gestiegen sind und derzeit in der Spitzengruppe der Welt liegen, muß die Sicherung des Produktionsstandortes Deutschland auch Ziel der staatlichen Politik sein.
2. In einer freien Wirtschaftsordnung stiftenden Maßnahmen der Verstaatlichung, Vergesellschaftung oder - wie es in dem Aufsatz von Arenz/Peter etwas verschämt heißt - Entflechtung von Unternehmen oder Unternehmensbereichen in aller Regel mehr Schaden als Nutzen. Von diesen ideologischen Ladenaustern sollte die Partei endgültig Abschied nehmen.
3. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung müssen Maßnahmen staatlicher Beschäftigungspolitik nur die Ausnahme sein. In erster Linie muß sich der Staat um Rahmenbedingungen bemühen, die eine ausreichende privatwirtschaftliche Beschäftigung ermöglicht.

4. Im Rahmen der sozialen Sicherung muß das Lohnabstandsprinzip mehr als bisher beachtet werden. Es besteht im Augenblick die absurde Situation, daß viele Arbeitsplätze in Deutschland (vor allem in der Bauindustrie und im Handwerk) trotz hoher Arbeitslosigkeit nicht besetzt werden können und durch legale und illegale Ausländerbeschäftigung kompensiert werden. Es muß deshalb trotz aller sozialen Sicherung ein deutlicher materieller Anreiz bestehen bleiben oder wieder geschaffen werden, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich soll damit nicht einer Kürzung der Sozialhilfe das Wort geredet werden; im Hinblick auf künftige Erhöhungen muß dieses aber beachtet werden.

5. Die institutionellen Mitbestimmungsformen in Deutschland haben die in sie gesetzten Hoffnungen nur zum Teil erfüllt. Der selbstbewußte moderne Arbeitnehmer sieht seine Interessen nach Partizipation allein durch Repräsentanten in der Unternehmensleitung nicht oder nicht ausreichend befriedigt. Die Arbeitnehmer von Rheinhausen suchten in der Stunde der Not ihr Heil auf der Straße und nicht bei ihrem Arbeitsdirektor oder ihren Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat. Deshalb müssen Sozialdemokraten künftig vor allem Mitgestaltungsmöglichkeiten auf der Ebene von Arbeitsgruppen und Abteilungen durchsetzen. Dabei muß allerdings gewährleistet werden, daß die Stellung der Betriebsräte dadurch nicht geschwächt oder unterhöhlt werden kann.

Alles in allem muß sich die SPD Klarheit darüber verschaffen, ob sie zu einer Partei der gesellschaftlichen Randgruppen werden oder ob sie auch für die fortschrittlich eingestellten Leistungsträger unserer Gesellschaft eine attraktive politische Kraft bleiben will. Dabei wird es auch darum gehen, ob für Sozialdemokraten das Grundmuster der staatlichen und bürokratischen Reglementierung vorherrschend bleiben soll oder ob wir den Weg zu echter Eigenverantwortung und Selbstgestaltung der Bürger finden. Der Niedergang unserer Bruderparteien in Holland und in Frankreich zeigt uns mit erschreckender Deutlichkeit, wie schnell sich der traditionsgebundene Wähleranteil reduzieren kann, wenn das programmatische Angebot seine Anziehungskraft einbüßt.



„Es gibt nichts
praktischeres
als eine gute
Theorie.“

Hant

Sozialist

Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten

- ★ Die Diskussionsplattform für die SPD-Linke
- ★ Für Jusos, SPD und Gewerkschaften
- ★ Mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- ★ Erscheint 6 mal jährlich
- ★ Parteiunabhängig
- ★ Einzelheft 5,00 DM
- ★ Jahresabo 28,00 DM

Kostenloses Probeheft
erhältlich bei
Sozialist
Im Hörbchen 10
37079 Göttingen
Fax 0551-631216



Frauenstreik zum Frauentag

von Christiane Schindler*

Als es in einer Arbeitsgruppe der Bundesfrauenkonferenz der Grünen im November des vergangenen Jahres um die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft in diesem Deutschland ging, äußerte eine Ostfrau zum ersten Mal die Idee eines Frauenstreiks. Kurz darauf erhielt der Frauenpolitische Runde Tisch Post von Frauen des Evangelischen Bildungswerkes Berlin, die schrieben: "Wir sind besorgt, daß das Bundesverfassungsgericht die mehrheitliche Entscheidung des Bundestages in Sachen §218 für nicht verfassungsgemäß erklären wird. Wir sollten ... im Falle eines negativen Ausgangs Maßnahmen erwägen, die unseren Protest sichtbar machen. Wir denken an einen Frauenstreik." Am 18.2.93 war es die Berliner Justizministerin Limbach, die in ihrem Schlußstatement anlässlich einer wenig Hoffnung gebenden Diskussion zum Thema "Frauen in bester Verfassung?" auf den Streik der Schweizerinnen 1991 hinwies und fragte, ob nicht die deutschen Frauen diesen Gedanken aufgreifen sollten.

Die Idee zu einem Frauenstreik ist also nicht die Idee einer einzelnen Frau oder Frauengruppe, sondern eine, die seit einiger Zeit von den verschiedensten Seiten geäußert wird. Sie ist zum einen eine Reaktion darauf, daß die deutsche Einheit zu einem frauenpolitischen Rollback in den Ostdeutschen, zunehmend aber auch in den Alt-Bundesländern führt. Zum anderen ist die Idee des Frauenstreiks auch Ausdruck der Resignation und Hilflosigkeit von Frauen. Sie haben die Erfahrung gemacht, daß die bisher angewandten Mittel wie z. B. Demonstrationen, Kundgebungen, Unterschriftensammlungen und Protestresolutionen in dieser Art von Demokratie nicht das adäquate Druckmittel zur Durchsetzung ihrer Interessen sind. Sie erleben die Wirkungslosigkeit ihrer kräftezehrenden Arbeit an Frauenpolitischen Runden Tischen, in BürgerInneninitiativen etc.

Frauen aus dem Raum Köln-Bonn eiserseits und des Unabhängigen Frauenverbandes

band UFV

bandes Berlin haben die Streik-Idee aufgegriffen und einen ersten Aufruf für einen Frauenstreiktag am 8. März 1994 formuliert.

Die Resonanz auf diesen Aufruf macht Mut. Nach Verschickung des Aufrufes an Einzelfrauen, Frauengruppen und -organisationen bewegte sich die Diskussion nicht um die Frage, ob ein Frauenstreik vorbereitet werden soll, sondern wie, in welchen Formen, er stattfinden soll. Es ist klar, daß im Osten die Frauen, die noch einen Arbeitsplatz haben, ihn nicht durch Streikteilnahme riskieren werden. (Obwohl die Chance wirklicher Streikmaßnahmen sicherlich in dem Maße steigt, wie die Frauen in den Gewerkschaften die Streikidee unterstützen.)

Die Formen eines Frauenstreiks sind jedoch vielfältiger als die der unmittelbaren Arbeitsniederlegung. Es geht darum, Formen der Aktion, Demonstration, Öffentlichkeit und der Gemeinsamkeit von Frauen zu finden, die nicht zuletzt den beteiligten Frauen auch Spaß machen sollen. Da läßt sich viel von den Schweizer Frauen abgucken.

Frauenstreik bedeutet, daß Frauen da, wo sie sind, in den Zusammenhängen, in denen sie sich bewegen, ihre eigene Form der Verweigerung, des Protestes und Einforderns ihrer Rechte finden und umsetzen.

Mit der Idee des Frauenstreiks verbindet sich die Hoffnung, der Vereinzelung von Frauen in ihrem frauenpolitischen Engagement entgegenzuwirken, Frauennetze zu knüpfen, zu einer neuen Solidarität und zu einem anderen Miteinander von Frauen in Ost und West zu kommen, den Machern in diesem Land Frauenmacht entgegenzuhalten.

Der Streik der Schweizerinnen 1991 hat nicht das patriarchale Zeitalter in der Schweiz eingeläutet, aber er hat ein Frauennetzwerk geschaffen, das angesichts der Nichtwahl von Christine Brunner in die Schweizer Regierung mobilisierbar war und Frauenwiderstand präsent und sichtbar machte. Und wegen dieses Widerstandes hat die Schweizer Regierung seit neuestem ein weibliches Mitglied (wenn auch nicht Frau Brunner selbst).

Am Anfang überwog Skepsis; inzwischen wuch die Begeisterung; der Frauenstreik wächst und wird gemacht. Gestreikt wird am Internationalen Frauentag am 8. März 1994. Zu den zwei bundesweiten Koordinierungstreffen zum Frauenstreik kamen jeweils 70 Frauen aus allen Regionen der Republik, darunter auch Frauen aus den neuen Ländern. Das Spektrum der Teilnehmerinnen war ungewöhnlich breit: viele Gewerkschafterinnen, autonome Frauengruppen, Frauenzeitungen, ASTA-Frauenprojekte, Grüne, Jusos, Unabhängiger Frauenverband ... Nur die Teilnahme aus Reihen der ASF ließ zu wünschen übrig, obwohl einige namhafte SPD-Frauen wie Monika Ganseforth, Marliese Doberthien und Hannah Wolf den Aufruf unterschrieben haben.

Um so erfreulicher der Planungsstand der Streikvorbereitung: inzwischen haben sich in den meisten größeren Städten Streikkomitees zusammengefunden, von Berlin bis Köln/Bonn, von Hamburg bis Heidelberg, Kiel bis Karlsruhe, Schwerin bis Stuttgart. Die Arbeitsgruppe Gewerkschafterinnen war besonders erfinderisch. Schließlich heißt es für sie, Streikaktionen zu entwickeln, ohne den "richtigen" Streikbegriff zu benutzen, da dieser tarifrechtlich nur bei Urabstimmung Anwendung finden darf. Vom "Bummelstreik" über Betriebs- oder Wahlkampfversammlung, "lila Pause" bis "Bildschirmstreik" ist hier alles angedacht - auf daß auch so alle Räder und Rädchen im Getriebe stillstehen. Selbst der DGB-Bundesvorstand hat sich kürzlich dieser Linie angeschlossen und zum "betrieblichen Protesttag" aufgerufen.

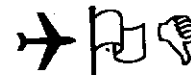
Nächste Vorbereitungsstation ist eine große Streikkonferenz am 13. November in Kassel - u.a. mit Vertreterinnen der Frauenstreiks aus der Schweiz und Island. Der Streikaufruf mit seinem Themenspektrum von Abtreibung, Arbeitsplatzsicherung und Ablehnung jeder Kriegsbeteiligung bis zu Quotierung ist allgemein im Sinne einer Aufruf-Klammer gehalten. Meines Erachtens ist der Frauenstreik die erste gebündelte linke Antwort auf die Demontage von Sozialstaat, Reformen und frauenpolitischen Veränderungen, als außerparlamentarische Offensivaktion, die hoffentlich Schule macht!

Claudia Walther, spw-Redaktion

Herbst '93 auf einen Blick

Till Bastian
Frieden schaffen mit deutschen Waffen
Krieg als Mittel der Politik?
Plädoyer für ein ziviles Deutschland

Die Bundeswehr als Friedensengel? Kampfjäger als himmlische Boten? Das deutsche Wesen als Krankenpfleger? Out of area or out of mind?
Mit einem Beitrag von Katrin Fuchs
140 Seiten, DM 18,-
ISBN 3-89438-060-8



Hans Kalt
Ist die Wirtschaft noch zu steuern?

Anatomie der Krise
Die Krise ist da. Sturzflug ohne Ende? Droht der große Crash? Was wird aus Osteuropa, was aus der Dritten Welt? Hat Clinton Chancen? - Wessen Gürtel enger schnallen?
144 Seiten, DM 19,80
ISBN 3-89438-062-4



Hervé/Steinmann/Wurms (Hg.)
DAS WEIBERLEXIKON

Vollkommen überarbeitete Auflage, 400 Stichworte, Lexikonformat, fester Einband, Fadenheftung
Etwa 520 Seiten, ca. DM 49,80
ISBN 3-89438-047-0



Karl-Heinz Heinemann
Ein langer Marsch
1968 und die Folgen

Sündenböcke braucht das Land. Aber dienen Schuldzuweisungen oder gar Selbstbezeichnungen 'Ehemaliger' tatsächlich der Wahrheitsfindung? Der Autor sprach mit Rolf Trommershäuser, Lutz v. Werder, Herbert Stubenrauch, Thomas Ziehe, Manfred Neugroda, Gisela Strauff, Kurt Holl, Helmut Hartmann, Rainer Kippe, Helmut Schauer, Oskar Negt, Bernd F. Lunkewitz, Christoph Zöfel, Monika Seiffert.
Etwa 160 Seiten, ca. DM 19,80
ISBN 3-89438-061-6



Jürgen Kuczynski
Geschichte des Alltags des deutschen Volkes

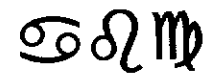
Band 4: 1870 bis 1918
Band 5: 1918 bis 1945
Mit den Bänden 4 und 5 ist die Neuedition des Klassikers abgeschlossen.
Band 4: 1870 bis 1918, brosch. Etwa 480 Seiten, ca. DM 49,80
ISBN 3-89438-036-5
Band 5: 1918 bis 1945, brosch. Etwa 400 Seiten, ca. DM 49,80
ISBN 3-89438-037-3



Alle Titel lieferbar Sept./Okt.
Über Ihre Buchhandlung oder gegen Rechnung sofort.
Versandkosten direkt beim Verlag

Der Frauenkalender
WIR FRAUEN 1994

Der "Liebste"... Der in Lila. Frauentaten in Kalenderdaten, Tips, Wissenswertes aus Geschichte und Gegenwart, Adressen. Opulent ausgestattet: Fotos, Karikaturen, Raritäten. Dieses Mal im "Kleinen Lexikon": Piratinnen, Fliegerinnen, Reisende, Bergsteigerinnen.
Redaktion: Florence Hervé, Elly Steinmann, Renate Wurms
288 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-89438-059-4



Caroline Thomas
Klaus-Peter Weiner (Hg.)
Auf dem Weg zur Hegemonialmacht?
Die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung

Wir, Europa und der Rest der Welt. Wir sind wieder wer - was machen wir daraus?
Beiträge von Frank Deppe, Lutz Hoffmann, Kurt Hübner, Jörg Huffschild, Dieter Klein, Nicos Kotzias, Wolf D. Narr, Albert Statz, Caroline Thomas und Klaus-Peter Weiner.
Paperback, 175 Seiten, DM 38,-
ISBN 3-89438-063-2



Petersbergstr. 4, 50939 Köln ☐
☎ 0221/44 85 45 & 44 62 40 ☎-FAX 0221/44 43 05

PapyRossa Verlag



Milliardengeschäfte mit Müll

Rahmenbedingungen erfordern nach Auskunft der Entsorgungswirtschaft allerdings Investitionen in Höhe von ca. 100 Mrd. DM. Selbst größere Unternehmen sind nicht mehr in der Lage, die für Planung, Genehmigung und Errichtung von Anlagen erforderlichen Finanzmittel aus eigener Kraft aufzubringen. Dies wird zu einer Umstrukturierung des Marktes führen, auf dem zur Zeit etwa 2000 Unternehmen tätig sind.

von Hans Glück

Das ständig vom Scheitern bedrohte DUALE SYSTEM DEUTSCHLAND (DSD) und der "GRÜNE PUNKT", gegründet zur Rücknahme von Verpackungsmüll, hat der staunenden Öffentlichkeit nicht zuletzt die Augen dafür geöffnet, was für einträchtige Geschäfte mit Müll auf dem Rücken der Verbraucher gemacht werden können.

Bereits seit längerem werden etwa 50 Prozent aller in Deutschland anfallenden Abfälle (Hausmüll und hausmüllähnliche Abfälle) von privaten Unternehmen im Auftrag der entsorgungspflichtigen Körperschaften eingesammelt und zu den von den Kommunen ganz oder überwiegend betriebenen Müllverbrennungsanlagen und Deponien gebracht. Die im Abfallrecht verankerte Pflicht zur Abfallverwertung, steigende Müllmengen und knapper Deponieraum haben - wesentlich beschleunigt durch die Verpackungs-Verordnung (Verpack-VO) - die Aufgaben wachsen lassen. Sortieren, Zerlegen und Aufbereiten heißen die neuen lukrativen Geschäftsfelder. Ein enormes Wachstum zeichnet sich auf dem Entsorgungsmarkt ab.

Der gegenwärtige Gesamtumsatz der Entsorgungswirtschaft liegt bundesweit bei fast 80 Mrd. DM pro Jahr. Hausmüll (ca. 11 Mrd. DM) sowie Industrie- und Gewerbemüll (ca. 68 Mrd. DM) bilden daran den Löwenanteil. Weit abgeschlagen, aber dennoch profitabel, folgen Baustellenabfälle mit knapp 6 Mrd. DM und Sonderabfälle mit etwa 3 Mrd. DM. Nach Schätzungen einschlägiger Branchenkenner wird der Umsatz in den nächsten 10 Jahren auf 180 - 200 Mrd. DM ansteigen. Die anstehenden gesetzlichen

Monopoly in der Müllwirtschaft

Der Entsorgungsmarkt ist dementsprechend durch ausgedehntes Wachstum und gleichzeitige Konzentration gekennzeichnet. Längst vorbei ist die Zeit der Lumpensammler aus der Nachkriegszeit. Kleine und mittlere Unternehmen müssen großen Unternehmungen weichen. Großkonzerne, insbesondere aus der mit den Kommunen verfilzten Energiewirtschaft, der Baustoffindustrie und dem Hoch- und Tiefbau dringen mit überschüssigem Kapital in den bislang mittelständisch geprägten Entsorgungsbereich ein. Vor allem die auf dem Versorgungsmonopol beruhende Finanzkraft der Energiekonzerne spielt hierbei die größte Rolle. Als bedeutende Konzerne im Müllgeschäft tummeln sich:

RWE AG (mit ihren Töchtern RWE-Entsorgung AG, R+T Umwelt GmbH und R+T Entsorgung GmbH sowie R+T Entsorgung GmbH); Geschäftsfelder liegen in den Bereichen Abfalltransporte und Containerdienste, Erfassung und Einsammlung von Wertstoffen sowie Bodensanierung und Abwasserreinigung;

Ruhrkohle AG (Mehrheitseigner VEBA u. VEW); sie betreibt u.a. eine Hydrieranlage zusammen mit der VEBA AG in Bottrop, wo z.B. Plastikabfall in Öl umgewandelt werden kann;

VEBA AG; Geschäftsfelder u.a. in den Bereichen Recycling von Wertstoffen und Müllverbrennung;

Werhahn-Gruppe; Geschäftsfelder fast nur im Bereich des Baustoffrecycling;

Umweltservice Südwest Entsorgungsgesellschaft mbH (beherrscht von der Badenwerk AG, Saarbergwerke AG und Wehrle-Werk AG)

Allein auf diese sechs Konzerne sind etwa 100 Zusammenschlüsse in kurzer Zeit entfallen. Von strategischer Bedeutung waren dabei der Mehrheitserwerb durch die Ruhrkohle AG an der auch überregional und z.T. grenzüberschreitend bedeutsamen Mittelbadischen Sonderabfall-Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft MVG in Rastatt sowie eine Minderheitsbeteiligung durch RWE an der Firma Fischer Recycling am Bodensee. Ein besonderes Schnäppchen gelang dem Energiekonzern VEW mit dem Kauf des Inlandsgeschäfts der Edelhoff-Gruppe, einem bedeutendem Entsorgungsunternehmen mit über 600 Mio DM Jahresumsatz. Im Sommer dieses Jahres ist auch der Einstieg der Energiewirtschaft im SPD-regierten Rheinland-Pfalz gelungen. Unter den Gesellschaftern der vom Land gegründeten und mehrheitlich gehaltenen Sonderabfall-Management-Gesellschaft geben sich auch die VEBA AG, Ruhrkohle AG und RWE-Entsorgung AG ein Stelldichein.

Nach Einschätzungen der Entsorgungswirtschaft könnten zukünftig lediglich fünf bis sieben kapitalstarke Entsorgungskonzerne, darunter VEBA, VEW, RWE, Bayernwerk, Ruhrkohle sowie die Firma Waste Management den Entsorgungsmarkt mit einem Marktanteil von 30 bis 40 Prozent dominieren. Den restlichen Marktanteil würden sich vor allem relativ umsatzstarke mittlere Unternehmen und daneben (noch) übrig bleibende kleine Unternehmen teilen.

Nun ist der Entsorgungswirtschaft als Husarenstück auch noch der mehr oder

weniger direkte Einstieg in das DSD gelungen. Ihre hohen Entsorgungspreise (es steht zu vermuten, daß dies strategisch angelegt war), aber auch ausbleibende Lizenzgebühren des Handels durch schlammige Vertragsgestaltung seitens des DSD haben für ein gewaltiges Finanzloch gesorgt, das das DSD in die Knie gezwungen hat. Nach hektischen Krisensitzungen mit dem ramponierten Bundesumweltminister und Vater der Verpack-VO in Bonn sind die ausstehenden Forderungen der Entsorger von mehr als 600 Mio DM (!) von diesen in verzinsliche Darlehen umgewandelt worden. Helmut Trienekens, Chef gleichnamiger Firma und fest im Griff von RWE, außerdem Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE), im Ö-Ton: "Da wir die Passivseiten (des DSD) schon fast übernommen haben, gehört uns die Gesellschaft, ob das Bundeskartellamt das nun will oder nicht" (Frankfurter Rundschau vom 7.9.93). Der Einfluß der Entsorgerbranche wird bald auch noch auf andere Weise handfest untermauert: Ihre Vertreter sollen in Geschäftsführung und Aufsichtsrat einziehen! Eine Chance, dies zu verhindern, besteht noch insofern, als die Konkursgefahr für das DSD trotz der Finanzspritze der Entsorger noch nicht endgültig gebannt ist.

Trienekens und sein BDE mischen aber nicht nur hier, sondern auch über die Interseroh AG mit Sitz in Köln kräftig im Müllgeschäft mit. In der Interseroh AG haben sich alle im BDE organisierten Entsorgungsunternehmen zusammengeschlossen. Interseroh hat industrienspezifische Branchenlösungen zur Rücknahme und Verwertung von gebrauchten Transportverpackungen entwickelt und operiert hiermit am Markt. Von Interseroh abgeschlossene Aufträge werden vorrangig unter den Mitgliedern verteilt (wobei es untereinander zu Preisabsprachen kommt). Nicht nur auf diese Weise werden Konkurrenten ausgeschlossen, sondern auch dadurch, daß - wie zu hören ist - für Anteilscheine, d.h. um dabei zu sein, glatt 200.000 DM gezahlt werden müssen.

DSD: Türöffner für Müllkonzerne

Doch noch einmal zurück zum DSD. Um die Türöffnerfunktion des DSD für eine noch glänzendere Zukunft auf dem Müllmarkt zu verstehen, muß man sich daran erinnern, daß mit der Verpack-VO

verlangt wurde, daß sich Hersteller und Vertreter an einem System beteiligen, daß flächendeckend angelegt und verbraucher-nah ist, regelmäßige Abholung gewährleistet und bestimmte Sammel- und Sortierquoten in kurzer Zeit erreicht (vom Inkrafttreten der VO 1991 bis 1993 bzw. 1995). Allerdings wären nach der Verpack-VO auch mehrere nebeneinander bestehende Systeme möglich gewesen. Von Industrie, Gewerbe und Handel wurde aber nur ein zentral organisiertes System, nämlich das DSD mit dem "GRÜNEN PUNKT", zur Bewältigung der Aufgaben aus der Taufe gehoben. Derzeit liegt die Zahl der Gesellschafter bei ungefähr 550 Unternehmen. Daneben bildeten sich Gemeinschaftsunternehmen mit der Entsorgungswirtschaft im Bereich des Wertstoffhandels und mit Herstellern von Kunststoffen, Glas, Papier/Pappe, Weißblech, Aluminium und Verbundmaterialien für flüssige Nahrungsmittel. Außerdem mußten mit etwa 13 000 Herstellern und Importeuren Lizenzvereinbarungen über die Verwendung des Grünen Punktes abge-

Kräftige Gewinne auf dem Rücken der BürgerInnen, ohne daß sich die Leistungen bei Entsorgung und Verwertung verbessern.

schlossen werden. Damit sind etwa 80 Prozent aller mit Verkaufsverpackungen verbundener Waren dem System angeschlossen. Zusätzlich wurden bundesweit flächendeckende Verträge mit entsorgungspflichtigen Körperschaften zur verbraucher- bzw. haushaltsnahen Erfassung und materialspezifischen Sortierung gebrauchter Verkaufsverpackungen (Stichwort "gelber Sack") abgeschlossen.

Die auf der Verpack-VO beruhende Monopolstellung des DSD konnte im übrigen nur so rasch und durchgreifend realisiert - so einige Stimmen - werden, weil die Zielvorgaben der Verpack-VO im Hinblick auf Erfassungs- und Sortierquoten zeitlich zu kurz (s.o.) angesetzt worden seien. Außerdem konnte die Monopolstellung des DSD nach seiner Bildung durch staatliches Handeln im kommunalen Bereich noch ausgebaut werden. Nachstehend dazu einige Gründe:

1. Vor dem Hintergrund der angespannten Lage im Bereich öffentlicher Kas-

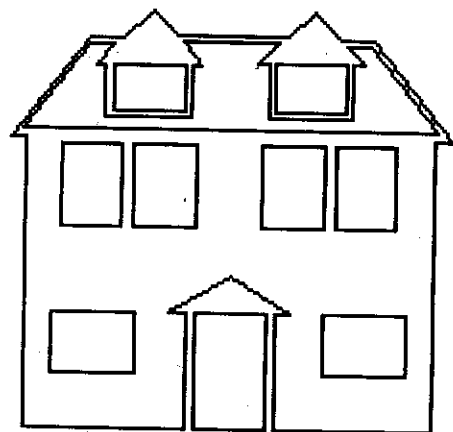
sen wurden dem DSD zusätzliche, bislang kommunal bewältigter Entsorgungsaufgaben übertragen. Gleichzeitig wurde auch noch deren Finanzierung auf das DSD abgewälzt. Hier hat einmal mehr die Einfallslosigkeit von Kommunalpolitikern gesiegt: Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen - anstatt den öffentlichen Sektor zu einem modernen und betriebswirtschaftlich-organisatorisch effizienteren Dienstleistungsbereich umzugestalten. Auch und gerade in der gegenwärtigen Krise bestehen Möglichkeiten, den öffentlichen Sektor von bürokratisch erstarrten Strukturen zu befreien und zu modernisieren.

2. Das DSD wurde offenbar bei der Auftragsvergabe in erheblichem Umfang daran gehindert, Aufträge zur verbrauchernahen Entsorgung gebrauchter Verkaufsverpackungen auszuschreiben. Somit konnten lokale und regional ansässige Entsorgungsunternehmen in vielen Fällen nicht mit Aufträgen bedacht werden. Dies war wohl der Grund, warum beispielsweise in Berlin die Einsammlung allein der Firma Alba mit einer Handvoll Subunternehmen übertragen wurde.

So trägt der Staat selbst zur Zerstörung vielfältig strukturierter lokaler und regionaler Märkte bei.

3. Wegen der erforderlichen Abstimmung mit den Kommunen richtete sich die Größe der Erfassungsgebiete für Verkaufsverpackungen an den Verwaltungsgrenzen der entsorgungspflichtigen Körperschaften aus. Ein kostengünstigerer Zuschnitt nach wirtschaftlichen und logistischen Gesichtspunkten kam daher nicht zum Tragen. Dies hätte durch eine gebietsübergreifende Kooperation der Kommunen möglicherweise verhindert werden können, wurde aber in den abgeschlossenen Verträgen nicht berücksichtigt.

Summa summarum: trotz Wirtschaftsfalut und Standortdebatte glänzende Geschäfte; Konzentration auf wenige kapitalstarke Wirtschaftsunternehmen, vor allem Tochterfirmen von Energiekonzernen; kräftige Gewinne auf dem Rücken der BürgerInnen durch schnell ansteigende Entsorgungsgebühren, ohne daß sich die Leistungen bei Entsorgung und Verwertung verbessern; Kartellbildung sowie monopolistische Preis- und Marktbeherrschung bis hin zu den Sekundärrohstoffen. Und was tun Staat und Bundeskartellbehörde dagegen? Wenig bis nichts. Sie sitzen und lauschen, wie die Profite am Staatssäckel vorbeirauschen!



Wir sind nicht erleichtert!

Kritische Anmerkungen zum Wohnbauland- und Investitionserleichterungsgesetz

von Helmut Arnold*

Nach dem vorsichtigen Einstieg in eine moderne Naturschutz- und Umweltpolitik in den 70er Jahren und ersten Erfolgen wurden sehr rasch auch ihre prognostizierten Begrenzungen offenbar: Der Artenschwund wurde nicht gestoppt, die Abfallberge wuchsen weiter, Luft-, Wasser- und Bodenkontaminationen wurden kaum reduziert, sondern vielfach nur verlagert bzw. in ihrer Zusammensetzung geändert. Das Waldsterben - ein summarischer Indikator - beschleunigte sich sogar. Vorläufige Verbesserungen sind - außer auf das Engagement der Ökologiebewegung und beachtenswerte technologische Innovationen - insbesondere auch auf ökonomische und regionale Umstrukturierungen, Verlagerungen "schmutziger" Industrien ins Ausland, Export von Abfall und nicht zuletzt Kaputtanierungen in der ehemaligen DDR zurückzuführen.

Es war deshalb üblich, daß zumindest UmweltpolitikerInnen auf die unzureichende Umweltgesetzgebung und den mangelhaften Verwaltungsvollzug hinwiesen - ohne jedoch tatsächlich Verbesserungen zu erreichen. So wartet z.B. das Bundesnaturschutzgesetz von 1976 seit vielen Jahren auf eine schon unendlich oft zugesagte gründliche Novellierung. Sie wird auch in dieser Legislaturperiode nicht erfolgen.

Dies hat sich mittlerweile grundlegend geändert. Ebenso wie beim Asyl, in der Militär- und Sozialpolitik, nun auch im Gentechnikrecht, geht es nicht mehr darum, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu verbessern. Diese gelten vielmehr als störende Vorschriften, die deshalb abzuschwächen sind. Diese Haltung hat sich zunehmend auch die sozialdemokratische Opposition zu eigen gemacht.

* Helmut Arnold, Frankfurt am Main

Das am 1. Mai 1993 in Kraft getretene Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz drückt diese neue Position im Umweltbereich deutlich aus. Mit dem Ziel, eine vermeintliche "ökologische Selbstblockade" für Bauen, Wohnen und Modernisierung der Wirtschaft zu beseitigen, wurde mit diesem einen Gesetz das Bau- und Immissionsschutz-, Abfall-, Naturschutz- und Raumordnungsrecht "konjunkturgerecht" angepaßt. Dabei können allenfalls die "städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen" (Art. 1, Nr. 13), in deren Rahmen Spekulationsgewinne kommunalisierbar sind, als - wenn auch sehr bescheidenes - positives Signal bewertet werden. Ansonsten geht es darum, die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, die Öffentlichkeitsbeteiligung zu reduzieren und die Prüf-, und damit die Kontrollmöglichkeiten der Natur- und Umweltbehörden insbesondere im konkreten Maßnahmen- und Eingriffsbereich einzuschränken bzw. ganz aufzuheben.

Im einzelnen sind folgende Regelungen hervorzuheben:

Immissionsschutzrecht und Abfallrecht

Einführung einer Regelfrist: Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung müssen künftig innerhalb von sieben Monaten, vereinfachte Verfahren ohne Öffentlichkeitsbeteiligung binnen drei Monaten durchgeführt werden. Überschreitungen sind nur in besonderen Ausnahmefällen zulässig.

Vereinfachte Verfahren bei Anlagenänderung: Wenn durch die wesentliche Änderung an einer Anlage keine nachteiligen Umweltauswirkungen zu befürchten sind, soll künftig die zuständige Behörde im vereinfachten Verfahren über die Änderung entscheiden.

Vorzeitige Inbetriebnahme: Anlagenänderungen können künftig - über ihre vorzeitige Errichtung hinaus - probeweise auch ohne endgültige Genehmigung in Betrieb genommen werden.

Diese Änderungen wurden schon lange von der Industrie gefordert und selbst vom Sachverständigenrat für Umweltfragen 1990 in seinem Abfallwirtschafts-Gutachten vorgetragen.

Da Abfallentsorgungsanlagen mit den genehmigungsbedürftigen Anlagen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vergleichbar sind, wird ihre Zulassung nun - bis auf Deponien - nicht mehr in einem zeitaufwendigen Planfeststellungsverfahren - und der damit verbundenen Planrechtfertigung - sondern nach dem Genehmigungsverfahren des Bundes-Immissionsschutzgesetzes erfolgen. Dadurch wird eine Verkürzung um rund ein Drittel der bisherigen Dauer bzw. eine "Optimierung" der Zulassungsverfahren erfolgen. Mit den Regelungen wird die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, daß die Errichtung und der Betrieb der Abfallentsorgungsanlagen zügig genehmigt werden können. Dies wird zusammen mit dem geplanten Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz als eine wesentliche Maßnahme zur Verhinderung des drohenden Entsorgungsnostandes aufgefaßt, ein Entsorgungsnostand, den die bisherige Umwelt- und Wirtschaftspolitik durch fehlende unterschiedene Vermeidung selbst verschuldet hat. Die Zulassung von Deponien wird weiterhin im abfallrechtlichen Planfeststellungsverfahren erfolgen.

Naturschutzrecht und Raumordnungsverfahren

Die Eingriffsregelung ist künftig grundsätzlich auf der Ebene der Bauleitplanung anzuwenden. Daraus resul-

tiert ihre nur noch eingeschränkte Anwendung beim einzelnen Baugenehmigungsverfahren. Der Bauleitplanung werden Vorhaben- und Erschließungspläne sowie weitgehend auch Abrundungssatzungen gleichgestellt. Auch hierbei sind also die wesentlichen Elemente der Eingriffsregelung zu berücksichtigen. Im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB) soll die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung nicht zur Anwendung gelangen, da dort in der Regel Ausgleich und Ersatz nicht möglich sind. Damit entscheidet die Gemeinde grundsätzlich selbst über die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Ein finanzieller Ausgleich, der aber die ökologischen Defizite nicht kompensieren kann, erfolgt gegebenenfalls über die Erschließungsgebühren.

Im Rahmen der Beratungen des Deutschen Bundestages wurde das ursprünglich vorgesehene fünfjährige Moratorium der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung in den neuen Ländern in eine Ermächtigung an die Länder umgestaltet, den Landesvollzug in einer fünfjährigen Übergangszeit an die "erhöhten" Anforderungen des Gesetzes heranzuführen.

Im Hinblick darauf, daß Raumordnungsverfahren nicht mehr zwingend mit der Umweltverträglichkeitsprüfung verbunden sind, werden die Vorschriften im Raumordnungsgesetz über Unterrichtung und Beteiligung der Öffentlichkeit gestrichen. In Bezug auf die Befristung des Raumordnungsverfahrens ist davon auszugehen, daß nach den bisher gemachten Erfahrungen für die Durchführung dieses Verfahrens eine Frist von sechs Monaten ausreichend ist. Dabei sind die gegebenen Möglichkeiten zur Straffung des Verfahrens sowie zur Konzentration der Durchführung von inhaltlichen Prüfungen zu nutzen.

Verwaltungsgerichtbarkeit

Ziel des Gesetzes zur Beschränkung von Rechtsmitteln in der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist die Vermeidung von Verzögerungen, die dadurch eintreten, daß Verfahren über die Investitionsentscheidung in den neuen Ländern durch mehrere gerichtliche Instanzen geführt werden und deshalb Investitionen über Jahre hinweg nicht umgesetzt werden können. Die grundgesetzlich garantierte Kontrolle von Verwaltungsentscheidungen durch die Gerichte (Art. 19, Abs. 4 GG) bleibt unangetastet. Eine zweite Tatsacheninstanz wird jedoch nur dann

eröffnet, wenn dies zur Vereinheitlichung der Rechtsprechung oder wegen sonstiger grundsätzlicher Bedeutung der Sache notwendig ist.

Im Rahmen der Beratungen des Deutschen Bundestages wurde festgelegt, daß Normenkontrollklagen gegen Bebauungspläne und andere städtebauliche Satzungen weiterhin auch in den neuen Ländern zulässig sind, allerdings beschränkt auf die ersten drei Monate nach Inkrafttreten der Satzung.

Rot-GRÜNE-Politiker, Umweltverbände, selbst die IG Bau-Steine-Erden sowie die Gewerkschaft Gartenbau-, Land- und Forstwirtschaft und der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten opponierten heftig gegen dieses Gesetzesvorhaben als eine grundlegende Wende in der Umweltpolitik. Die vorgetragene Kritik war und ist mehr als berechtigt. Die Ursachen der Wirtschafts- und Wohnungsprobleme werden hier völlig unbegründet der bisherigen Ökologiepolitik angelastet.

Bis heute jedoch mußte nachweislich nur in ganz wenigen Fällen ein Landwirt, Hausbauer oder Investor aus Ökologiegründen auf sein Vorhaben verzichten. In Niedersachsen z.B. wurden zwischen 1990 und 1992 nur 0,85 % der 2462 Bebauungspläne aus Gründen des Umweltschutzes nicht genehmigt.

Bundestag und -rat bestätigen mit diesem Gesetz, daß aus ihrer Sicht nicht die massiven ökologischen Krisen und Probleme anzugehen und zu beseitigen sind, sondern die Umwelt- und Naturschutzbehörden selbst die eigentliche Störgröße darstellen. Gewiß ein ehrliches Eingeständnis, denn in einer Zeit, in der Profite nur noch bei schnellster und rücksichtsloser Investition und Vermarktung möglich sind, stören selbst ordnungsgemäße und problemorientierte Prüfungen und Kontrollen. Da mit diesem Beschleunigungsgesetz die objektiven ökonomischen und ökologischen Probleme nicht angegangen werden, werden sich aller Voraussicht nach auch die erhofften positiven Wirkungen nicht einstellen.

Außerdem werden die neuen, d.h. verkürzten, Fristen bei der unzureichenden technischen und personellen Ausstattung der Naturschutz- und Umweltbehörden diese zu nur noch oberflächlicher Arbeit zwingen. Insgesamt besteht die Gefahr, daß die umwelt- und naturschutzrechtlichen Verfahren zur Legitimationübungen für die Investoren degradiert werden.

Ganz nebenbei wurde auch - möglicherweise grundgesetzwidrig - die Rahmenkompetenz des Bundes im Naturschutz in Richtung konkurrierende Gesetzgebung verschoben. Hinzu kommt, daß sensible und inzwischen durch Rechtsprechung erst gefestigte Bereiche, wie z.B. die Eingriffsregelung oder das Erschließungsbeitragsrecht und Baurecht, wieder komplett neu entwickelt werden müssen. Das wird die Verfahren keineswegs verkürzen.

Auch ist mehr als fraglich, ob dieses Gesetzespaket die ökonomischen und ökologischen Probleme in der ehemaligen DDR lösen hilft, oder ob es zu den Altlasten noch investitionserleichterte Neulasten hinzukommen läßt.

Doch Verlierer ist nicht nur die Natur, sondern auch die Glaubwürdigkeit der Bundesopposition aus SPD und GRÜNEN, die im Bundesrat, da sie dort über die Mehrheit verfügt, das Gesetz hätte stoppen können. Sie begnügte sich stattdessen mit kosmetischen Verbesserungen und lobte anschließend die Einigkeit der Parteien über dieses Erleichterungsgesetz. Wir allerdings sind nicht erleichtert.

So bestätigt sich die Erkenntnis, daß das Recht der Macht, zumal der ökonomischen Macht, folgt, auch wenn es auf Kosten der Umwelt und damit unserer stofflichen Lebensgrundlagen sowie demokratischer Beteiligungsrechte durchgesetzt werden muß. Die Einsicht schmerzt, nicht nur erfolglos opponiert zu haben, sondern auch noch - oft bestrittene - theoretische Positionen bestätigt zu bekommen.

Eine nicht ganz aussichtslose Oppositionspolitik ist zumindest auf drei Ebenen sinnvoll und möglich:

1. In der innerparteilichen Debatte verstärkt diese umweltpolitische Wende angehen! In einigen Bundesländern steht z.B. die Novellierung des Naturschutzrechts an. Hier bieten die Spielräume, die durch Bundesratsinitiativen erstritten wurden, zumindest partielle Chancen

2. Ein große Verantwortung kommt auf die Kommunalpolitik als Trägerin der Bauleitplanung zu, d.h. sie entscheidet oft, was und wie gebaut wird, und das nicht nur im Wohnungsbau!

3. Die Zusammenarbeit zwischen Umwelt- und Gewerkschaftsbewegung muß gefördert und aktiv mitgestaltet werden.

Medienkonzentration: eine breite Debatte ist überfällig

Zum medienpolitischen Aktionsprogramm der SPD-Bundesmedienkommission

von Helmut Kuhne*

Manchmal gibt es politische Entwicklungen, die erst ins Bewußtsein treten, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Die Entwicklung auf dem Sektor der privaten elektronischen Medien, mit der sich nur eine kleine Gruppe von Medienpolitikern ernsthaft beschäftigt hat, gehört dazu. Das gilt sowohl für die Situation innerhalb als auch außerhalb der SPD. Wer außer den in der Medienpolitik engagierten weiß z.B., daß nirgendwo in der Welt ein derartiger Konzentrationsgrad und eine derartige gegenseitige Durchdringung von elektronischen Medien, Zeitungsverlagen und Rechteagenturen existiert wie in Deutschland?

Diese Situation basiert nicht auf finsternen Verschwörungen, sondern sie ist innerhalb weniger Jahre auf der Grundlage der Mediengesetze entstanden, die in den Landtagen öffentlich debattiert und beschlossen wurden. Die im europäischen Vergleich hohe Zahl privater Fernsehanbieter in Deutschland läßt sich auf zwei Kapitalgruppen reduzieren:

- die Gruppe um dem Filmrechtehändler Leo Kirch (der auch Aktionär beim Axel Springer Verlag ist), der folgende Sender zuzuordnen sind: SAT 1, PRO 7, Kabelkanal, Deutsches Sportfernsehen
- die Gruppe um den Bertelsmannkonzern und die luxemburgische CLT, der folgende Sender zuzuordnen sind: RTL, RTL 2, VOX

Für die Kirchgruppe arbeitet die Sportrechteagentur ISPR, für die andere Gruppe die Rechteagentur UFA (ein Bertelsmannunternehmen). In Teilbereichen des Marktes führen die Interessen beider Gruppen zu gemeinsamen Beteiligungen an einem Sender, in diesem Fall bei dem Pay-TV-Sender "Premiere".

Historisch war die Kirchgruppe als erste auf dem Plan, kräftig gefördert durch die CDU-Politik auf Bundes- und Länderebene. Die Entwicklung des

Kirch-Springer-Konglomerats hat auf Seiten der SPD nicht zu einer breiten Konzentrationsdebatte geführt. Vielmehr haben die von der SPD bestimmten Staatskanzleien der Länder - vor allem die nordrhein-westfälische - ohne die Partei damit zu behelligen im Laufe der Jahre eine eigene Strategie entwickelt, nämlich die Förderung des Aufbaus eines zweiten Konglomerats, unter Sozialdemokraten auch "Familie B" genannt. Die Beschreibung dieses Weges war um so verlockender, als speziell in NRW die Staatskanzlei und einige aus der Handvoll verantwortlicher Medienpolitiker der SPD-Landtagsfraktion entdeckten, daß mit der Ansiedlung von privaten Rundfunkveranstaltern Standortpolitik und regionale Wirtschaftsförderung zu betreiben ist. Das hat dazu geführt, daß Mark Woessner, der Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann AG, auf der Bilanzpressekonferenz 1992 wörtlich davon sprach, Bertelsmann besitze "Frequenzschürfrechte in NRW".

Um den sogenannten "Westschienenveranstalter" VOX - das zunächst mit großen Hoffnungen gestartete, inzwischen aber siechende Kind von Bertelsmann - zu fördern, entzog eine breite überparteiliche Mehrheit im NRW-Landtag auf Betreiben der Landesregierung dem öffentlich-rechtlichen WDR zwei starke Fernsehfrequenzen. Diese waren dem WDR erst wenige Jahre zuvor zur regionalen Versorgung des Düsseldorfer Raumes und von Teilen des Ruhrgebietes gegeben worden.

Auffällig auch der Gleichklang, mit dem sich in diesem Jahr der zuständige Landesminister Clement und der im Vorstand von Bertelsmann für elektronische Medien zuständige Manfred Lahnstein - unter Helmut Schmidt sozialdemokratischer Finanzminister - zum Thema Medienkonzentration äußerten. Lahnstein hatte nämlich unter Verweis auf die Weltmarktkonkurrenz offensiv dafür plädiert, daß ein Käufer von Film- und Sportrechten mehrere Abspielplätze brauche, um seine Kosten auch über Werbung wieder einspielen zu können. Deshalb seien "Senderfamilien" und Medienkonzentration unabdingbar. Als daraufhin

mancher sozialdemokratische Blick vom Kirch-Springer-Konglomerat kritisch zur "Familie B" hinüberschweifte, unterstützte ihn Clement am 18. März auf einem Mediensymposium in Warschau, bei dem die Bertelsmann AG Mitveranstalter war: "Ich gehe soweit zu sagen: Eine Konzentration von wirtschaftlicher Macht bei großen privaten Medienunternehmen, die multimedial und international wirtschaften, ist in einem dualen Rundfunksystem nicht nur medienwirtschaftlich geboten, sondern auch - innerhalb bestimmter Grenzen - medienpolitisch sinnvoll. Ohne eine Konzentration von Medienmacht sind große private Fernsehprojekte nicht finanzierbar. Und ohne finanzstarke Medienkonzerne hat die europäische Medienwirtschaft keine Chance, im globalen Wettbewerb mit den weltweit operierenden US-amerikanischen und japanischen Medienunternehmen zu bestehen".

Nicht dementiert wurden Berichte verschiedener Mediendienste und Tageszeitungen, wonach seinerzeit in der NRW-Staatskanzlei unter Beteiligung des Ministers, der SPD-Landtagsfraktion, des Bertelsmann-Konzerns und der Landesanstalt für Rundfunk darüber verhandelt wurde, ob die widerstrebende Landesanstalt für Rundfunk das Problem mit der 24,9 %igen Obergrenze für die Bertelsmann-Anteile bei VOX nicht auch etwas lössiger handhaben könne. Vor einigen Monaten erhöhte Bertelsmann seinen VOX-Anteil über die genannte Obergrenze. Der Länderausschuß der Landesmedienanstalten hat daraufhin die Auflage erteilt, daß ähnlich wie beim Kirch-Springer-Konglomerat bei SAT1 dieser Anteil innerhalb eines Jahres wieder auf maximal 24,9% zurückgefahren werden muß. Da Kirch und Springer in dieser Sache prozessieren, kann über den Ausgang noch nichts gesagt werden. Jedenfalls ist die Macht der privaten Sender gegenüber ihren Aufsichtsorganen so groß, daß sie öffentlich erklären konnten, sie würden sich einfach nicht an die neuen von den Landesmedienanstalten verabschiedeten Netto-Zeit-Regelungen für Werbeeinblendungen halten.

Nicht nur die kleine Gruppe medienpolitisch interessierter Sozialdemo-

kratInnen verfolgt diese Politik auf Länderebene mit Unbehagen. Mitte des Jahres brachte die SPD-Bundestagsfraktion eine große Anfrage zum Thema "Konzentrationserscheinungen bei elektronischen Medien" ein. Bei der Debatte über die Antwort der Bundesregierung führte Peter Glotz unter anderem aus: "Lügen wir uns doch nichts in die Tasche: Die Bundesländer betreiben untereinander natürlich Standortkonkurrenz. Deswegen wäre es nicht ganz ausgeschlossen, daß in einem ganz bestimmten Fall die bayerische Staatskanzlei Leo Kirch schützt und die nordrhein-westfälische das Haus Bertelsmann. Gerade deswegen gibt es im Grundgesetz Bundeskompetenzen für das Recht der Wirtschaft und zur Verhütung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht. Ich sage noch einmal: Ich habe Verständnis dafür, daß die Bundesregierung diese Kompetenzen nicht vorzeitig und unvorsichtig benutzt. Aber ich beschwöre die Koalition, nicht allzu sichtbar zu machen, daß der Bund auf diesem Feld ein Papiertiger bleiben wird. Dann passiert bei den Landesmedienanstalten nämlich gar nichts. Für die sozialdemokratische Bundestagsfraktion sage ich jedenfalls: Wenn die Länder ihren Landesmedienanstalten nicht die Instrumente in die Hand geben, die Konzentration wirksam zu bekämpfen, muß der Bund seine Gesetzgebungskompetenz nutzen!"

Das im Sommer dieses Jahres veröffentlichte Aktionsprogramm der Bundesmedienkommission und die darin enthaltenen Forderungen zur Bekämpfung der Konzentration müssen vor diesem Hintergrund gesehen werden. So findet sich in Punkt 5 das Postulat: "Medienverantwortung darf nicht allein den Standortinteressen der einzelnen Länder und Kommunen unterworfen werden." Daraus werden dann aber keinerlei Konsequenzen gezogen. Stattdessen wird unter der gleichen Textziffer angeregt, die Bundesländer sollten durch Staatsvertrag eine "förderative Rundfunkkoordination" einführen. Diese soll unter anderem die Rundfunkaufsicht über die privaten Rundfunkveranstalter koordinieren, insbesondere bei der Frequenzvergabe und -verlängerung. Solange die Koordination nicht verwirklicht ist, sollen solche Fragen im Rahmen der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten abgestimmt werden. Dies bedeutet aber nichts anderes, als auf die Forderung der privaten Rundfunkveranstalter einzugehen, Schritt

te hin zu einer Bundesmedienanstalt zu machen und auf dem Wege dorthin die Kompetenzen der Landesmedienanstalten und ihrer Gremien auszuhöhlen.

Die Möglichkeit einer Fusionskontrolle durch das Bundeskartellamt (Ziffer 3) soll lediglich "geprüft" werden. Auch der in den letzten Monaten in der medienpolitischen Diskussion stärker vorgetragene Gedanke nach einem Verbot des sogenannten "Cross-Media-Ownership", das heißt der Verflechtungen zwischen Anteilseignern von Printmedien und elektronischen Medien, taucht nur in abgeschwächter Form auf: Derartige Verhältnisse sollen "nur bis zu einem für das Allgemeinwohl nicht abträglichen Grad erlaubt sein" (Punkt 2). Maßstäbe zur Bestimmung dieses Grades fehlen jedoch. Auch die in Punkt 1 erhobene Forderung nach dem Prinzip der "absoluten" Transparenz der Eigentumsverhältnisse wird beschränkt auf die Antragsteller für Sendelizenzen und nicht ausgeweitet auf die Gesellschaften, die diesen Rundfunkveranstalter tragen.

Neben einem Verweis auf mögliche ergänzende Regelungen auf EG-Ebene ist das schon alles, was der Bundesmedienkommission zur Konzentration eingefallen ist. Nicht thematisiert wurde die Frage, inwieweit bisherige Regelungen des Staatsvertrages die Konzentration begünstigen. So können z.B. Unternehmen an einer unbegrenzten Zahl von Rundfunkveranstaltern beteiligt sein, wenn ihr Anteil nirgendwo 24,9 % überschreitet. Diese Regelung hat zu einer Vielzahl verdeckter Allianzen, treuhänderischem Verwalten von Anteilen usw. geführt.

Angesichts des bereits vorhandenen Grades an horizontaler und vertikaler Durchdringung im Bereich der elektronischen Medien läge die Forderung nach einer sofortigen umfassenden Entflechtung nahe. Ein solcher Gedanke liegt der Anregung einiger Direktoren von Landesmedienanstalten zugrunde, die eine Aufhebung der obengenannten Regelung des Staatsvertrages zu Gunsten des Prinzips "one man - one show" für sinnvoll halten. Danach sollen in Zukunft einzelne Unternehmen bis zu 100 % an einem Rundfunkveranstalter erhalten, sich dafür aber an keinem anderen mehr beteiligen dürfen. Derartige Vorstellungen sind jedoch ein Programm mit eingebauter Erfolglosigkeit. Ohne ein jahrelanges Abschalten der Sender wäre eine auf diesen Vorstellungen basierende Entflechtung gar nicht möglich. Ein solches Modell

würde auch nicht zu einer geringeren Medienkonzentration führen, sondern zu einer hohen Einflußmöglichkeit einzelner Anteilseigner auf jeweils eines der Voll- oder Informationsprogramme auf dem deutschen Markt.

Gefragt ist ein Programm mittlerer Reichweite, welches den Weg zu einer schrittweisen Entflechtung öffnet und den heimlichen und offenen Befürwortern der Medienkonzentration das Argument nimmt, der Zug sei abgefahren, man könne ohnehin nichts mehr machen. In diesem Sinne schlägt die Medienkommission des SPD-Bezirks Westliches Westfalen drei Punkte vor:

1. Ein Veranstalter darf grundsätzlich an drei bundesweiten Fernsehprogrammen beteiligt sein, wovon aber maximal eines ein Vollprogramm oder Spartenprogramm mit Schwerpunkt Information sein darf.

2. Für ein Vollprogramm oder Spartenprogramm mit Schwerpunkt Information liegt die Beteiligungsgrenze bei 49,9 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile, bei jedem anderen Spartenprogramm ist eine Beteiligung bis zu 100 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile erlaubt.

3. Beteiligt sich ein Veranstalter an einem Spartenprogramm zu 100 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile so darf seine Beteiligung an einem zweiten Spartenprogramm 49,9 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile nicht überschreiten.

Vorteil der vorgeschlagenen Regelung ist vor allem, daß die Beteiligung eines Veranstalters nur auf ein Vollprogramm oder auf ein Spartenprogramm mit dem Schwerpunkt Information beschränkt bleibt. Eine derartige Neuregelung von Anteilsobergrenzen ist aber auch nach dem Verständnis der Medienkommission des Bezirks Westliches Westfalen noch nicht ausreichend. Weitere Überlegungen werden zur Zeit zum Thema Cross-Ownership-Regelungen angestellt sowie zum Problem der Verflechtung von Rundfunkveranstaltern mit den Besitzern von Film, Sport und sonstigen Rechten.

Entscheidend ist jedoch die Frage, ob diese Diskussionen nur in der kleinen Gruppe medienpolitisch Interessierter geführt werden oder ob es gelingt, die Debatte zu politisieren. Das heißt, auch in den Gliederungen der SPD das Bewußtsein davon zu wecken, daß sich im Medienbereich etwas abspielt, bei dem man genauer hinsehen sollte - auch danach, was die eigenen Landesregierungen so treiben.

* Helmut Kuhne, Vorsitzender der medienpolitischen Kommission der SPD Westliches Westfalen, Mitglied des WDR-Rundfunkrats, Bad Sassendorf

Katrin Fuchs, Peter von Oertzen, Ludger Volmer (Hrsg.), *Zieht die Linke in den Krieg?, Beiträge zur Debatte um Kampfeinsätze aus rot-grüner Sicht*, spw-Verlag, 234 Seiten, Köln 1993

Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts?

Die Linke auf der Suche nach einer neuen Weltordnung



Beiträge zur Debatte um Kampfeinsätze aus rot-grüner Sicht

von Martin Mendler*

Der Zusammenbruch der kommunistischen Parteidiktaturen in Osteuropa, die Herstellung der deutschen Einheit und das damit einhergehende Ende des Ost-West-Konflikts haben die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs herrschenden Strukturen des internationalen Systems radikal verändert. Zunächst sah es so aus, als könne eine tiefgreifende Zivilisierung der internationalen Beziehungen auf den Weg gebracht werden. Doch das Aufbrechen neuer und alter Konflikte und Krisen hat die Perspektive einer gesamt-

europäischen Friedensordnung wieder in weitere Ferne rücken lassen.

Realistisches Friedensprojekt der Linken?

Auch von der Linken wird nicht ernsthaft bestritten, daß das vereinigte Deutschland seine Position und Verantwortung unter völlig gewandelten weltpolitischen Vorzeichen überdenken und neu bestimmen muß. Aber welche Richtung der notwendige außenpolitische Anpassungskurs einschlagen soll, das ist keineswegs geklärt. Im politischen Spektrum Deutschlands macht sich auch auf diesem Feld eine neue Unübersichtlichkeit breit. Kommt die Linke hierzu-lande aus den Schützengräben ihres Abwehrkampfes heraus, in die sie von der Offensive der konservativen "Normalisierer" gedrückt wurde? Schafft sie es, der von den Bonner Revisionisten scheinbar betriebenen Rückkehr zu nationaler Machtpolitik jenseits der "Schatten der Vergangenheit" ein eigenes zukunftsweisendes und zugleich realistisches Friedensprojekt entgegenzusetzen? Wie reagiert die Linke auf Aggression, Völkermord und Bürgerkrieg vor ihrer eigenen Haustür? Ringt sie sich im Falle eines Falles als ultima ratio zur Anwendung von militärischer Gegen Gewalt im Rahmen kollektiver Sicherheit durch oder verharrt sie trotzig im Attentismus radikalpazifistischer Bekenntnisse?

Die zahlreichen Beiträge, die die beiden sozialdemokratischen Politiker Katrin Fuchs und Peter von Oertzen und der Bundesvorstandssprecher von Bünd-

nis 90/Die Grünen, Ludger Volmer, in ihrem Buch versammelt haben, begeben sich auf die Suche nach Wegen zu einer neuen Friedensordnung. Insoweit bietet der Band erfreulicherweise deutlich mehr, als sein etwas reißerischer, auf optimale Verkaufszahlen schielender Titel ankündigt. Den meisten Autoren geht es sogar ausdrücklich darum, die enge Fixierung der aktuellen Debatte auf die Frage von out of area-Einsätzen der Bundeswehr zu überwinden. Auf der Tagesordnung stehen nicht mehr und nicht weniger als die Eckpfeiler der künftigen deutschen Außenpolitik. Deren Militarisierung zu verhindern, ist das übereinstimmende politische Anliegen der Autoren. Ansonsten ist ihnen bewußt, daß die Diskussion über die Frage, wie Deutschland seiner gestiegenen Verantwortung in der Welt gerecht werden soll, auch im Rahmen eines wiederbelebten rotgrünen Dialogs notwendigerweise kontrovers verlaufen muß. Die Aufsätze des Sammelbandes fallen in ihrem analytischen und konzeptionellen Gehalt freilich sehr unterschiedlich aus. Während zahlreiche Beiträge sowohl durch Klarheit und Tiefe ihres Argumentationsganges als auch durch bedenkenswerte friedenspolitische Vorschläge zu überzeugen vermögen (Heinrich, Hippler, Volmer/Fues, Böhlke/Grabert/Unger/Wehr, Statz, Fuchs), gibt es auch einige, das positive Gesamtbild trübende schwarze Schafe, die weithin bekannte Einsichten wiederholen (Schuster, Biermann), in ihrem geschwätzigen Jargon dem Leser auf die Nerven fallen (Narr), allzu hastig heruntergeschrieben wurden (Wolf) und überdies vor allem die eigene sauertöpfische Befindlichkeit zu kultivieren scheinen (Gilges, Lutz).

Was sind nun die Themen und Botschaften der einzelnen Beiträge? Konrad Gilges zeichnet die Etappen der parteiinternen Auseinandersetzungen über Blauhelm- und UN-Kampfeinsätze nach. Er regt sich vor allem darüber auf, daß die einmal festgezurten Positionen der SPD immer wieder von prominenten Größen aufgeweicht wurden. Arthur Heinrich macht in seinem scharfsinnigen Text deutlich, daß die Konservativen in ihrem Bemühen um zusätzliche militärische Optionen für Deutschland in Wirklichkeit auf die Kappung der bislang auf Selbsteinbindung und Selbstbeschränkung fußenden außenpolitischen Prämissen abzielen. Der Kern des Diskurses um "Normalisierung" berührt die Definition und Legitimation der "nationalen Interessen" der Deutschen nach dem Ende

des Ost-West-Konflikts. Für Joachim Schuster stellt sich die heutige Staatenordnung als eine komplexe Interdependenz mit vielfältigen Hierarchien und Abhängigkeitsbeziehungen dar. Der Nord-Süd-Konflikt, der Transformationsprozeß in den ehemaligen sozialistischen Staaten und die innerkapitalistische Konkurrenz zwischen den USA, Japan und Westeuropa werden als die zentralen Konfliktformationen beschrieben. Jochen Hippler wirft einen kritischen Blick auf die Weltordnungspolitik der USA und auf die Rolle, die die UNO in Zukunft darin spielen könnte. Washington orientiere seine Politik gegenüber der UNO ausschließlich an instrumentellen Kosten-Nutzen-Kalkülen. Hippler spricht sich für eine Reform der UNO aus, die die Dominanz der Großmächte bricht, einen Schutzmechanismus für die kleinen Staaten etabliert und Ernst macht mit der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen.

Ludger Volmer und Thomas Fues entfalten in ihrem Beitrag Schlußfolgerungen für eine neue Außenwirtschaftspolitik Deutschlands. Dem an nationalen Eigeninteressen ausgerichteten Modell der Weltmarktdominanz setzen sie ein Konzept entgegen, das strengen ökologischen, menschenrechtlichen und entwicklungspolitischen Kriterien gehorcht. Ewald Böhlke, Horst Grabert, Frank Unger und Andreas Wehr umreißen in einer Teamarbeit "Elemente einer zweiten Ostpolitik". Sie wenden sich gegen eine marktwirtschaftliche Schocktherapie und werben um Verständnis für eine lange Periode des staatlich gesteuerten Übergangs, der auf die historischen und politisch-kulturellen Ausgangsbedingungen stärker Rücksicht nimmt. Wolfgang Biermann beschreibt die Schwierigkeiten der UNO bei der Umsetzung von friedenserhaltenden Maßnahmen. Ein Hauptproblem bei der Beherrschung der zahlreichen Krisen sieht er schlicht in der mangelhaften Bereitstellung von personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen für peacekeeping-Missionen. Horst Grabert, Peter Glotz und Helmut Lippelt versuchen, den Ursachen der Tragödie im ehemaligen Jugoslawien auf die Spur zu kommen. Auch wenn ein militärisches Eingreifen in Bosnien-Herzegowina moralisch längst gerechtfertigt erscheinen mag, so stellt sich für die Autoren doch die Frage nach dessen Risiken und Folgen. Glotz bringt die Achillesferse des wohlmeinenden bellizistischen Motivs

auf den Punkt: Was nützte der Wille zur gewaltsamen Beendigung von Mord und Totschlag, solange niemand die zündende Idee eines für alle Seiten annehmbaren politischen Friedensplans hat?

"Weltregierung" oder Realpolitik?

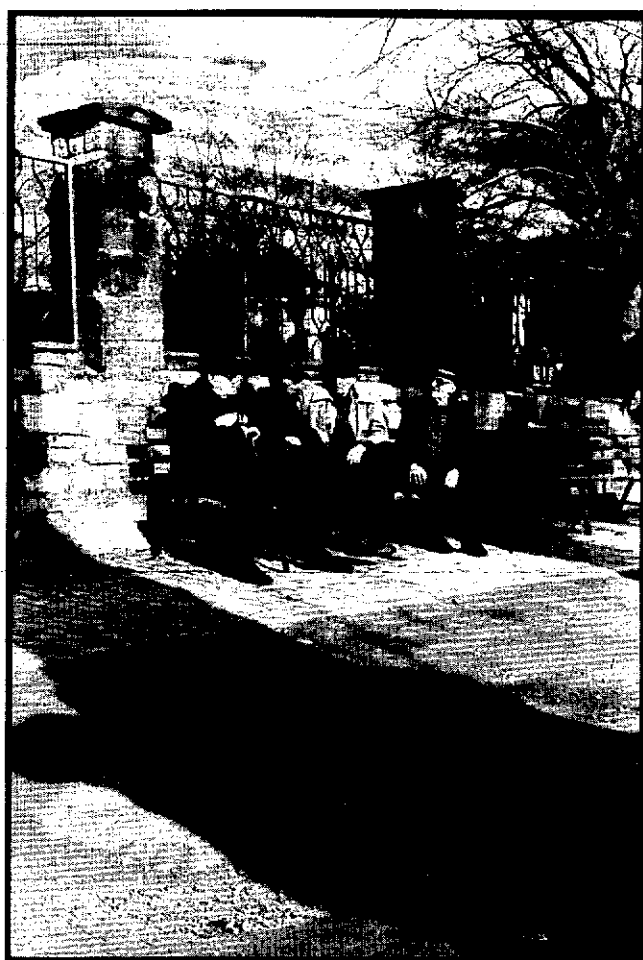
In den Beiträgen von Dieter S. Lutz und Wolf-Dieter Narr werden Argumente für und wider den Weltstaat erörtert. Lutz bleibt seinem Hang zu Katastrophenszenarios treu und leitet aus zahlreichen "Trends zum Weltuntergang" die Notwendigkeit einer "Weltgesellschaftspolitik" ab. Da aber eine Weltregierung derzeit weder praktikabel noch durchsetzbar erscheine, dränge sich die Frage auf, wie die weltweite Katastrophe überhaupt verhindert werden könne. Und da ist Lutz mit seinem Latein recht schnell am Ende, lautet die Antwort doch: "möglicherweise gar nicht". Den weiterhin souveränen Staaten bleibe nur der realistische Ausweg, sich auf der Basis internationaler Vereinbarungen weiter durch die Probleme durchzuwursteln. Narr widerspricht der Idee eines Weltstaats ganz vehement. Er befürchtet sowohl funktionale als auch friedenspolitische und demokratiepraktische Defizite. Doch was die Formulierung einer Alternative zum Weltstaat als Instrument der Abschaffung kriegerischer Gewalt anbelangt, da steht Narr der Einfallsslosigkeit seines Hamburger Kollegen in nichts nach. Er überrascht mit der konkreten Handlungsanleitung, "Politik und nur Politik und noch einmal Politik mit vollem eigenen Risiko auch in allen Arten von Hilfeleistungen" zu betreiben und auch zu ertragen.

Ein Interview mit Egon Bahr führt dann wieder auf den Boden diplomatischer Realpolitik zurück. Uwe Stehr befragt den Mitbegründer der Ost- und Entspannungspolitik nach den Prinzipien einer neuen Friedensordnung in Europa. Bahr plädiert für vertraglich garantierte Mechanismen der frühzeitigen Erkennung und Eindämmung von Konflikten. Wer eine internationale Ordnung herstellen wolle, in der der Gewaltverzicht auch gegenüber Rechtsbrechern durchgesetzt werde, müsse das Gewaltmonopol einer übernationalen Organisation übertragen und der UNO nationale Streitkräfte zur Verfügung stellen. Bahrs friedenspolitischer Ansatz will das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts

ersetzen. Albert Statz umreißt die Strategie einer grün-alternativen Außenpolitik. Frieden und Menschenrechte müßten durch einen Ausstieg aus nationaler Machtpolitik, durch eine Entmilitarisierung der Bündnispolitik und durch die Stärkung ziviler Strukturen der Konfliktbewältigung gewährleistet werden. Eine neue Außenpolitik muß nach den Vorstellungen von Katrin Fuchs folgende Grundsätze beherzigen: Bearbeitung der Konfliktursachen, Beachtung von Demokratie und Menschenrechten und Entwicklungspartnerschaft mit dem Osten und Süden. Frieder Otto Wolf betrachtet die internationale Konfliktprävention als eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Deutschlands.

Der Sammelband ist alles in allem ein Beweis dafür, daß es in der deutschen Linken an Mut und Kraft zu einer außenpolitischen Anpassung an neue Realitäten nicht mangelt. Von einer allgemeinen Orientierungs- und Konzeptionslosigkeit kann jedenfalls nicht die Rede sein. Wenn die Linke sich für friedliche Streitbeilegung und Konfliktintervention stark macht, wenn sie weiter auf Entmilitarisierung und Demokratisierung setzt und die Notwendigkeit von institutioneller Vernetzung, Verteilungsgerechtigkeit und von ökonomischem Ausgleich im Weltmaßstab bekräftigt, dann liegt sie nicht nur politisch auf der Höhe der Zeit, sondern greift auch Erkenntnisse der Friedensforschung auf. Eine Schwäche des Buches besteht darin, daß sich kein Beitrag so richtig auf die Frage legitimer Gegengewalt als ethisches und politisches Problem einläßt. Dieses Thema hätte eine grundsätzliche Darstellung der kontroversen Standpunkte auch innerhalb des rot-grünen Spektrums verdient. Was die Autoren an konstruktiven Vorschlägen für eine Politik der aktiven Friedensgestaltung unterbreiten, widerlegt den an die Adresse der Linken gerichteten landläufigen Vorwurf des Realitätsverlustes und der Politikunfähigkeit. Will die Linke jedoch den revisionistischen Bestrebungen der Regierung nicht bloß defensiv hinterherhecheln, dann muß ihr zum Militär mehr einfallen als dessen Abschaffung. Egon Bahr gibt folgenden Ratschlag: "Wir können nicht draußen sitzen und Empfehlungen machen, wie die anderen es alles besser machen sollen, wenn wir nicht bereit sind, unseren Teil mit zu übernehmen." Es bleiben Zweifel, ob die Linke schon so weit ist, dieser friedenspolitischen Marschrichtung zu folgen.

* Martin Mendler, Politikwissenschaftler, Parlamentarischer Berater der SPD-Landtagsfraktion, Stuttgart



"Freyburg an der Unstrut"

Illusionen und Zumutungen

Fotos: Stephan Hoppe

schlechten Gewissens als von dem Wunsch getrieben, den ehemaligen DDR-Bürgern etwas Gutes zu tun. Das daraus entstehende Gemisch zwischen Außenansichten und übermäßiger Betroffenheit von Menschen, die sich als Opfer des DDR-Regimes fühlen, hat dabei der Wahrheitsfindung nicht gedient.

sie damit einen Zustand, den der Deutsche angeblich besonders liebt: Klare Verhältnisse. Hüben war alles gut, drüben alles schlecht, und deswegen sollten die Ostdeutschen gefälligst dankbar sein für die Gnade der Wiedervereinigung.

So war die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit bisher geprägt von Illusionen und Zumutungen. Die größte Illusion ist es wohl gewesen, anzunehmen, es gäbe ein Verfahren, die Guten und die Bösen voneinander zu trennen. Zurückgreifen mußte man dabei auf scheinbar objektives Material, die Stasi-Akten: Mit großer krimineller Energie zusammengetragenes Material, von dem jeder Historiker weiß, daß man es ohne eine genaue Kenntnis der zeitlichen Umstände und

Fragliche Methoden der Vergangenheits- bewältigung

Ich erinnere mich an eine Situation, als in dem Bundesland, in dem ich lebe, in Sachsen-Anhalt, unter der Überschrift "SED-Justiz als Instrument der Herrschaftssicherung" eine Tagung der Landeszentrale für politische Bildung abgehalten wurde. Als einziger Referent aus den neuen Ländern war ein Opfer des Stalinismus eingeladen worden, um sein persönliches Schicksal zu Gehör zu bringen. Ihm gegenüber saß eine Phalanx westdeutscher Professoren. Diese Ausgangssituation hat Symbolcharakter für die Methode, mit der die Aufarbeitung der Vergangenheit betrieben wird: Um ihr vorgefaßtes Urteil über den unsäglichen anderen deutschen Staat bestätigt zu sehen, lassen sich diejenigen, die schon immer um die Verderbtheit des Sozialismus wußten, erschütternde persönliche Schicksale vorführen. Für sich schaffen

So war die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit bisher geprägt von Illusionen und Zumutungen. Die größte Illusion ist es wohl gewesen, anzunehmen, es gäbe ein Verfahren, die Guten und die Bösen voneinander zu trennen.

ohne Bewertung der Absicht der Verfasser überhaupt nicht verstehen kann. Zweifellos ist manches Schlimme aus DDR-Zeiten dabei zutage gefördert worden. Die Engführung auf die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes und die Suche nach den Informellen Mitarbeitern hat allerdings das Vorurteil bestätigt: Die

von Reinhard Höppner*
Drei Jahre nach Ende der DDR, vier Jahre nach jenem aufregenden Herbst 1989 ist es sicherlich verfrüht, eine Bilanz zu ziehen über das, was im Blick auf die Aufarbeitung der Vergangenheit der DDR geleistet worden ist. Noch arbeiten Kommissionen, laufen Rehabilitierungsverfahren, und im Bundestag wird an einem zweiten Unrechtsbereinigungsgesetz gearbeitet. Trotzdem lohnt sich die Frage, ob der Wunsch, daß wir es diesmal besser machen wollten als nach 1945, wirklich in Erfüllung gegangen ist, ob es überhaupt ein berechtigter oder erfüllbarer Wunsch war. Bei genauer Betrachtung verbietet sich allerdings schon der Vergleich zwischen dem Dritten Reich und dem Staat DDR und damit auch der Art und Weise des Umganges mit der Vergangenheit. Die Forderung, es diesmal besser machen zu wollen, kam vor allen Dingen aus dem Westen, war mehr die Stimme eines

* Dr. Reinhard Höppner, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Kleinen fängt man, die Großen läßt man laufen. Es ist zweifellos eine Zumutung für manchen kleinen IM, wenn er öffentlich geächtet wird, während seine Auftraggeber in Talk-Shows auftreten und unbehelligt Rechtfertigungsbücher schreiben können.

Der Rechtsstaat wurde auf den Kopf gestellt

Sehr schnell befreit worden sind wir auch von der Illusion, der Rechtsstaat könne mit juristischen Mitteln Gerechtigkeit herstellen. Sicherlich war es richtig, die Todesschüsse an der Mauer durch Prozesse juristisch aufzuarbeiten, so wie sich in jedem Rechtsstaat auch der Einsatz von Polizei nicht der juristischen Überprüfung entziehen darf. Trotzdem bleibt mehr als ein bitterer Beigeschmack, wenn die Auftraggeber und die Initiatoren dieses Grenzregimes unbehelligt bleiben und ihre Schuld sich einer juristischen Wertung entzieht oder, wie

Die These, daß Betroffene besonders gut geeignet sind, der Wahrheit auf den Grund zu gehen, hat sich auch im Blick auf die Bearbeitung der DDR-Vergangenheit als falsch erwiesen.

jüngst in den Prozessen gegen den ehemaligen Verteidigungsminister Kessler und seinen Stellvertreter Strelitz, zu Urteilen führt, die in keinem Verhältnis zu den Urteilen gegen die Mauerschützen stehen. Die Unfähigkeit des Rechtsstaates, politisch-moralische Schuld zu werten, hat verschiedene Bürgerrechtler der ehemaligen DDR im Sommer 1991 dazu geführt, ein Tribunal zu verlangen, auf dem solche Schuld zur Sprache kommen und bewertet werden sollte. Das Stichwort hat eine heftige und kontroverse Debatte ausgelöst. Zumal gerade im Herbst 1991 die Medien praktisch Tribunale veranstalteten, in denen es ausreichte, jemanden zu verdächtigen, um ihn öffentlich unmöglich zu machen. Der Rechtsstaat wurde auf den Kopf gestellt, in dem der Beschuldigte seine Unschuld beweisen mußte, während sonst doch ein

Beschuldigter als unschuldig gilt, solange ihm die Schuld nicht nachgewiesen wird. Dieses Verfahren eignete sich allerdings hervorragend für den Kampf um Macht und Einfluß im neuen Deutschland.

Immer wenn jemand von der politischen oder öffentlichen Bühne verschwinden sollte, tauchte irgendwo eine Akte auf, die natürlich aus Quellschutzgründen nicht näher qualifiziert werden mußte. Für alle, die diese Art von Aufklärung der DDR-Vergangenheit betrieben, zählten nur die vermeintlichen Erfolgsergebnisse. Wieviel Angst sie verbreiteten, wieviele Menschen, die doch gerne ihre Kraft für den Neuaufbau des Landes eingesetzt hätten, sie damit zum Rückzug ins Private getrieben haben, wird man nie ermitteln können. Leisten konnte man sich diese Art des Umgangs mit der Vergangenheit ohnehin nur, weil im Zweifelsfall die Führungskräfte durch Menschen aus dem Westen ersetzt werden konnten. Dem Selbstwertgefühl der Menschen aus dem Osten ist dabei schwerer Schaden zugefügt worden, und so ist die Diskussion um die Vergangenheit von Manfred Stolpe für viele ehemalige DDR-Bürger zum Testfall dafür geworden, ob ein Mensch, der zu DDR-Zeiten sein Bestes versucht und dabei zweifelnd auch Fehler gemacht hat, in der neuen Gesellschaft überhaupt noch eine Chance hat.

Die schwierige Suche nach der Wahrheit

Die Initiatoren des Tribunalgedankens jedenfalls haben schon bald gegen solche Art von Aufarbeitung der Vergangenheit protestiert und deutlich gemacht, daß es ihnen nicht um die Verurteilung von Menschen geht, sondern vielmehr um die Frage, wie die Strukturen des DDR-Systems tatsächlich gewirkt haben und was wir aus unserer Geschichte lernen können.

Ihre Initiative führte im Frühjahr 1992 zur Gründung eines Vereins, der ein Forum der Aufklärung und Erneuerung sein sollte. Die Suche nach der Wahrheit sollte im Mittelpunkt stehen, einer Wahrheit, die sich nicht nur aus Akten erschließen läßt, sondern die des offenen Gesprächs zwischen Tätern und Opfern, zwischen Betroffenen und Beteiligten aus unterschiedlichen Richtungen bedarf. Zu den Akten, die ohnehin für sich genommen keine Beweiskraft haben, müssen die Biographien der Menschen

kommen. Manch einer, der seine Opferakte einsehen konnte, hat das inzwischen erlebt und hat in Gesprächen mit denjenigen, die ihn bespitzelt haben, auch das Verzeihen gelernt. Michael Beileites hat das in seinem Buch "Pechblende" eindrücklich beschrieben.

Aber selbst dieser gut gemeinte Ansatz des Forums der Aufklärung und Erneuerung, ein Gespräch zwischen Tätern und Opfern zu organisieren, blieb stecken, weil offenbar diejenigen, die in der Lage gewesen wären, solche Prozesse in Gang zu bringen, voll in Anspruch genommen wurden von anderen Aufgaben und Herausforderungen der Gegenwart.

Die Menschen in Ostdeutschland haben kürzlich in einer Umfrage mehrheitlich zum Ausdruck gebracht, daß sie einen Schlußstrich unter diese Debatte, die ja in Wahrheit gar nicht stattfindet, gezogen sehen wollen. Ihre Sorge um die Zukunft ist größer als die Bereitschaft zur Rückschau. Der tägliche Existenzkampf ist für sie keine abgegriffene Formel, sondern bedrückende Realität. Die große Anstrengung, sich neu im Alltagsleben orientieren zu müssen, versperrt vor allem die Öffnung der Köpfe und der Seelen, um das eigene Selbstverständnis, die eigene Biographie auf den Prüfstand zu stellen. Vielmehr herrscht ein großer psychologischer und politischer Druck, sich möglichst schnell an das neue, übergestülpte Gesellschaftssystem mit allen seinen Randbedingungen anzupassen.

Im Westen der Republik konzentriert sich das Engagement auf die Fragen nach der neuen außen- und sicherheitspolitischen Rolle in der Welt, der Sicherung des Wirtschaftsstandortes und darauf, wie angesichts der finanzpolitischen Probleme ein erbarmungsloser Verteilungskampf verhindert werden kann. Als könnten diese Zukunftsfragen ohne die Aufarbeitung der gesamtdeutschen Vergangenheit jemals schlüssig beantwortet werden! Niemand versucht ernsthaft der Frage nachzugehen, warum sich in Ostdeutschland viel mehr Menschen als in Westdeutschland dagegen aussprechen, deutsche Soldaten in krisengeschüttelte Regionen ziehen zu lassen, als im Westen. Hängt das nicht auch ganz eng mit unserer Vergangenheit zusammen?

Die These, daß Betroffene besonders gut geeignet sind, der Wahrheit auf den Grund zu gehen, hat sich auch im Blick auf die Bearbeitung der DDR-Vergangenheit als falsch erwiesen. Der historischen Bewertung dessen, was die

DDR tatsächlich gewesen ist, was an ihr der berechtigte Versuch war, eine Alternative zum kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu entwickeln, und was moralisch verwerfliche und menschenrechtswidrige Machenschaften waren, sind wir noch nicht viel näher gekommen. Geblieben sind manche Aufarbeitungen im Detail mit vielen menschlichen Enttäuschungen, aber auch befreienden Erkenntnissen.

Die Hilfe für offenkundige Opfer und ihre Rehabilitierung ist ein gutes Stück vorangekommen und muß intensiv weiterbetrieben werden. Quälend sind nach wie vor die Überprüfungen im öffentlichen Dienst, die solange dauern, daß die daraus erwachsenden Verunsicherungen oft größeren Schaden anrichten, als das Auffinden von Stasi-Mitarbeitern Klärungen schafft. Die Hoffnung, daß man auf diese Weise wieder Vertrauen herstellen könnte, wo unter den Menschen Mißtrauen herrscht, hat sich ohnehin als Illusion erwiesen. Man brauchte ja auch nicht Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes zu sein, um beispielsweise als Lehrer seine Schüler mit ideologischem Druck in Angst und Schrecken zu verset-

zen. Zudem empfinden es viele auch nicht als gerecht, daß solche Überprüfungen im öffentlichen Dienst laufen, weil man da die juristischen Möglichkeiten hat, während etwa im Bereich der Wirtschaft die Cleveren längst wieder oben sind und für die Entlassung ihrer früheren unbequemen Mitarbeiter sorgen. Genauso verständlich wie unsinnig ist darum der Ruf nach einer Amnestie, die Schuld vergibt, bevor sie überhaupt festgestellt ist. Solange es im Osten noch so viele Menschen gibt, die sich als Verlierer der Einheit fühlen, läßt sich über Versöhnung schlecht reden. Sie aber müßte das Ziel aller Vergangenheitsbearbeitung sein. Wir sind von diesem Ziel noch weit entfernt.

Keine Atmosphäre für sachliche Diskussionen

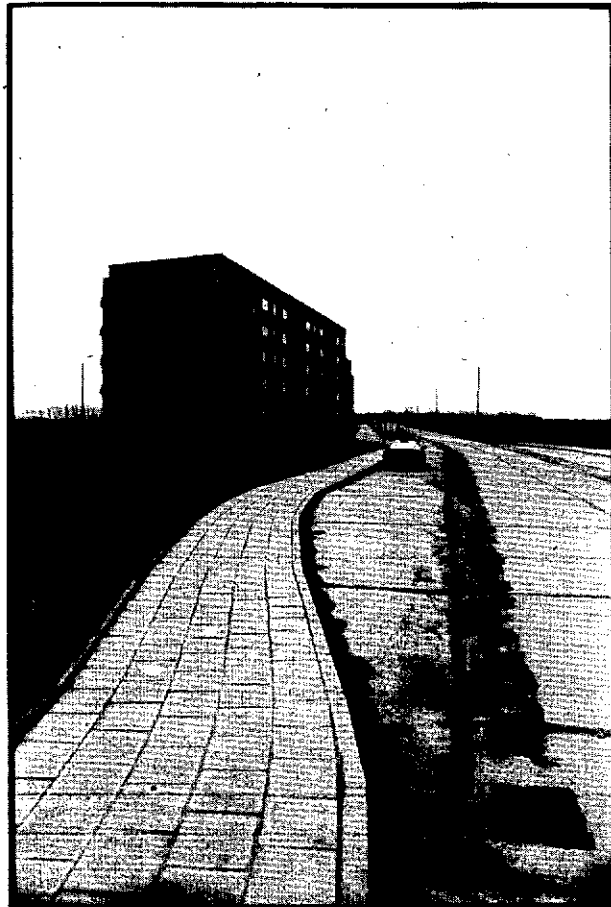
Die Frage beispielsweise, wie man mit denen umgehen kann, die ihre Schuld eingestanden und daraus gelernt haben, ist nach wie vor offen und kann in der heutigen Atmosphäre offenbar immer noch nicht sachlich diskutiert werden.

Inzwischen ist eingetreten, was viele bereits nach dem Zusammenbruch der DDR befürchtet haben. Keiner will mehr an die Vergangenheit erinnert werden, schon gar nicht an die eigene. Besonders drastisch ist das bei den früheren Mitgliedern der Blockparteien, die heute wieder politische Verantwortung tragen. Das Thema wird an den Rand gedrängt. Alle die es doch wieder aufgreifen, werden mißtrauisch oder feindlich beäugt.

Wenn wir die Bewertung der DDR-Geschichte nicht den Historikern überlassen wollen, wenn wir die Hoffnung nicht aufgegeben haben, aus unserer Ge-

schichte zu lernen, dann brauchen wir einen neuen Anfang. Ein Weg dazu könnte sein, daß wir uns ehrlich in Ost und West unsere eigenen Biographien erzählen, daß wir uns genau erinnern, wie wir diese Zeit erlebt haben, wo wir von Angst getrieben waren und wo wir Freiräume aufgespürt haben, die wir ausfüllen konnten. Wir müssen aufhören, die 40 Jahre DDR als 40 verlorene Jahre zu beklagen und zu den Akten zu legen. Wir müssen aufhören, die Welt in Täter und Opfer einzuteilen, und genau benennen, welche Motivationen und Beweggründe uns zu dem einen oder anderen Schritt veranlasst haben.

Dies darf nicht nur eine Angelegenheit des Osten sein. Auch die Menschen im Westen der Bundesrepublik Deutschlands müssen sich Rechenschaft darüber abgeben, welches Verhältnis sie zur DDR hatten und wie sie durch Tun und Unterlassen mit zu dieser gespaltenen Entwicklung in Deutschland beigetragen haben. Wenn wir das tun, dann werden wir feststellen, daß die Menschen in Ost und West vor der Wende 1989 nicht ehrlich genug miteinander umgegangen sind. Ist nicht immer wieder gerne die Zahl der Flüchtlinge aus der DDR in den westlichen Medien zitiert worden, um mit Genugtuung festzustellen, wieviel besser das eigene System gegenüber dem anderen ist? Was haben eigentlich die Menschen, die vom Osten in den Westen gegangen sind, über die DDR erzählt? Waren das nicht allzusehr negative Ausschnitte aus dem Leben in der DDR, die mehr der Rechtfertigung des Weggehens dienten und weniger der ehrlichen Darstellung der Lebensverhältnisse im Osten Deutschlands? Das einzugestehen wäre auch darum besonders wichtig, weil gerade die Erzählungen von Übersiedlern von Ost nach West das Bild der DDR im Westen wesentlich geprägt haben. Und selbst bei den Verwandtenbesuchen und vielfältigen Kontakten, etwa der Kirchengemeinden untereinander, ist allzuoft die Ehrlichkeit auf der Strecke geblieben. Haben nicht viel zu viele gerne die Rolle der hilfreichen Tante oder des reichen Onkels aus dem Westen gespielt und ihre Lebenssituation dort besser dargestellt, als sie eigentlich war? Haben die DDR-Bürger nicht viel zu sehr gejamert, damit die Westpäckchen möglichst groß ausfallen? Das mag zwar simpel klingen, aber so einfach müssen wir anfangen, damit wir zu mehr Ehrlichkeit kommen.



"Schkopan bei Halle an der Saale"

Viele Gespräche und Diskussionen sind notwendig

Vielleicht sollten wir in nächster Zeit zunächst versuchen, die notwendigen Gespräche, Diskussionen und Analysen nicht im Rampenlicht großer Bühnen medienwirksam ablaufen zu lassen. Dies könnte auch die Gefahr abwenden, daß das große Thema "Vergangenheitsaufarbeitung" als ein exklusives Tummelfeld für Prominente interpretiert wird, auf dem der Durchschnittsbürger seine Teilnahme verweigert. Nicht das große Forum coram publico im Blitzlichtgewitter der Medien ist vonnöten, sondern der Versuch, in vielen kleinen Gesprächsrunden Worte zu finden. Vielleicht könnten wir so auch lernen, daß die Aufarbeitung der Vergangenheit alle Menschen angeht und zum großen Teil eine sehr intime und private Angelegenheit ist. Sie ist nicht geeignet, auf dem Marktplatz erörtert zu werden,

Wenn das Bild einseitig geprägt wird von der Vorstellung, die Menschen wären durch die Wende einfach aus einem Gefängnis in das Reich der Freiheit getreten, dann widerspricht das alltäglicher Erfahrung und fördert letzten Endes nur die inzwischen erschreckend um sich greifende DDR-Nostalgie.

wo sie schließlich von Politikern und Parteien, Zeitungen und Geistesgrößen je nach eigener Selbststilisierung instrumentalisiert und ideologisiert wird. Die heftige Auseinandersetzung um die Person von Christa Wolf wurde zum schrecklichen Beweis für die Richtigkeit dieser Annahmen. Ihre zerrissene Persönlichkeit wurde zum Anlaß genommen, ein von Arroganz, Unkenntnis und Selbstherrlichkeit geprägtes Schlachtfest

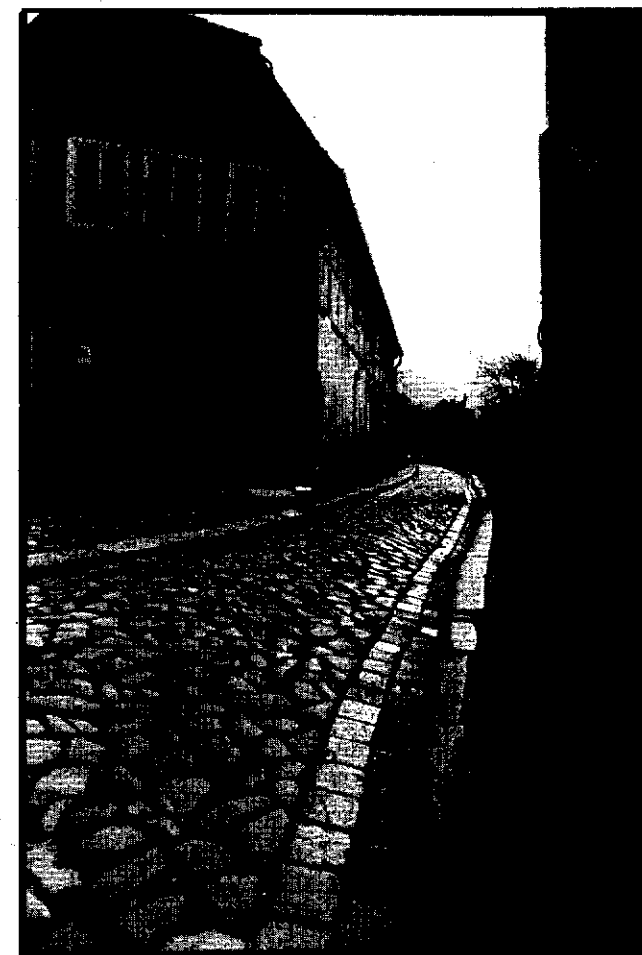
zu veranstalten. Von dieser Form der "Vergangenheitsbewältigung" kann man sich nur mit Grausen abwenden, und sie wird viele, deren biographischen Beitrag wir eigentlich benötigen würden, für lange Zeit verstummen lassen.

Auch bei der Bewertung der deutschen Geschichte im politischen Bereich ist mehr Ehrlichkeit erforderlich. Auch hier müssen wir uns fragen, was eigentlich die Sonntagsreden über die Wiedervereinigung und die Zuwendung für die Brüder und Schwestern im Osten wert waren, wenn insgeheim doch die meisten damit rechneten, daß es dazu nie kommen werde.

Es wird dabei nötig sein, weit in die Geschichte zurückzugehen. Waren nicht schon nach 1945 die Westzonen mehr daran interessiert, in den Westen integriert zu werden, als den Menschen im Osten die Hand zu reichen? Wie hat sich der Westen eigentlich 1953 verhalten? Ich erinnere mich jedenfalls noch an die Spruchbänder in der DDR in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, auf denen stand: Wiedervereinigung noch in diesem Jahr. Sind die Möglichkeiten damals wirklich ausgelotet worden? Und wie war es später? Was waren eigentlich die Motive für den Staatsempfang Erich Honekers 1987 in Bonn, und wurde da wirklich Klartext geredet?

Die DDR nicht als einheitliches Ganzes beschreibbar

Genaueres Erinnern und große Ehrlichkeit sind nötig, damit wir der Wahrheit auf die Spur kommen. Einer Wahrheit, die zweifelsfrei deutlich machen würde, daß es mit einseitigen Schuldzuweisungen und rechthaberischen



"Gemrode"

Reden nicht getan ist.

Würden wir uns genau erinnern, so würden wir auch feststellen, daß man die DDR nicht als ein einheitliches Ganzes beschreiben kann. Dieser Staat hatte sehr unterschiedliche Entwicklungsphasen, und die stalinistisch geprägten fünfziger Jahre unterscheiden sich zum Beispiel wesentlich von den viel liberaler geprägten siebziger und achtziger Jahren.

Auch mit dem Stichwort totalitäres Regime ist die DDR nur einseitig beschrieben. Es gab zu allen Zeiten ehrlich engagierte Bemühungen, einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz als bessere Alternative zum kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu erproben. Wer das nicht anerkennt und behauptet, daß die westliche Gesellschaftsordnung unzweifelhaft die beste aller möglichen Formen des Zusammenlebens ist, wird der historischen Wahrheit nicht gerecht. Wer diese ehrlichen Versuche einfach als unglaubwürdig und illusionär beiseite schiebt, leistet letzten Endes einer gefährlichen DDR-Nostalgie Vorschub. Wir müssen uns die Mühe machen, die Geister zu unterscheiden, die gewirkt haben, wenn wir der Gefahr begegnen wol-

len, den gelernten DDR-Bürger seiner Vergangenheit zu berauben. Mit entworfenen Menschen läßt sich kein neues Deutschland bauen. Viel zu viele Menschen aber haben den Eindruck, daß genau dies geschieht, sie ihrer eigenen Vergangenheit beraubt werden. Ich kenne kaum jemanden in der ehemaligen DDR, der in

wicklung in der DDR zu machen. Denn Fehler sind auf beiden Seiten gemacht worden, und es ist nicht sehr ermutigend für die Ostdeutschen, deren Selbstbewußtsein ohnehin beschädigt ist, eigene Fehler und Schwächen benennen zu müssen, während die anderen in der Haltung der Selbstge-rechten verharren. Diese Zumutungen

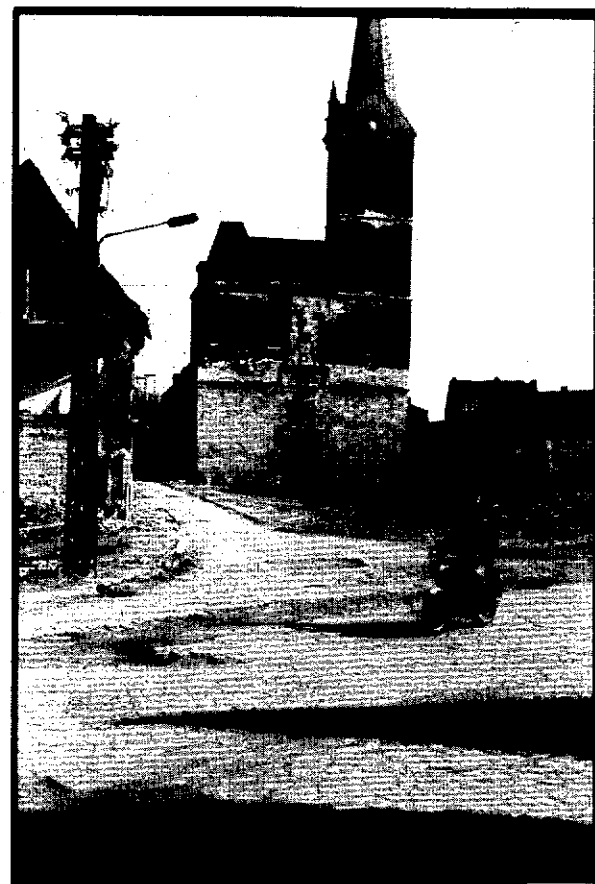
müssen wir uns ersparen, wenn wir bei der Bearbeitung unserer Vergangenheit vorankommen wollen. Eine kritische Analyse der Schwächen beider Systeme ist auch nötig, um die Schwächen des neuen Gesellschaftssystems, das jetzt über die Menschen im Osten ausgebreitet wird und die viele hautnah erleben, besser einordnen zu können. Wenn das Bild einseitig geprägt wird von der Vorstellung, die Menschen aus dem Osten wären durch die Wende einfach aus einem Gefängnis in das Reich der Freiheit getreten, dann widerspricht das alltäglicher Erfahrung und fördert letzten Endes nur die inzwischen erschreckend um sich greifende DDR-Nostalgie, die Geschichte verklärt und damit den Willen lähmt, Neues zu gestalten. An dieser Stelle ist besonders deutlich, wie

hat mancher im Osten Belastungen auf sich genommen, die sonst unerträglich gewesen wären. Die Stabilität in Europa war und ist ein hohes Gut, dem sich manches andere unterordnen mußte.

Es wäre völlig verfehlt, nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und nach dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation diese Argumente einfach beiseite zu schieben oder zu vergessen. Wir brauchen für die Aufarbeitung unserer Geschichte dringend unsere europäischen Nachbarn als Gesprächspartner. Wenn etwa die evangelischen Kirchen in der DDR in der Ökumene ein hohes Ansehen hatten, dann sollten unsere europäischen Nachbarn und Gesprächspartner uns doch auch ehrlich sagen, wie sie uns damals empfunden haben und ob die Vorwürfe, die heute gegen die Kirche erhoben werden, ihnen als berechtigt erscheinen. Wir müssen wissen, ob die Worte von damals ehrlich waren und wie ein Außenstehender die Veränderungen in Deutschland erlebt hat. Die Bearbeitung der Vergangenheit Deutschlands muß heraus aus dem Provinzialismus, der doch nur dazu verleitet, sich gegenseitig die Wunden zu lecken.

In einer besonderen Situation sind die Kinder und Jugendlichen, die erleben, wie ihre Lehrer sich gewendet haben, zum Teil Parolen gegen neue Formeln austauschen und nicht in der Lage sind, mit den Schülern über ihren Wandel zu reden, geschweige denn ihn glaubwürdig zu erklären. Es kommt zu einem Autoritätsverfall, der noch verschärft wird durch Verunsicherung und Angst unter den Lehrern, die, wie mir immer wieder gesagt wird, schlimmer ist als zu DDR-Zeiten. Eine traurige Bilanz.

Dies aber macht deutlich, daß wir inzwischen schon wieder vor einer neuen Aufgabe stehen. Es geht jetzt auch darum, die Geschichte der letzten 4 Jahre nach dem revolutionären Herbst 1989 zu begreifen und zu verstehen, was seitdem mit uns vorgegangen ist. Auch das ist eine Aufgabe, die vor den Menschen in Ost und West in gleicher Weise steht. Nicht nur die Frage, wie ich mich zu DDR-Zeiten verhalten habe, steht zur Diskussion. Inzwischen müssen wir uns auch die Frage stellen, wie und ob wir uns gewandelt haben. Wir müssen lernen, auch zu unseren neuen Fehlern zu stehen, und es reicht nicht, einfach zu sagen: Da haben wir uns geirrt. So beginnen neue Zumutungen. Und es entstehen neue Illusionen, z. B. die, daß man die eine Schuld, das eine Versagen gegen das andere aufrechnen könne.



„Aschersleben“

der Lage wäre zu beschreiben, was dies eigentlich für ein Staat war. Vielmehr werden uns auch auf diesem Gebiet die westlichen Interpretationen übergestülpt, und wir fügen uns diesen Interpretationen aus Mangel an eigenen Einsichten und Übersichten und manchmal auch schlicht aus dem Opportunismus, den Besiegte den Siegern entgegenbringen.

Selbstkritische Betrachtung im Westen notwendig

Ohne selbstkritische Betrachtung der Geschichte und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland auf westlicher Seite aber wird es nicht gelingen, eine ehrliche und kritische Bestandsaufnahme der Ent-

wicklung sich unmittelbar auf den Gestaltungswillen und die Gestaltungskraft der Zukunft auswirkt.

Debatte von Provinzialismus geprägt

Schließlich ist die Debatte um unsere Vergangenheit geprägt von Provinzialismus. Auch um die zukünftige Rolle Deutschlands in der Welt genauer beschreiben zu können, müssen wir die deutsche Geschichte in Ost und West in den Zusammenhang der Nachkriegsgeschichte und des Ost-West-Konfliktes stellen. Ich selbst und viele andere waren bereit, eine Trennung Deutschlands in Kauf zu nehmen, wenn es denn der Erhaltung des Friedens in der Welt dient. Auch aus solchen Motivationen heraus

Bischofferode Ein Beitrag zur Versachlichung der Diskussion

Bundesweit ins Gespräch gekommen ist der Fusionsvertrag der Kali und Salz AG (eine Tochter von BASF) und der Mitteldeutschen Kali AG (MDK). Ausgangspunkt dieses Vertrages waren einerseits die Situation auf dem Kali - Weltmarkt aber auch die Treuhand-Politik mit ihrem ominösen Auftrag der Gesamtprivatisierung der ostdeutschen Wirtschaft.

von Oswald Linke*

Ausgangssituation

Der Kali-Weltmarkt ist geprägt von erheblichen Überkapazitäten an K_2O , was einen harten Wettbewerb mit Dumpingpreisen, insbesondere durch Kali aus Kanada und Australien, zur Folge hat. Hatten die ostdeutschen Kali-Gruben vor dem Zusammenbruch der „Sozialistischen Staatengemeinschaft“ im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) noch stabile Absatzmärkte, so gab es Europa-weit seit 1988 einen 25%-igen Absatzrückgang, ausgelöst durch das Wegfallen der Ostmärkte und durch die EG-Agrarreform.

Die Kaliindustrie der ostdeutschen Länder ist wie alle anderen Branchen in der Ex-DDR von einem dramatischen Arbeitsplatzabbau betroffen. Bis 1989 waren in den ostdeutschen Kaligruben mehr als 30.000 Arbeitnehmer beschäftigt, wobei die Produktion kaum höher war als im Westen, wo es zum gleichen Zeitpunkt nur noch ca. 8.000 Kali-Bergleute gab. Bei diesem Vergleich muß aber gesehen werden, daß eine Vielzahl der ostdeutschen Kalibergarbeiter in sogenannten nachgeordneten Bereichen tätig war, so in den Betriebspolikliniken, als Betriebshandwerker, in Betriebsverkaufsstellen, in den Betriebsferienheimen, in Betriebskindertagesstätten etc.. Somit läßt sich dieser Arbeitsplatzabbau im wesentlichen auf die Rückführung des aufgeblähten Personalbestandes zurückführen. Dieser Arbeitsplatzabbau betraf aber auch ganze Grubenfelder wie Sollstedt, Roßleben und Sondershausen, so daß unter dem Strich bis Ende 1992 bereits 18.000 Arbeitsplätze in der Kaliindustrie abgebaut wurden. Nachdem klar war, daß die Bundesrepublik

* Oswald Linke, Lehrer, Erfurt

nicht die Rolle der DDR als Eigentümer der MDK übernehmen wollte, war von den 40 Interessenten einzig die Kali und Salz AG bereit, sich an der MDK zu beteiligen.

Aus eigener Kraft hätten die Staatsbetriebe des Kalikombinates sicherlich nicht auf dem Weltmarkt bestehen können, wenn man bedenkt, daß diese Betriebe neben ihren Lieferungen in die sozialistischen Länder - im Rahmen des einfachen Warentausches - zu Dumpingpreisen den Weltmarkt belieferten. Die durch die Belieferung des Weltmarktes eingespielten Devisen wurden diesen Betrieben zu Zeiten der DDR sofort entzogen, so daß sie nicht in der Lage, waren eigene Rücklagen zu bilden, geschweige denn modernere Förderanlagen und Technik anzuschaffen. Auf der anderen Seite verfügten die westdeutschen Werke der Kali und Salz AG in Phillipsthal und Rettdorf über erhebliche Überkapazitäten.

Vor diesem Hintergrund erarbeitete die Industriegewerkschaft Bergbau Energie (IGBE) 1991/92 ein Konzept, um aus ihrer Sicht Schadensbegrenzung im drohenden Kaliwettbewerb innerhalb der Bundesrepublik zu betreiben. Erste Überlegungen in Richtung Fusionskonzept hat die IGBE im September 1991 auf einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände und Betriebsräte der MDK und der Kali und Salz AG vorgestellt. Dieser Sitzung folgte im Januar 1992 eine Veranstaltung der IGBE mit allen Betriebsräten und Funktionären der Kalibetriebe Ost und West. Auf dieser Grundlage hat der Hauptvorstand der IGBE im Februar 1992 das Rahmenkonzept beschlossen und der Öffentlichkeit vorgelegt. Der Hauptvorstand der IGBE wollte wohl damit Anteile am Weltmarkt für deutsche Unternehmen sichern und ausbauen helfen (momentan ca. 1/5 der Weltkaliproduktion) bzw. Überkapazitäten mit möglichst geringem Substanzverlust für den deutschen Kalibergbau abbauen, bei möglichst geringen Auswirkungen auf ihre Mitgliederstatistik. Dieser Hintergrund ist insbesondere auch dem hohen Organisationsgrad, ca. 91%, im ostdeutschen Kalibergbau geschuldet. Nach Angaben der IGBE waren die Betriebsräte von Anfang an bei den Beratungen eingebunden und stimmten dem Rahmenkonzept zu,

obwohl klar war, daß einige Gruben geschlossen werden mußten. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Jüttmann des Bischofferöder Werkes, selbst im Aufsichtsrat der Mitteldeutschen Kali AG vertreten, bestritt dies jedoch in der folgenden Auseinandersetzung.

Parallel dazu verständigten sich im April 1992 die Länder Thüringen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Niedersachsen. Sie schlossen sich zu einer „Kaliinitiative“ zusammen und forderten eine gesamtdeutsche Kalilösung.

Nach diesem Gesamtkonzept sollen im Kalibergbau 7.500 Stellen (davon 3000 im Osten) erhalten, d.h. 3600 abgebaut werden. Im Zeitraum zwischen 1993 bis 1997 sollen in Niedersachsen und Hessen 1.744 und in Thüringen 1.884 Arbeitsplätze abgebaut werden. Aus Gründen der betriebswirtschaftlichen Optimierung konnte jedoch keine landesbezogene Ausgewogenheit hergestellt werden. So werden in Thüringen zwei

drei Gruben geschlossen, während Modernisierungsmaßnahmen in Sachsen-Anhalt durchgeführt werden sollen. Im Westen werden ausschließlich in Niedersachsen Betriebsschließungen vorgenommen, während in Hessen modernisiert wird. Der Preis, den die Treuhand an Kali und Salz für die Beteiligung zahlte, belief sich auf mehr als eine Milliarde DM. Mit diesem Betrag sollen Produktionsverlagerungen von den in Niedersachsen zu schließenden Werken nach Sachsen-Anhalt (Zielitz und Bernburg) sowie die Integration des überlebenden Werkes in Thüringen (Unterbrettsbach) in den Verbund der Werke im hessischen Werratal (Wintershall und Hattendorf) ermöglicht werden.

Für die entlassenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hatte die IGBE bereits 1990 einen Sozialplan vereinbart, der sich in den Abfindungssummen an Sozialplänen der alten Bundesländer orientierte. Damit erhielten dieses Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weit mehr als Beschäftigte in anderen Branchen.

Bischofferode

In Bischofferode wird Kaliumchlorid produziert, ein weltweit gehandeltes Mas-

senprodukt, das allerdings eine extrem hohe Reinheit besitzt. Da in Bischofferode zusätzlich eine veraltete Ausrüstung zu hohen Herstellungskosten führt und das hergestellte Salz ein erlösschwaches Standardprodukt ist, sind die Chancen, dieses Werk in die Gewinnzone zu bringen, nahezu aussichtslos. Bischofferode gilt deshalb als die unrentabelste aller Kaligruben. Sie hatte 1991 und 1992 einen Jahresverlust von knapp 20 bzw. 26 Mio DM erreicht und dies bei einer Auslastung von 61% in 1992.

Ein Erhalt um jeden Preis wäre demzufolge nur auf Kosten anderer Standorte möglich, was natürlich die Fusionspläne gefährden würde.

Nach Bekanntwerden der Fusionslösung stellte der Fuhrunternehmer Johannes Peine seinen Kaufantrag für Bischofferode. Sein Gebot lag beim symbolischen Preis von 1 DM. Ergänzt wurde dieses Angebot durch eine Sacheinlage von 3 Mio. DM sowie durch eine Bareinlage in Höhe von 1 Mio DM. Von der Treuhand verlangte Peine 96 Mio DM für unterlassene Investitionen.

Selbstlos vereinbarte Peine, offenbar in Absprache mit dem Betriebsrat von Bischofferode, einen zweijährigen Verzicht auf Lohnerhöhungen, Verlängerung der Arbeitszeit sowie den Verzicht auf einen Sozialplan. Sprach Peine anfänglich noch davon zusätzliche Arbeitsplätze einzurichten, so revidierte er seine Angaben bereits etwas später und sprach vom Erhalt von ca. 300 Arbeitsplätzen.

Das Aus für Bischofferode bedeutet aber auch, daß in der Region Eichsfeld nahezu alle industriellen Arbeitsplätze der Region verloren sind. Insofern hat natürlich die Diskussion um den Erhalt der Grube fundamentale Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunft einer ganzen Region.

Ein Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuarbeit bewertete Peines Konzept negativ, da Peine trotz der Anfangssubventionen in den nächsten fünf Jahren mit zusätzlichen Verlusten in Höhe von mindestens 32 Mio DM rechnen mußte.

Daß es Peine wirklich gelingen sollte, ausreichend Abnehmer für das Kali aus Bischofferode zu finden, bleibt bei der Situation auf dem Weltmarkt zu bezwei-

fel. Ziel Peines ist es offenbar, die Grubenfelder in Bischofferode zu einer Deponie zu machen und dabei eine langfristige Perspektive für sein Fuhrunternehmen zu sichern.

Das Verhalten der Politik

Seit dem Bestehen des DGB-Landesbezirkes Thüringen kritisierte der DGB die verfehlte Wirtschafts- und Strukturpolitik der Landesregierung. So legte der DGB bereits 1991 ein wirtschafts- und strukturpolitisches Sofortprogramm, in dem er unter anderem auch den Erhalt industrieller Kerne forderte. Diese Forderungen wurden jedoch lange Zeit von der Thüringer Landesregierung ignoriert, sie setzte lieber auf die Selbstheilungskräfte des Marktes.

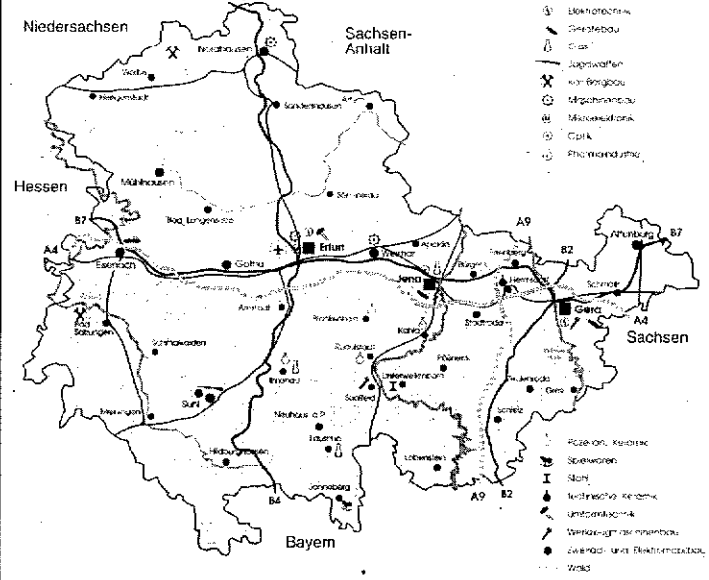
Die zentrale Forderung des DGB Thüringen ist die Erhaltung des Industriestandortes Thüringen. Dazu gehört,

sowie Freiraum für eigene Entscheidungen eingeräumt werden. Dabei sind von der Treuhand Managementhilfen ebenso zu gewährleisten, wie die finanzielle Förderung von Modernisierungsvorhaben und Existenzgründungen. Der DGB Thüringen fordert weiterhin von der Landesregierung und vom Bund das Programm "Arbeit statt Arbeitslosigkeit", durch das in Thüringen in drei Jahren 100 000 Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Aktive Arbeitsmarktpolitik bedeutet auch, so der DGB, Thüringer Unternehmen stärker bei der Vergabe von Aufträgen zu berücksichtigen. Die vorrangige Vergabe von Aufträgen in die Alt-Bundesländer behindert nicht nur die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Osten, sondern begünstigt auch die Abwanderung vieler in Thüringen benötigter Fachkräfte. Dringend notwendig ist die Förderung Thüringer Produkte. Landesregierung und Treuhandanstalt sollen sich zur Gründung einer

"Vermarktungsagentur für Thüringer Produkte" entschließen, die sowohl Marktanalysen und Marketingkonzepte erstellt, die Vertriebsabteilungen der Unternehmen berät und weiterbildet, als auch einen Datenbankservice anbietet, durch den Anbieter und Nachfrager zusammengebracht werden. Erforderlich ist weiterhin die Bildung eines "Landesaufbauministeriums für Arbeit", das die bisher auf unterschiedliche Ministerien und Bereiche verteilten Kompetenzen, Mittel und Instrumente zusammenfassen und koordinieren soll. Unter Mitwirkung der Gewerkschaften sollen außerdem folgende Institutionen

- einzurichten:
- "Strukturbeiräte", die die Arbeit in den Regionen koordinieren
 - ein "Modernisierungsgremium", das auf Landesebene die Sanierung von Unternehmen regelt
 - "Entwicklungs- und Dienstleistungszentren", die Konzepte für die regionale Umsetzung neuer Produktideen erarbeiten sowie Innovationen zugunsten der regionalen Entwicklung fördern.
- Die Förderung über den Fond "Deut-

Thüringen im Überblick



daß die Landesregierung sich direkt für die Sanierung traditionell gewachsener und regional bedeutsamer Unternehmen und Industriestrukturen einzusetzen hat. Dabei sind insbesondere ökologische Aspekte zu beachten. Weiterhin muß die Treuhand per Gesetz zur Sanierung verpflichtet werden, statt ausschließlich an der Privatisierung von Unternehmen festzuhalten. Die Bearbeitungszeiten der Unternehmenskonzepte sind zu beschleunigen.

Zugleich muß den betreffenden Unternehmen eine mehrjährige Sanierungszeit

sche Einheit" muß nach Ansicht des DGB fortgeführt werden, wenn es nicht zu einem wirtschaftlichen und sozialen Kollaps kommen soll. ABM, Qualifizierung und Kurzarbeit sind aus Bundesmitteln weiterhin abzusichern, die für 1993 geplanten Einsparungen bei der Arbeitsförderung zurückzunehmen. Bundesregierung und Landesregierung haben die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, daß in den nächsten 10 Jahren jährlich 35000 neue Sozialwohnungen in Thüringen gebaut werden. Eine sozial gerechte Finanzierung der deutschen Einheit schließt, so der DGB in seinem Programm, weitere Maßnahmen ein:

- Arbeitsmarktabgabe auch für Beamte und Selbständige
- Ergänzungsabgabe von den Unternehmen, die ihre Gewinne nicht investieren
- Einsparungen im Rüstungshaushalt
- Einsatz der Bundesbankgewinne zur Finanzierung der Einheit statt zur Tilgung der Altschulden des Bundes
- Umschichtung der Subventionen im Wohnungsbau zugunsten des Sozialwohnungsbaus
- Einführung der von der EG geplanten Energie-Steuer
- Verzicht auf jegliche Netto-Steuerentlastung der Unternehmen.

Der Fall Bischofferode

Auch im konkreten Fall Bischofferode hat die IGBE die Thüringer Landesregierung mehrmals aufgefordert, nach alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten und nach möglichen Verbesserungen der Wirtschaftsstruktur zu suchen. Aber auch in diesem Fall reagierte die Landesregierung abweisend. So war für die Thüringer Landesregierung offensichtlich das Problem "Kali" in Thüringen kein Problem mehr. In dem Falblatt der Thüringer Staatskanzlei "Thüringen im Überblick 1992" waren die Standorte der Thüringer Kaliindustrie bereits durch weiße Flecken ersetzt.

Erst nachdem die Konsequenzen des Fusionskonzeptes für die Region um Bischofferode zu Protesten geführt hatten und Herr Peine auf den Plan getreten war, sprach sich die Landesregierung aus populistischen Gründen gegen das plausible Fusionskonzept aus und favorisierte die fragwürdige "Peinelösung". Die Bewegung um Bischofferode erreichte durch diesen so schnell erlangten Scheinerfolg einen enormen Aufschwung.

Da parallel zu Bischofferode weitere Regionen durch anstehende Betriebs-

schließungen, wie die der Thüringer Faser AG Schwarzta, des Jagdaffenwerkes Suhl u.a., zu veröden drohten, gründeten am 13. Juli Thüringer Betriebsräte mit Vertretern der DGB-Gewerkschaften das "Thüringer Aktionsbündnis". Dieses Bündnis verstand sich im Gegensatz zur ostdeutschen Betriebsräteinitiative von Anfang an als ein Bündnis von Gewerkschaftern.

Der durch dieses Bündnis unter dem Motto: "Thüringen brennt - Arbeitsplätze für alle - Bischofferode ist überall" organisierte öffentliche Druck - Aktionstage in Bischofferode und Zella Mehliis, landesweite Aktionen an jedem Dienstag 5 vor 12 mit mehreren Tausend Teilnehmern, sorgte dafür, daß die Landesregierung nicht nur den Kalikumpeln aus Bischofferode Ersatzarbeitsplätze anbot, sondern auch die wirtschafts- und strukturpolitischen Forderungen des DGB aufgegriffen und als die eigenen postuliert wurden. Somit trug dieses Bündnis zu einer politischen Stärkung des DGB in Thüringen bei. Der Ministerpräsident Vogel ist jedoch permanent bestrebt den so, kurz vor den Wahlen, aufgebauten Druck von der Landesregierung zu nehmen. So lud er am 16.08.1993 das Aktionsbündnis zu einem Gespräch, in dem er klar versuchte, die Probleme als Einzelprobleme darzustellen und deshalb das Gespräch über grundsätzliche Fragen ablehnte. So sollten die Betriebsräte befriedet und den beteiligten DGB Gewerkschaften die Basis entzogen werden. Letztendlich änderte die Thüringer Staatskanzlei ihre Ausgabe "Unser Land im Überblick 1993" dahingehend, daß die Kali-Standorte wieder eingezeichnet wurden.

Eine Lösung für Bischofferode?

Eine Lösung für Bischofferode durch Ersatzarbeitsplätze würde bedeuten, daß notwendige Fördermittel für andere Maßnahmen, u.a. für die bereits entlassenen 18.000 Kalikumpel gebunden werden. Eine Lösung für Bischofferode, die auf Kosten anderer geht, wird von den Kumpeln zurecht entschieden abgelehnt. Entscheidend ist auch, daß bisher keine Konkretisierung für die angebotenen Arbeitsplätze vorliegt. Dennoch droht der Kampf um den Erhalt von Bischofferode zu einer Ein-Ziel-Bewegung zu werden, d.h. Erhalt der Kaliarbeitsplätze und sonst nichts. Eine solche Entwicklung wäre fatal, drehte sie doch die Verhältnisse von den Füßen auf den Kopf.

Nicht zuletzt fühlen sich von solchen Bestrebungen gerade die Gruppierungen bestärkt, die eine DDR-Nostalgie an den Tag legen und nach wie vor ihrem eigenen Unvermögen in der Zeit der Wende hinterher trauern. So war der letzte Aktionstag in Bischofferode weniger ein Tag des Arbeitskampfes als ein Freundschafts- und Selbstbestärkungstreffen von DKP, KPD, KPD-ML, LL-PDS, MLPD etc.

Besondere Brisanz gewinnt die Situation, wenn man die politischen Mehrheitsverhältnisse im Eichsfeld betrachtet. Mit 84 % Stimmenanteil ging die CDU aus den letzten Wahlen heraus. Trotz diesem Wahlergebnis ist für die Bischofferoder Gregor Gysi so etwas wie ein Volksheld, klagte er doch zwei Kumpel frei, die bei einer Kundgebung vor der Berliner Treuhand - Anstalt verhaftet wurden. Nach all diesen Entwicklungen scheint sich im Eichsfeld eine weitreichende Verschiebung der Stimmenanteile anzudeuten, die allerdings in weiten Zügen an der SPD vorbeilaufen wird.

Die Thüringer SPD, innerlich bereits überzeugt vom Regierungswechsel, hat es bisher nicht geschafft, ein überzeugendes Alternativkonzept zur Wirtschafts- und Strukturpolitik in Thüringen vorzulegen. Vielmehr versucht sie sich durch populistische Maßnahmen, die weniger zur Lösung als vielmehr zur Emotionalisierung der Probleme beitragen, in diesen Prozeß einzubringen. Gefragt ist in diesem Zusammenhang eben konkrete Politik und nicht leere Postulate.

Das Kalikonzept ist sicherlich der einzige Weg unter den gegebenen Bedingungen, allerdings fehlen im Umgang mit ihm die notwendige Transparenz und die flankierenden Maßnahmen der betroffenen Landesregierungen.

Bleibt auch die Zielrichtung der Bischofferoder Kalikumpel anzuzweifeln, so ist doch das daraus entstandene Aktionsbündnis ein Signal nicht länger dem Sterben der Industriestruktur ruhig zuzusehen und erstmals in Thüringen branchenübergreifend eine Wende in der Politik einzufordern, ein wichtiges Ergebnis. Gerade deshalb ist es für die Gewerkschaften wichtig, in diesem Bündnis mitzuarbeiten, den Widerstand zu organisieren und in andere Bereiche hinüber zu tragen. Die Chance für den DGB als Zusammenschluß von 16 Gewerkschaften liegt dabei in der Bündelung der Interessen und der Beendigung von internen Grabenkämpfen. Der Gegner sollte wieder an der richtigen Stelle und nicht im eigenen Laden gesucht werden.

Industrielle Kerne und Strukturpolitik

Resultate des Transformationsprozesses
am Beispiel der Metall- und Elektroindustrie in Ost-Berlin

von Helga Karl*

1. Die ordnungspolitische Entscheidung

Bei dem historischen Vorgang der Rück-Überführung der Planwirtschaft in die Privatwirtschaft wird die Bewertung dieses historischen Transformationsprozesses je nach Standpunkt und Zielsetzung unterschiedlich bleiben. Blickt man heute zurück, sind zwei Resultate eindeutig: 1. Die *ordnungspolitische Grundfrage* ist durch die uneingeschränkte Durchsetzung der Marktwirtschaft entschieden. 2. Ein umfassender *Transformationsprozeß der Wirtschaftsstruktur* hat insofern stattgefunden, als die Zerlegung der Kombinate, die Überführung in privatrechtliche Unternehmensformen und der Übergang von der Dominanz von Großbetrieben zu einer gegliederten Struktur von Unternehmensgrößen gelungen ist.

Nicht gelungen ist bisher nach dem Zusammenbruch vor allem der Industrie der DDR ihr Wiederaufbau. Die Wirtschaft der Neuen Bundesländer ist derzeit noch weit von einer sich selbst tragenden Dynamik des Aufschwungs entfernt. Nicht nur die Neuen Bundesländer allgemein als Regionen, auch ihre Wirtschaft ist weitgehend von Transferzahlungen abhängig. Der Wiederaufbau der Wirtschaft ist in starkem Maße von der Wirtschaftslage im Westen beeinflusst, deren Rezession wirkt sich auf vielen Ebenen hemmend auf den Aufschwung-Ost aus. In der von mir untersuchten Metall- und Elektroindustrie Ostberlins sind 20%-25% der Zahl der Arbeitsplätze von 1989 übrig geblieben. Der Wiederaufbau der Wirtschaft wird ein jahrzehntelanger Prozeß sein.

Hier werden nur einige Resultate des Umstrukturierungsprozesses dargestellt. Soweit nicht anders vermerkt, basieren die folgenden Aussagen auf eigenen em-

* Helga Karl, wiss. Mitarbeiterin, arbeitet seit 1988 im Produktionstechnischen Zentrum in Berlin

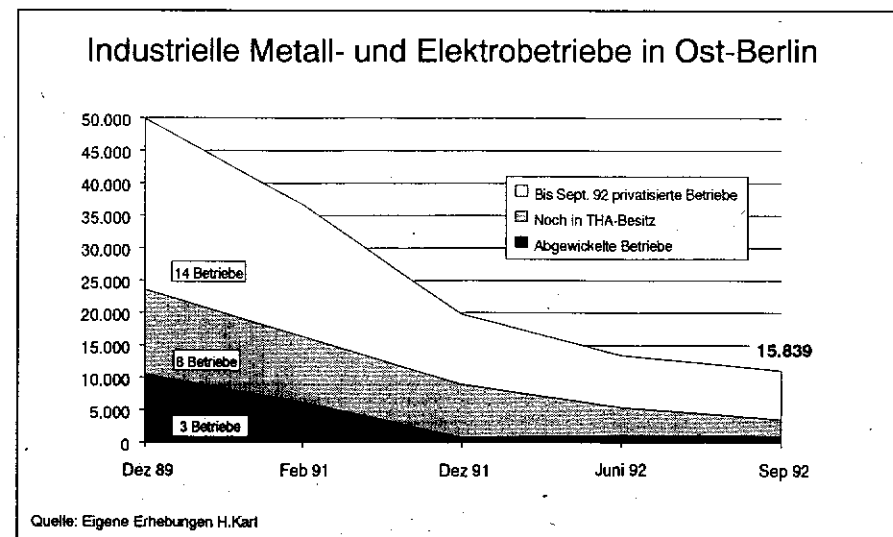
pirischen Untersuchungen des Umstrukturierungsprozesses der Metall- und Elektroindustrie Ost-Berlins¹, umfangreichen Arbeitskontakten zu Betriebsräten wie Geschäftsführern, zur Treuhand, ABM-Projekten, zur IG Metall und auch zu Arbeitgeber- und Fachverbänden, Landes- und Bezirkspolitik und auch Mitarbeit innerhalb der SPD.

Ein kurzer Blick zurück: 1989 und auch noch 1990 gab es viele Diskussionen in den Ost-Betrieben, wie man den eigenen Betrieb gegen Übernahme aus dem Westen "schützen" kann. Viele glaubten noch an die Überlebenschance ihrer Betriebe und wollten darum kämpfen. Die historisch ersten MBOs (Management Buy Out) waren teilweise Privatisierungen an Geschäftsführer und größere Teile der Belegschaft, später nur mehr an Geschäftsführer. Während in der letzten Phase der DDR z.B. die (schon immer) parteilose stellvertretende FDGB-Vorsitzende Karin Schießl den Parteien noch Zugeständnisse für das neue Gewerkschaftsgesetz und die Absicherung von Frauenförderung abzurufen suchte, ein größerer Prozentsatz führender Gewerkschaftsfunktionäre damals in die CDU eintrat, glaubten viele neugewählte betriebliche Belegschaftsvertreter blind, das Betriebsverfassungsgesetz der Bundesrepublik räume ihnen mehr juristi-

sche Rechte ein als die DDR-Gesetze. Die Euphorie, die Aufbruchstimmung war ebenso verbreitet wie Naivität.

Nicht wenige Geschäftsführer, die die wirtschaftliche Zukunft der Betriebe eher realistisch einschätzten, erwarteten eine Chance für eine zeitlich längere Übergangsphase in Staatsbesitz, eine Struktur wie Industriebetriebe in Österreich, wie Staatsbetriebe der BRD in der Nachkriegszeit.

Der Bundeskanzler und Führer von Industrieverbänden waren sich bei ihren Spitzengesprächen vor Einführung der DM der Gefahren, die durch die abrupte Einführung der westlichen DM-Währung vor allem für die Industrie der DDR bestanden, sehr wohl bewußt. Umso mehr erstaunt die geringe Vorsorge in Form von Planungen für präventive Maßnahmen, um den Zusammenbruch der Industrie aufzufangen. Das Ende der operativen Arbeit der Treuhandanstalt, der zentralen ordnungspolitischen Transformationsinstitution, war dagegen genau geplant, für Ende 1993, also vor der folgenden Bundestagswahl. Zumindest dieses Ziel, die THA (Treuhandanstalt) als nur transitorische Institution, ist voll erreicht worden. Die Privatisierung einer ganzen Volkswirtschaft sollte innerhalb einer Legislaturperiode erfolgt sein, insofern sollte der nächsten Regierung kein



größerer Wirtschaftsreich in staatlichem Besitz überlassen werden.

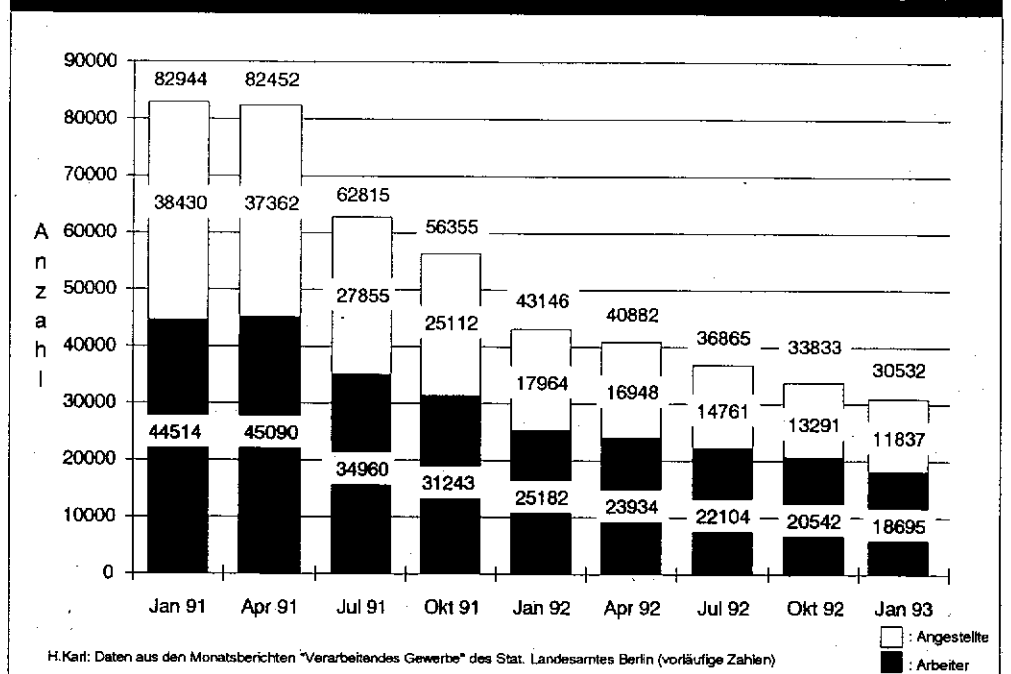
Auf politischer Ebene, beim Wähler, war der Kanzler bekanntlich erfolgreich mit seiner Strategie, blühende Landschaften zu versprechen und die Gefahren zu umschweigen. Bei der Privat-Wirtschaft, die er zu großen Investitionen in den neuen Bundesländern aufgefordert hatte, gab es durchaus eine teilweise Aufbruchstimmung, obgleich anders als bei den Menschen in den NBL (Neue Bundesländer). Die ersten joint-ventures ostberliner Betriebe kamen durch Kontaktaufnahme der Ost-Geschäftsführer mit West-Konzernen - Siemens und SEL - zustande.

Zwischen diesen Betrieben hatten schon zur DDR-Zeit Kontakte bestanden. Es gab "Goldgräberstimmung", die Euphorie jener, die sich zum Ramschpreis Fabriken und Grundstücke aneignen wollten. Es gab Illusionen und ideologisch verursachte Verkennungen (Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes) der zu erwartenden wirtschaftlichen Probleme der Ost-Betriebe. Aber am Ende blieb der Kapitaltransfer der privaten Wirtschaft weit hinter den Erwartungen zurück.

Ordnungspolitische Grenzziehungen spielten auch bei Treuhandmitarbeitern eine Rolle, von denen ich an einigen beobachten konnte, wie sie sich zeitweise in eine Art Machtrausch gegenüber Betrieben und Geschäftsführern hineinsteigerten. Eine andere Einzelbeobachtung, Mitte 1992 bei einer Fachtagung über die Umstrukturierung der Wirtschaft, als die Massenkurzarbeit bereits in die Massentlassungen überführt wurde, sollte zwar nicht in falscher Weise verallgemeinert werden, aber sie ist doch bezeichnend: damals diskutierte ein eifriger junger Mitarbeiter eines Bonner Ministeriums, ob man in dem von ihm konstruierten (leider nicht einmal realitätshaltigen) Fall einer Werkzeugmaschinenfabrik im Treuhandbesitz, die bereits Gewinn mache, diese schließen müsse, wenn sich für sie kein Käufer fände. Es sollte kein Unternehmen in Staatsbesitz bleiben.

Diese ordnungspolitische Frage wurde praktisch durch den schnellen Verkauf der

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen Verarbeitendes Gewerbe, Berlin-Ost, Hauptgruppe I



Betriebe entschieden, die Weichen wurden durch die Zeit-Vorgaben für die Beendigung der operativen Arbeit der Treuhand und durch das Maßnahmenbündel mit dem Ziel der Einhaltung dieses Termins gestellt. Als reale Alternative zu dieser Politik der schnellen Privatisierung stand *kein sozialistischer Dritter Weg* zur Wahl, von dem zur Wendezeit etliche Linke träumten, keine betrieblichen Selbstverwaltungskonzepte wie die Übernahme von Betrieben durch die gesamte Belegschaft, kein Aufbau eines Genossenschaftssektors. Strittig war, ob die nicht schnell privatisierbaren, jedoch sanierungsfähigen Betriebe für eine *längere Übergangszeit zur Sanierung der Betriebe im Staatsbesitz bleiben, ähnlich wie VW, Salzgitter und andere. Industrieholdings* forderte nicht nur die IG Metall. Auch in der SPD-Spitze und sogar in der CDU in Berlin gab es angesichts des Zusammenbruches der Industrie vor allem 1992 Überlegungen, wie man Betriebe sinnvoll zu Sanierungsholdings zusammenfassen könnte. - Durch die Resultate der beschleunigten Privatisierung wie auch Abwicklung von Betrieben durch die THA sind zumindest in Berlin nach 1992 kaum noch Treuhandbetriebe geblieben, so daß sich für Berlin die Notwendigkeit einer Landes-Sanierungsholding nicht mehr stellt.

"Die THA hat die Strukturpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse des Marktes zu fördern, indem sie insbesondere auf die Entwicklung: sa-

nerungsfähiger Betriebe zu wettbewerbsfähigen Unternehmen und deren Privatisierung Einfluß nimmt." (Treuhandgesetz §3; Hervorhebung H.K.)

2. Die Treuhandanstalt und Phasen ihrer Arbeit

In der Strategie der Treuhandanstalt dominierte gegenüber den als sanierungsfähig eingestuften Betrieben die *Privatisierung der Sanierung*, d.h. die Aufschiebung größerer Investitionen bis zum Zeitpunkt nach der Privatisierung. In der jeweiligen Organisationsstruktur der THA materialisier(ten) sich neben inhaltlichen Schwerpunkten der THA-Aufgaben die spezifischen dominanten Strategien, die letztlich durch Vorgaben der Bundesregierung festgelegt werden. Die *Organisationsstruktur der THA*, die in der kurzen Zeit bis Ende 1992 mehrfach modifiziert bzw. weiterentwickelt worden ist, war auf die schnelle Privatisierung ausgelegt und kaum auf die Begleitung einer eigenständigen Sanierungsphase von Betrieben in Treuhandbesitz. Eine spezielle Sanierungsabteilung der Treuhandanstalt gab es nicht. - Es gab bis Mitte 1992 zur parlamentarischen Kontrolle auch *keinen Treuhausschuß im Bundestag*, sondern lediglich einen *Unterausschuß zum Haushaltsausschuß*. Es ist zu vermuten, daß die Bundesregierung Störungen des Privatisierungsgeschäftes des THA durch kritische Parlamentarier befürchtete.

Als Versuch der *Privatisierung des Managements der Sanierung* der TH-Betriebe, eine der Formen zur Schließung der Managementlücke, sind die Mitte 1992 von der THA eingerichteten Management-KGs zu sehen. Sie beziehen aber nur wenige von Tausenden von THA-Betrieben ein, sind darum ein Pilotvorhaben und ohne schnelle Verallgemeinerung keine Lösung für die Masse der Betriebe.

Die THA-internen *Richtlinien für die Privatisierung von Betrieben* vom November 1990 operationalisieren die durch das TH-Gesetz gestellten Aufgaben:

- schnelle Entflechtung und Privatisierung;
- Priorisierung der Privatisierung vor der Sanierung;
- Privatisierung der Sanierung;
- Stilllegung nicht sanierungsfähiger Unternehmen;
- Schaffung von Wettbewerb bei der Privatisierung (mehrere Anbieter);
- keine Beteiligungen der THA an (teil-)privatisierten Unternehmen.

Gerade die Strategie der schnellen Privatisierung der Betriebe wird entscheidend durch den gesetzlichen Vorrang der Rückgabe vor Entschädigung beeinträchtigt, wenn Alt-Eigentümer Restitutionsansprüche (Betriebe oder Grundstücke) erheben. Die THA selbst hat bereits im Januar 1991 den Gesetzgeber darauf hingewiesen, daß sie ihrem Auftrag nur nachkommen kann, wenn sie über "eigentumsrechtliche gesicherte Positionen verfügt und rechtlich wirksame, ungefährteten Bestand genießende Privatisierungsmaßnahmen durchführen kann" (THA, Memorandum der THA zu aktuellen vermögensrechtlichen Fragen bei der Durchführung des Privatisierungsauftrages). Das Gesetz zur *Beseitigung von Hemmnissen bei der Privatisierung von Unternehmen und zur Förderung von Investitionen* vom 13.3.1991 (BGBl. 1991 I, 766) eröffnete zumindest die Möglichkeit eines alternativen Vorgehens, d.h. juristisch abgesicherte Privatisierungen an andere als Alt-Eigentümer.

In der *ersten Phase* der Privatisierung (1990, Anfang 1991) standen im Metall- und Elektrobereich Ostberlins jene Betriebe zur Privatisierung an, deren Geschäftsleitungen (und teilweise BGL- und dann BR-Vorsitzende) aus eigener Initiative frühzeitig Westpartner als Interessenten gesucht und gefunden hatten. Mit Siemens und SEL wurden noch in der Zeit des Bestehens der DDR joint-venture-

Verträge geschlossen. Die Initiative ging manchmal auch von Westbetrieben aus. Die wenigen Privatisierungen an Teile der Belegschaft, also nicht nur einen oder einzelne Geschäftsführer, stammen aus dieser Zeit. In dieser Zeitspanne fand die organisatorische Zerlegung der Kombinate, die Umwandlung in privatrechtliche Unternehmensformen und innerbetrieblich Produktbewertungen und erste Produktionseinstellungen statt.

Die *zweite Phase* umfaßt den Zeitraum Mitte 1991 bis Mitte 1992. Die THA baute ihre eigenen Strukturen für die Privatisierung und vor allem die Außenaktivitäten (Messen, Werbung, Büros in anderen Ländern) aus und ging zu einer Politik des gezielten Marketings und der *angebotsorientierten* Privatisierung über. Damit ist gemeint, daß die THA Betriebe bzw. Unternehmensteile zusammenfaßte und diese über eigene Ausschreibungen und Beauftragungen Dritter (Investmentbanken) systematisch weltweit angeboten hat und noch anbietet. In den Betrieben wurde versucht, durch Produktentwicklung und Produktkonversion sowie Massenentlassungen über die Zwischenstufe Kurzarbeit Voraussetzungen für zukunftsbezogene Unternehmenskonzepte zu schaffen. Die vorherigen Märkte waren überwiegend zusammengebrochen. Die THA sicherte das unmittelbare Überleben der Betriebe durch Liquiditätskredite. Erst Ende 1992 waren durch die THA die meisten betrieblichen Unternehmenskonzepte und die DM-Eröffnungsbilanzen bewertet und die Betriebe nach Sanierungsfähigkeit eingestuft. Der *unternehmerische Handlungsspielraum* der Betriebe blieb trotzdem überwiegend eng, geprägt durch die THA-Strategie der *Privatisierung der Sanierung*. Ab 1992 hat die THA Maßnahmen in Richtung einer *Mittelstandsförderung* verstärkt, zum Teil explizit in Form beschlossener Mittelstandsrichtlinien, oder implizit in Form faktischer Konditionenänderung. Z.B. ist die Treuhand-Niederlassung Berlin seit 1992 zu einer Privatisierungspolitik der Trennung von Grundstücken (die in Berlin im Rahmen eines MBO in der Regel nicht bezahlbar sind) und Betrieb übergegangen und hat damit etliche Privatisierungen durch MBO erst ermöglicht. Denn zugleich hat sie, anders als die Treuhand-Zentrale, die untersagt hatte, die freie Verwertung von Objekten durch längere Mietverträge einzuschränken, teilweise durch langfristige und faktisch subventionierte Mietverträge und Bürgschaften für Betriebsmittelkredite gute Bedingungen für die Weiterexistenz der Betriebe

geschaffen. Die Geschäftsführer konnten und mußten sich auf das operative Geschäft konzentrieren.

Bis Ende 1992 wurden in Ostberlin fast alle früheren Großbetriebe entweder privatisiert oder abgewickelt.

Eine *dritte Phase* der Privatisierung ab 1993 betrifft jene Betriebe, die sanierungsfähig sind, wegen der Größe oder Branchenstruktur jedoch nicht durch MBO privatisierbar sind und für die noch kein externer Käufer zur Weiterführung des Unternehmens gefunden worden ist. Darunter sind von Ost-Exporten abhängige, mit Gewinn arbeitende Unternehmen wie DWA, weitgehend wettbewerbsfähige Betriebe wie Kühlautomat, aber auch Betriebe mit schwieriger Marktlage, die jedoch aus strukturpolitischen Gründen erhalten werden sollten wie die Schleifmaschinenfabriken.

In der *vierten Phase* (1994) soll die Treuhand ihr *operatives Geschäft* beenden. Dieses Ende war ursprünglich für Ende 1993 geplant gewesen und ist im Zusammenhang mit Maßnahmen zum Solidarpakt bis 1994 verschoben worden. Das THA-Controlling hat danach noch die Einhaltung der eingegangenen Verträge zu überwachen und die 1992 gegründete TLG Treuhandliegenschaftsgesellschaft wird die weitere Verwertung der Grundstücke managen.

3. Länderspezifische Privatisierungsergebnisse und Landespolitik

Hier können nur Resultate, nicht die Verkaufsstrategien selbst dargestellt werden. Beim Ländervergleich liegen die Privatisierungsergebnisse für Ost-Berlin erheblich über dem 8%-Anteil an den Erwerbstätigen, bei den Privatisierungserlösen jedoch erheblich stärker als bei den lokal wirksam werdenden Investitions- und Beschäftigungszusagen. Dies hängt sowohl mit dem *hohen Wert der Grundstücke in Berlin* wie auch mit der besseren *Substanz der verkauften Betriebe* zusammen. In Berlin waren in der zentralistischen DDR die Forschungs- bzw. Industrieforschungspotentiale und die Kombinateleitungen konzentriert gewesen. Zwar hat insofern eine deutliche strukturelle Verschlechterung stattgefunden, also viele der jetzt privatisierten Betriebe abhängige Firmen eines Konzerns mit Hauptsitz außerhalb Berlins sind. Aber diese Konzentration von *Forschungs- und teilweise auch sehr gutem*

Managementpotential in den Berliner Kombinate war ein wichtiger positiver Faktor im Transformationsprozeß.

In den Großstädten der Neuen Bundesländer und vor allem Ost-Berlin gab und gibt es einen Mangel an Grundstücken für Industrie- und Gewerbeansiedlung. Eine zentrale strukturpolitische Maßnahme ist die *planungsrechtliche Sicherung von Industriegelände* gegen Umnutzungen und explodierende Bodenpreise durch den Senator für Wirtschaft und Technologie im Jahr 1992 und der jüngst vereinbarte *Ankauf von 320000 qm dieser Industrieflächen von der Treuhand* zum Preis von (nur) 230,-DM/qm durch das *Land Berlin*. Die Arbeit der THA hat große strukturpolitische Auswirkungen, wie Frau Breuel in Diskussionen immer offen zugestanden. Die THA hat jedoch keinen strukturpolitischen Auftrag, *dies sei Sache der Politik und hier der Länder*. Die THA diskutiert öffentlich nicht über Strukturpolitik.

Bezogen auf die Verwertung der von den Betrieben abgetrennten, sog. nichtbetriebsnotwendigen Grundstücke dominierte eine THA-Politik der Erlösmaximierung. Erst durch lange Verhandlungen und v.a. durch Einsatz des wirksamsten Hebels von Bezirken und Land Berlin, die planungsrechtliche Festlegung als Gewerbe- bzw. Industriegebiet, ist der Ankauf von Flächen unter den von der THA geforderten hohen Preisen gelungen. Der Ankauf und die Entwicklung des Geländes zu Grundstücken für Industrieansiedlungen mit Hilfe von Fördermitteln für kommunale Infrastruktur und der spätere günstige Verkauf an Investoren des produzierenden Gewerbes hat nachhaltige preissenkende Auswirkungen am Berliner Grundstücksmarkt und schafft erst die Voraussetzungen für ein Vorhaben mit Pilotcharakter, für die *integrierte Standortentwicklung eines früheren großen Industriegebietes*.

4. Was bleibt von der Metall- und Elektroindustrie?

Statistische Zahlen über die Struktur der Industrie in den neuen Bundesländern geben meist noch immer ein verzerrtes Bild wieder, da durch die hohen Transferleistungen die erreichte Branchenstruktur und die entsprechenden Kennziffern nur begrenzte Indikatoren für erreichte Wettbewerbsfähigkeit sind. Ich beziehe mich hier nur auf eine Region,

Ost-Berlin, kann aber durch die jeweilige Kenntnis fast aller größeren Betriebe Aussagen über den erreichten Stand der Wettbewerbsfähigkeit machen.

Ende 1992 hatten die noch bestehenden Betriebe - privatisierte, THA und Ausgründungen - noch höchstens 25% der Beschäftigungszahl von 1989, 1993 war der Beschäftigungsabbau in der Industrie noch nicht gestoppt. Die *Produktivität* betrug im Jahr 1991 in Ost-Berlin ca. 1/3 der von West-Berlin, gemessen am Indikator Jahresumsatz pro Arbeiterstunde (also unter Herausrechnung von Kurzarbeit). Sie hat sich 1992 bereits erheblich verbessert. Der zu erwartende weitere *Produktivitätsanstieg* durch weiter reduzierte Belegschaft, Stilllegungen besonders unrentabler Produktionen, Investitionen und verbesserter Marktintegration wird sich allerdings nur in einzelnen Betrieben und sehr langsam wieder in steigenden Beschäftigungszahlen niederschlagen. Die *Umsätze* im Verarbeitenden Gewerbe sind - auf Basis eines sehr niedrigen Niveaus - leicht steigend.

Ost-Berlin war durch keine Monstruktur geprägt, ein großer Vorteil. Die Großbetriebe hatten Beschäftigungszahlen zwischen 2000 und 9000. Die Kombinatebetriebe waren in der Regel Monopolisten innerhalb der DDR gewesen und teilweise zentraler Zulieferer für das Gebiet des RGW. Die *Elektrotechnik* hat in Berlin eine alte Tradition. In Ost-Berlin gab es große Unternehmen im Hochspannungsbereich (TRO), Niederspannungsbereich (EAW), der Kabelindustrie (drei Kabelwerke - KWO, KWK und Aslid), der Konsumgüterherstellung wie Lampenherstellung (Narva), Werk für Fernsehetelektronik (WF), Stern-Radio, außerdem Haushalts- und Gerätebatterien (BAE), Nachrichtentechnik im Funkwerk Köpenick und bei RFT und weitere Betriebe.

Der *Maschinenbau* ist durch die beiden (früher) großen Werkzeugmaschinenhersteller NILES und BWF repräsentiert und im sonstigen Maschinenbau durch Mittelbetriebe und durch "versteckte" Maschinenbaubetriebe in der Form von Betriebsmittelabteilungen in verschiedenen Unternehmen.

Im *Fahrzeugbau* ist die Deutsche Waggonbau-AG als Holding in Berlin ansässig, der DWA-Produktionsbetrieb Fahrzeugausstattungen, das Berliner Bremsenwerk, die Berliner Vergaser- und Filterwerke, im Schiffsbau die Yachtwerft und weitere Betriebe.

Der *Anlagenbau* für unterschiedliche Bereiche war in Ost-Berlin konzentriert:

der Kernkraftwerksbereich bei K.A.B., der Kraftwerksbereich bei K.A.B. und Elpro (Automatisierungs- und Elektrotechnik), außerdem Dampferzeugerbau, Verkehrstechnische Anlagen bei WSSB und Luft- und Klimatechnik bei BELAG.

Erhalten gelieben sind *Kerne* der früheren industriellen Produktion, d.h. eine größere Anzahl privatisierter früherer Großbetriebe, die jetzt zu Mittelbetrieben geworden sind und in quantitativ kleinerem Ausmaß frühere Mittelbetriebe (eine Reihe MBO Management Buy Out) und Ausgründungen aus Großbetrieben. Aus den ABM-Projekten heraus erfolgen ebenfalls kleinere Ausgründungen. Die der folgenden Grafik zugrunde liegenden Daten über die Beschäftigtenentwicklung von früheren Großbetrieben, die im September 1992 entweder privatisiert, noch in Treuhand-Besitz oder in der Abwicklung sind, sind *repräsentativ* für die Gesamtentwicklung der untersuchten Metall- und Elektrobranchen. Ausgründungen sind hier als Beschäftigungsabbau erfasst. Jedoch machen Ausgründungen bei Weiterführung der Produktion unter 5% des Ausgangswertes Dezember 1989 aus (Basis: die eigene Unternehmensbefragung Ende 1991 und Schätzungen auf Basis von weiteren Interviews für 1992).

Der *Ost-Markt*, noch 1991 und teilweise 1992 auf niedrigerem Niveau vorhanden, wird weiter schrumpfen, da von wenigen Ausnahmen abgesehen der Aufbau beidseitiger Handelsbeziehungen nicht gelungen ist. Davon sind besonders die Investitionsgüter-Hersteller betroffen.

Betriebe mit *technologieorientierten Produkten* und *hohen Stückzahlen* konnten sich *nicht durch eigene Kraft am Markt behaupten*. Die Konkurrenten dieser Betriebe waren meist Konzerne, die international global agierten. Diese Betriebe wurden entweder früh liquidiert wie zuerst Stern-Radio, nach langen Kämpfen abgewickelt wie der Lichtproduzent NARVA oder vor der drohenden Abwicklung von einem Brancheninvestor übernommen wie die Bildröhrenproduktion des Werkes für Fernsehetelektronik durch den koreanischen Konzern Samsung, bei Übernahme von 10% der Beschäftigten von 1989.

Von EAW, Elektroapparate-Werke, die früher mit 8000 Beschäftigten Elektronikkomponenten, Relais, Steuerungen, auch "Konsumgüter" wie qualitativ schlechte und sehr teure Kassettensetrecorder herstellten, ist nach der Privatisierung in mehrere kleine Ein-

heiten keine relevante Kernproduktion mehr erhalten.

Betriebe mit einem Markt, der durch staatliche Infrastrukturinvestitionen und damit durch Transferleistungen geprägt ist, hatten zumindest Chancen. Diese Märkte sind außerdem national zumindest teilweise abgeschottet. Dies gilt ebenso für kleinere Betriebe, die für den lokalen Markt produzieren und Zulieferer von Produkten und Dienstleistungen für einen weiteren Markt mit Sonderkonjunktur, nämlich der Baubranche.

In Berlin betraf das den Bereich Kraftwerke, Energie- und Ab/Wasserversorgung (Firmen Dampferzeugerbau, ABB-Bergmann-Borsig, TRO Transformatoren, Elpro), die (Tele)Kommunikation (RFT-SEL, KWK Kabel, FWK schnurlose Telefone), Verkehr (WSSB) und im Baubereich ELPRO (Elektrotechnik Gebäude, TGA, BLAG Lufttechnische Anlagen). Diese Betriebe wurden alle bis 1992 privatisiert. Von den meisten dieser Unternehmen kann angenommen werden, daß sie die Weiterentwicklung zu voller Marktfähigkeit schaffen, wobei weitere Produkteinstellungen und -umstrukturierungen stattfinden werden, z.B. bei Abhängigkeit von GUS-Aufträgen.

Sehr schwierig ist die Marktsituation für Industriebetriebe, die in einer Branche mit hohem Exportanteil Investitionsgüter herstellen, die also internationalem Wettbewerb in besonderem Maße ausgesetzt sind. Im Unterschied zur Elektrotechnischen Industrie gehört Westdeutschland in der Maschinenbaubranche und darunter auch der Werkzeugmaschinenindustrie durchgehend zu den technologisch und im Exportvolumen führenden drei Nationen. Die DDR-Maschinenbauindustrie hatte auch im Westen ein erhebliches Ansehen gehabt, allerdings fast ausschließlich nach Osten exportiert. - Die Maschinenbauindustrie - allerdings nicht in Berlin, sondern am stärksten in Sachsen konzentriert - hat einen erschreckenden Zerfall erlebt und gehört zu jenen Branchen mit der geringsten Privatisierungsquote. In Ostberlin wurde Niles, ein Nischenproduzent mit einem auch zur DDR-Zeit beträchtlichen An-

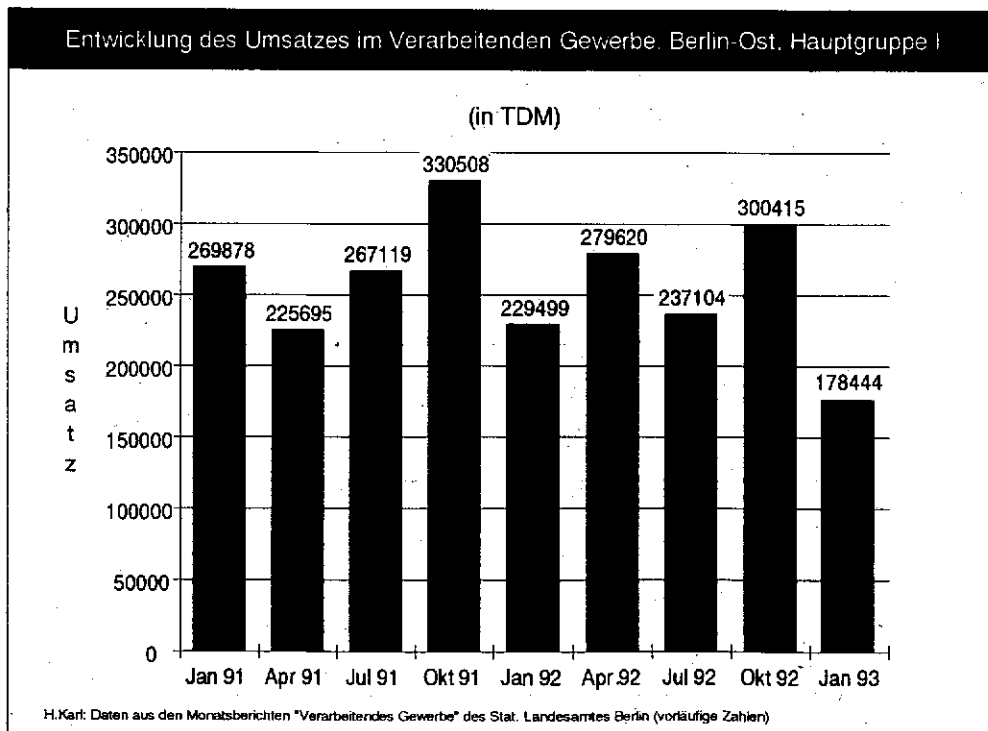
teil Westexport, inzwischen von einem Brancheninvestor gekauft. Die Werkzeugmaschinenfabrik BWF, die neben vielen anderen Anbietern Schleifmaschinen herstellt, ist noch in Treuhandbesitz. Eine Sanierung ist langwierig und der Erfolg ungewiß.

Weitere Wirtschaftspotentiale liegen in Ausgründungen und (wenigen) Neugründungen. Im Jahr 1992 wurde die Forschungs- und Entwicklungsabteilung des Werkes für Fernsehelektronik WF mit ursprünglich ca. 2000 Beschäftigten auf Initiative der Geschäftsführung bzw. der Leitung der F&E-Abteilung weitgehend aufgelöst und Teile in Ausgründungen (13 Privatfirmen) überführt, nachdem eine Weiterführung innerhalb des Unternehmens WF aussichtslos war. Ein weiterer Teil der F&E-Beschäftigten befindet sich 1992 und 1993 in ABM-Projekten mit der Planung, weitere Kleinfirmen zu gründen, also Ausgründungen aus ABM-Projekten. Nur wenige Betriebe sind im Herbst 1993 noch in Treuhandbesitz, darunter mit Kühlautomat ein Betrieb, der aus eigener Kraft schon seit 1992 eine weitgehende Wettbewerbsfähigkeit erreicht hat und trotzdem, entgegen aller Zusagen der THA, keine "normale" unternehmerische Handlungsfreiheit erhält, z.B. für Eigenentscheidungen über Investitionen.

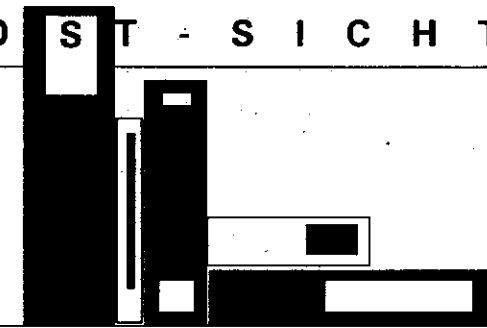
Der wirtschaftliche Wiederaufbau, d.h. die Stabilisierung noch vorhandener idR. privatisierter Betriebe und Neu-

gründung von Betrieben wird sicher auch bei bester integrierter Landespolitik und auch bei verbesserter Konjunktur im Westen länger als 10 Jahre dauern. Gemessen an der Situation anderer Regionen ist die Situation in Ost-Berlin trotz Massenarbeitslosigkeit im Vergleich eher günstig, es wurden zumindest "industrielle Kerne" erhalten. Ohne die hauptstadt-spezifische Baukonjunktur wäre aber Berlin in einer sehr schlechten wirtschaftlichen Situation. Denn die West-Betriebe müssen den raschen Abbau der Berlinförderung kostenmäßig auffangen. Schaffen sie dieses nicht, wird die wirtschaftliche Gesamtsituation in der Region ebenso nachhaltig negativ beeinflusst wie auf globaler volkswirtschaftlicher Ebene die wirtschaftliche Lage der neuen Bundesländer durch jede Rezession in den alten Bundesländern.

1 Gutachten für den Senator für Wirtschaft und Technologie des Landes Berlin; dabei habe ich durch schriftliche Befragung der ME-Betriebe und Untersuchungen in 26 Unternehmen mit oft mehreren Betriebsstätten fast die gesamte Metall- und Elektroindustrie Ost-Berlins kennengelernt. In der Treuhand interviewte ich Sachbearbeiter bis Direktoren für verschiedene Branchen. Die Leitung der Treuhand-Niederlassung ermöglichte mir, am Bankengespräch teilzunehmen, bei dem MBO-Vorhaben (Management Buy Out) jeweils einer großen Runde von Vertretern der Banken vorgestellt wurden. Vgl. Helga Karl, Elemente des Transformationsprozesses der Betriebe. In: IWF, Bereich Montagetchnik (Hrsg.): Problemlagen ostberliner Betriebe im Metall- und Elektrobereich. Berlin 1992



Franz Walter, Tobias Dürr, Klaus Schmidke: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn, 492 Seiten, DM 98,00



Von der Hochburg zur Diaspora

von Josef Didier*

Um es vorweg zu sagen, dies ist ein gelungener Versuch ungewöhnlicher Zeitgeschichtsschreibung und -aufarbeitung zugleich. Vor allem sollte er von westdeutschen Sozialdemokraten zur Kenntnis genommen werden. Was man bisher nur kopfschüttelnd hinter vorgehaltener Hand am Rande diskutierte, haben wir jetzt schwarz auf weiß vor uns. Die Untersuchungen berichten von Entwicklungen, mehr aber noch von Fehlentwicklungen ostdeutscher Sozialdemokratie. Dies ist ein couragiertes Unterfangen der Autoren, das auch mich zu offenen Worten ermutigt. Es war trotz der erkennbaren Spuren der Eile wichtig, daß eine solche Untersuchung noch vor dem Wiesbadener Parteitag der SPD erschien. Ihr improvisierter Charakter wird verständlich, wenn wir von dem engen Zeit- und Finanzrahmen des Projekts erfahren (S. 23). Die festzustellenden Mängel bei der Beurteilung sozialdemokratischer Geschichte und Gegenwart mögen teilweise ebenfalls darauf zurückzuführen sein. So wäre z.B. beim Durchstreifen der Prähistorie sächsischer Sozialdemokratie etwas mehr pfeifeschmauchende Bedachtsamkeit geschichtlichen Abstands angezeigt gewesen. Seit 1989 Mitglied der SPD in Sachsen muß ich mich auf Franz Walters sächsischen Teil der Untersuchung beschränken, weil mir aktuell spezifische Kenntnisse der neuen thüringischen SPD fehlen.

Für den frühen Aufstieg Sachsens zur Hochburg der deutschen Arbeiterbewegung stellt Franz Walter zutreffend die Spitzenstellung Sachsens bei der Frühindustrialisierung in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts heraus. "Ent-

scheidend für das rasche Wachstum der Sozialdemokratie aber war die spezifische Industriekultur in Sachsen und Thüringen, die sich von der industriellen Struktur insbesondere des rheinisch-westfälischen Reviers charakteristisch unterschied" (S. 15). Eines der wichtigsten Elemente dieser Kultur mag diese Feststellung untermauern: Die sächsische Bourgeoisie und ihr Bildungsbürgertum (E.A. Roßmäßler z.B.) taten durch Gründung und Förderung säkularer Bildungsvereine ein übriges, damit der Arbeiter "anständig sei", wie Karl Marx einmal bemerkte. Was sich allerdings als zweischneidig erwies, denn folgerichtig begann sich die Arbeiterklasse 1863 in Sachsen zu emanzipieren. Als wohltuend empfand ich, daß Ferdinand Lassalle bei dieser Gelegenheit zwar genannt, aber nicht hochgejubelt wird.

Früher Aufstieg der sächsischen SPD

Franz Walter skizziert mit lesenswertem statistischen Material unterfüttert die weitere Entwicklung. So übertraf die sächsische SPD mit 60,1% bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 ihre Reichsrekordergebnisse der Kaiserzeit; allerdings als getrennte Linke mit der USPD. Die neugegründete KPD spielte Anfang 1919 noch keine Rolle im parlamentarischen Bereich. "Danach ging es mit den Sozialdemokraten im Land ... markant bergab" (S. 12ff.). Die Ursache wird nicht weiter erwähnt, dürfte sekundär aber die auf Gründung der KPD, primär auf die Burgfriedenspolitik, die verfehlte Novemberrevolution und das Ereignis Noske zurückzuführen sein. "In einigen Industrieregionen und jahrzehntelangen Hochburgen der SPD brachen der Partei in Sachsen und Thü-

ringen seit der Inflationskrise die Fundamente weg. Die Wähler liefen den Sozialdemokraten in Scharen davon und kehrten nicht zurück" (S. 16). So entsteht der Eindruck, als sei die Inflation ursächlich dafür gewesen. Ich kann hier nur zeitlichen, aber keinen kausalen Zusammenhang erkennen. Die Zerreißprobe "Sachsenkonflikt*" wird als Ursache nicht einmal genannt, dürfte aber noch nicht aus dem Gedächtnis deutscher Sozialdemokratie getilgt sein.

Enttäuschung über die SPD-Politik im Reich

Bei der weiteren Lektüre erhärtet sich der Verdacht, daß Franz Walter Rücksicht auf die Befindlichkeiten heutiger sozialdemokratischer Exegeten in Sachsen nehmen will. In deren Deutungsmuster sozialdemokratischer Vergangenheit und geschichtsklitternde Suche nach legitimierender Tradition paßt der Höhepunkt sächsischer Sozialdemokratie mit ihren linken bzw. marxistischen Regierungen zu Beginn der zwanziger Jahre ganz und gar nicht. Anders ist mir schwer verständlich, warum er den "Sachsenkonflikt", ohne ihn direkt zu erwähnen, mit der Feststellung abtut: "Die politische und soziale Dauerkrise zu Beginn der zwanziger Jahre, vielleicht auch die rigorose antikirchliche Politik der linken Landesregierungen in Sachsen und Thüringen dezimierten die sozialdemokratischen Stellungen beträchtlich" (S.18). Sollte damals tatsächlich provoziert von der SPD- in Sachsen unerschwinglich eine Damaskuspsychose die sozialdemokratischen Wähler zu Kirchgängern gewandelt haben?

Wie fragwürdig seine Vermutung ist, erweist sich auf der nächsten Seite, wo zwar eine Verschiebung zwischen den Landesteilen festgestellt wird, doch spricht er hier nicht zu unrecht vom sozialistischen Lager, das in vielen Städten hinzugewonnen hatte. Sicher ungewollt führt er seine zuvor geäußerte Vermutung dann ad absurdum: "Was die Sozialdemokraten in dieser Zeit verloren, wurde gewissermaßen durch die (rigorose prokirchlichen???, J.D.) Kommunisten arithmetisch wieder kompensiert" (S.

* dabei ging es um die Auseinandersetzung zwischen Reichsregierung und Reichstag einschließlich der Mehrheit der SPD-Fraktion und den SPD-KPD-Koalitionsregierungen in Sachsen und Thüringen im Jahre 1923, die in deren Absetzung auf Grundlage einer Anordnung des SPD-Reichspräsidenten Ebert mit Hilfe der Reichswehr endete, Anm. der Red.

* Josef Didier, Fraktionsvorsitzender der SPD in Schwarzenberg (Sachsen)

19). Herbe Enttäuschungen, wie die Eliminierung der sozialdemokratischen Linksregierung unter E. Zeigner durch den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert, radikalisierten jedoch Mitglieder wie Wähler und ließen sie zur KPD überlaufen. Ähnliches dürfte für das Abbröckeln des Wähleranteils nach 1929, dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, gelten. Denn zeitgleich -Höhepunkt des Koalitionsspagats- erlebten Mitglieder und Wähler die Panzerkreuzergroteske, danach noch obendrein die Tolerierung der Notverordnungen durch die SPD. Auf diese gravierenden Vorgänge wird auf S. 49 nur ganz knapp angespielt. Auch bemerke ich für eine Reihe anderer Faktoren keine richtige Einordnung in Zusammenhänge, Nichtunterscheidung von Wesen und Erscheinung, sowie die unbedachte Herstellung von Kausalität, wo nur bloßes zeitliches Neben- oder Nacheinander zu erkennen ist.

Bei der Behandlung der Fallstudie "Freital" würdigt Franz Walter die Bedeutung der kultursozialistischen Elite im proletarischen Milieu (S. 67-76). Dennoch kommt ihr tatsächlicher Stellenwert für den Aufstieg Freitals zum "Roten Wien Sachsens" meiner Meinung nach zu kurz. In ihrem Wirken sehe ich die wichtigste Ursache nicht nur dafür, daß die Arbeiterschaft der Stadt, trotz Enttäuschung durch die sozialdemokratische Reichspolitik, nicht für nazistische Parolen anfällig, sondern nach dem Krieg sofort politisch reaktivierbar war. Man sollte daran denken, daß selbst die Bourgeoisie in ihrer frühen Manchesterphase keine nennenswerten Bildungsbürgerschicht hervorbrachte. Kritikwürdig scheint mir auch, daß als begünstigender Faktor beim Aufstieg Freitals kein Zusammenhang zur unmittelbaren Nähe der Landeshaupt- und Kulturstadt Dresden gesehen wird, wo just in dieser Phase die linkssozialdemokratischen Regierungen residierten.

Wenige Helden, noch weniger Märtyrer

Schicksal und Verhalten von Sozialdemokraten in der braunen Zeit unterschieden sich in Sachsen nicht wesentlich vom übrigen Reich. Verhaftungen von Kommunisten und Sozialdemokraten setzten gleich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten ein. Während dies für die Kommunisten zum Dauerzustand wurde -die Gründe benennt Franz Walter

ganz richtig- kamen die meisten Sozialdemokraten, wenn auch z.T. schwer mißhandelt, wieder frei und überwinterten in beruflichen und sozialen Nischen. Was Franz Walter für die Zeit nach 1945 anführt, daß wenige Helden und noch weniger Märtyrer zu entdecken waren (S. 159), gilt auch für die Nazizeit. Für Freital spitzt er dies mit der rhetorisch-provokanten Frage zu: "Wer war schon von den Sozialdemokraten aus Freital im Konzentrationslager?" (S. 119). Dennoch erwies sich dies -wenn auch unbeabsichtigt- pragmatisch als opportun. Sozialdemokraten waren bei Kriegsende in den meisten sächsischen Kommunen eher und zahlreicher zur Stelle als die hart dezimierten Kommunisten. Das könnte auch ursächlich für den höheren Mitgliederstand bei der "Zwangvereinigung" gewesen sein.

SPD, SED und SDP

Der gängige Begriff der Zwangsvereinigung wird von Franz Walter unter der Überschrift "Halb trieb es sie, halb sanken sie hin" weitgehend relativiert. Zu jener Zeit noch relativ jung, nichtsdestotrotz aber altmodisch klassenbewußt sensibilisiert, kann ich versichern, daß die der Vereinigung vorausgehende Kampagne mit dieser Anleihe bei Goethe treffend beschrieben ist. Zu dem "Apostel der Einheit" (S. 28ff.) darf ich eine Kleinigkeit beisteuern. Der Sozialdemokrat Otto Buchwitz wurde von seinen sächsischen Mitarbeitern wegen seines Eifers für die Einheit desavouiert; als Schlesier hatte er ohnehin mit den Sachsen Verständigungsschwierigkeiten, außerdem war er schon merklich senil. Die SED verwendete in der Folge den vom Marasmus gezeichneten bei Jubel- und Trauerfeten als Traditionsversatzstück. Auch im Abschnitt "Widerstand, Flucht, Verhaftung und Anpassung" relativiert Franz Walter, ebenfalls am Beispiel Freitals, manche maßlosen Übertreibungen (wenige Helden, noch weniger Märtyrer). Die Anpassung über-

wog. Leider geht Franz Walter auf den von den Sozialdemokraten inierten schwierigen Dialog mit der SED, dessen Höhepunkt das Streitpapier war, nicht ein. Denkbar, daß er auch hier Rücksicht auf heikle östliche Befindlichkeiten nimmt. Seit dem Tod Willy Brandts, so will mir scheinen, nimmt östliche auf westliche Befindlichkeit zum Thema Dialog keine Rücksicht mehr. Von den neozial-

demokratischen Rohrspatzen, die sich im Osten neuerdings schimpfend darüber auslassen, werde ich den Eindruck nicht los, als hätten sie erst jetzt, im Nachhinein, davon erfahren. Durch diesen Dialog, vor allem nach dem Streitpapier, wurde es möglich, Tabuthemen mit weniger verbohrt örtlichen Funktionären zu berühren. Vorsichtig dosiert konnte man sogar im Neuen Deutschland ein leidlich objektives Bild von geschmähten alten Reformisten wie E. Bernstein oder Th. Leipart gewinnen. Karsten Voigt ist voll zuzustimmen, wenn er schreibt: "Dieser Dialog hat über Jahre hinweg zur Zivilisierung der Macht- und Systemkonflikte und zur Gewaltfreiheit der Wende beigetragen" (SPW 73, S. 44).

Nach der Gründung der SDP wurden deren Geburtsfehler schnell sichtbar, nicht nur zum Verdruß der Parteilinken im Westen. Doch habe sich inzwischen die Abwehrhaltung gegen jedwedes Sozialismusmodell bei der neuen SPD gelockert, findet Franz Walter (S. 35). Das habe gewiß mit ersten Annäherungen an die bis dato unbekannte Geschichte der eigenen Partei zu tun, meint er leichthin. Aber nicht nur Franz Walter ist so blauäugig, zu übersehen, daß diese "Allianz von Physikern und Metaphysikern" (S. 34) sich einfach dumm stellt. Schon in der POS, der EOS, erst recht aber beim Fach- und Hochschulstudium hatte sie -wenn auch unter anderen Vorzeichen- soviel von deutscher Arbeiterbewegung erfahren, daß mich die beim Stoßen und Treten um vordere Plätze der Hackordnung oft bis zur Hysterie gesteigerten Ausfälle der angehenden Parteiprominenz gegen Programmatik, Tradition und Farbe der Partei in Wende- und Nachwendzeit mehr als befremdeten. Dieses Verhalten wirkte so übertrieben affektiert, ihre reaktionären Antisprüche so uniform aufgemotzt, dabei sich aber gegenseitig beföhndend und übertrumpfend, daß ich mich zur Jahreswende 1989-90 schon fragte, ob es sich hier um einen gesteuerten modus operandi handelte.

Individualisten in der Diaspora

In ihrer Abwehrhaltung gegen eine nach Meinung von Franz Walter abgeschlossene Ära der Arbeiterbewegung seien die ostdeutschen Sozialdemokraten schon 1990 einen Schritt weiter gewesen als ihre westdeutschen Parteifreunde

(S. 35). Das waren sie in der Tat! Mit ihrer Prinzipien- und Ziellosigkeit starteten sie damals schon -quasi unbewußt- in die Zukunft postmoderner Beliebigkeit. In den Abschnitten des Buchs zur Nachwendzeit offenbart sich die ganze gegenwärtige Tragik der sächsischen SPD, demonstriert am Beispiel Freital. Deprimierend auch für den Leser die scheinbar erfolglose Suche nach sozialdemokratischer Tradition in Freitaler Stadtteilen, ebenso die Angst vor Auskünften, worauf schon auf S. 37 hingewiesen wird. Verheerend auch der Umgang örtlicher Parteifreunde mit hilfsbereiten Westgenossen. Aus eigener Erfahrung kann ich hinzufügen, daß vielfach nur Interesse an DM-Spenden, Kopieren und stattlichen Autos bestand. Wehe die Genossen karrten sozialistisches Bildungsmaterial, wozu möglichst noch mit rotem Layout, heran! Vielfach zogen sie mit Hinterlassung teuren Schreibgeräts konsterniert wieder ab.

Im Abschnitt "Individualisten in der Diaspora" kommt Franz Walter auf die Phobie der Freitaler Neozialdemokraten gegen die ehemaligen SED-Mitglieder zu sprechen. Obwohl letztere häufig kompetent, einsatzfreudig, belastbar und diszipliniert sind, werden sie von den Gründern abgelehnt. Wo ehemalige SED-Leute selbst Gründer waren, wurden sie von den ihnen Zugelaufenen bald diffamiert, mit Rufmord demontiert und entweder rausgeekelt oder -geworfen, "oft aus biographisch gewiß verständlichen Gründen" (S. 180). Einer der verständlichen Gründe dürfte wohl im zu erwartenden déjà-vu-Effekt bestehen, welcher den "Niiie in einer Partei Gewesenen" sehr fatal sein mußte. "...die neue Freitaler SPD (ist) eine Partei ohne Organisation und ohne Mitglieder. Sie ist eine Kleingruppe von 21 Individualisten, von denen jeder seinen eigenen Kopf, seine eigene Weltanschauung hat. Streit und Spannung sind im Ortsverein chronisch, Absprachen werden oft nicht eingehalten. Die Dissonanzen sortieren sich nicht nach politischen Flügeln oder innerparteilichen Richtungen, sondern meist nach individuellen Neigungen und Launen."

Dazu kann ich verallgemeinernd ergänzen: Auch nach den nicht realisierbaren Ambitionen lokaler Matadoren und Profilineurotiker, mit kaum verhüllten egoistischen Interessen an Mandaten, Karrieren, Führungspositionen usw. Franz Walter fährt dazu fort: "In der SPD haben sich eben die Außenseiter der DDR-Gesellschaft zusammengefunden, die diese Rolle damals nur durchhalten konnten, weil sie eigenwillige, vielfach eigenbrötlerische Charaktere waren ... und so hat die Sozialdemokratische Partei in Freital etliche Probleme" (S. 180ff.). Die hat sie auch im übrigen Sachsen und -wie der Eklat vom Juni '93 offenbarte-



"Erzgebirgische Weihnacht nach der Wende", Bild: Ursula Didier

ganz besonders in der Landesspitze. Das auf S. 34 vorgestellte Triumvirat derselben ist im Ergebnis dieses Hauskrakeels inzwischen nicht mehr komplett.

Komatöser Zustand der Sachsen-SPD

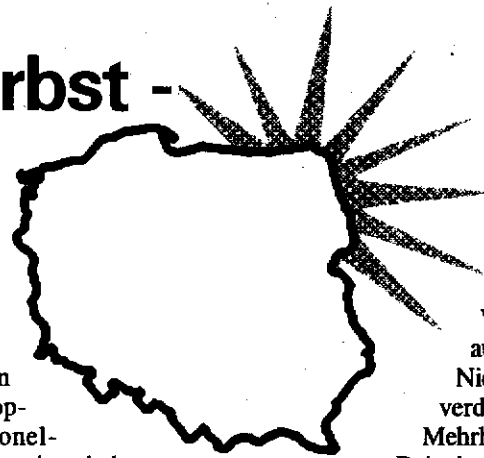
Das Stasisyndrom -eines der wichtigsten Politikersatzthemen der sächsischen SPD in der Vergangenheit- vermißt man in der Untersuchung Franz Walters völlig. In ihrem Selbstverständnis sieht sich Sachsens SPD stasirein, was naturgemäß nicht zu beweisen ist. Das jahrelange Rätselraten, die psychologischen Spekulationen um die Merkwürdigkeiten der Entwicklung ostdeutscher Sozialdemokratie fänden eine ganz banale Erklärung im Eindringen der Stasi auf allen Ebenen der damaligen SDP. So sah es die Strategieskizze eines Berliner Stasioffiziers vom 20.10.89 im Zusammenhang mit dem operativen Vorgang "Hysterie" (Gründung der SDP) vor.

Ich sehe keinen Grund, warum das MfS die skizzierte Strategie nicht entwickelt und umgesetzt haben soll (das Problem war mit dem "modus operandi" bereits angedeutet). Auch die von Franz Walter genannten Querelen in Freital entsprechen dem in der Skizze vorgegebenen Muster. Ob es sich nun so verhält oder nicht, das Ziel könnte auch ohne beabsichtigte Strategie bald erreicht sein: Die PDS als einzige Alternative für das linke Wählerpotential!

Während der Arbeitskämpfe des ersten Halbjahrs '93 in Sachsen oder auch um das Edelstahlwerk Freital mischte sich die sächsische SPD nicht hör- oder sichtbar ein. Das überließ sie ihrem Landesvater Biedenkopf, der sich bei solchen Gelegenheiten medienwirksam darzustellen versteht. Nicht nur die Basis, sondern erst recht die Parteidominanz ist im politisch grundsätzlichen artikulationsschwach bis unfähig. Das Vokabular der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit stünde ihr auch gar nicht mehr zu Gesicht, nachdem sie es seit der Metamorphose vom '89 selbst am schärf-

sten verfermt, sich selbst mystifiziert und damit die "Marneschlacht" (R. Hilferding) der sächsischen SPD eingeleitet hat. Deren komatöser Zustand ist weder durch den Vitalisierungsversuch mit dem westlichen Finanztropf zu beheben noch mit der kulanten Gastfreundschaft, aber sterilen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, oder gar mit dem Muntermacher namens "Vorwärts". So schließt Franz Walter denn auch den sächsischen Part der Untersuchung mit der Feststellung: "Ein Zurück zur großen sozialdemokratischen Vergangenheit der Stadt gibt es nicht. Die Zukunft sieht düster aus für die SPD in Freital und wohl auch überall (Hervorhebung J.D.) im ehemals roten Sachsen". Doch Landeschef Kunckel sieht das nicht so tragisch; er tröstet sich bisweilen damit, daß bei einer Fortsetzung der jeweiligen Trends die SPD zum Jahrtausende 7000 Mitglieder haben wird, die CDU aber keine mehr (FAZ 13.07.93). Dem ist nichts hinzuzufügen.

"Euer Herbst - unser Frühjahr"



Nach dem
Linksruck bei den
polnischen Wahlen

von Kai Olaf Lang*

Ein triumphales come-back scheint den Ex-Kommunisten in Polen gelungen zu sein. Gut vier Jahre nachdem die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR) abtreten mußte, haben Polens Wählerinnen und Wähler dem postkommunistischen Lager auf dem Wege freier Wahlen eine satte parlamentarische Mehrheit beschert - die Allianz der Demokratischen Linken (SLD), ein Bündnis um die PZPR - Nachfolgepartei SdRP (Sozialdemokratie der Polnischen Republik), verfügt zusammen mit der Bauernpartei (PSL) über 303 der 460 Sitze im neuen Sejm, der ersten Kammer des Parlamentes. Das sind vier Mandate mehr als sich 1989 die damalige Regierungsseite, bestehend aus der PZPR sowie deren Verbündeten, der Vereinigten Bauernpartei ZSL, Vorgängerin der PSL) und drei kleineren "staatschristlichen" Gruppierungen, hatte vertraglich zusichern lassen. Der bisherigen konservativ-liberalen Regierungskoalition wurde demgegenüber eine schallende Ohrfeige erteilt - von den acht Parteien, die das Kabinett von Premierministerin Suchocka stützten, wird allein die moderate Demokratische Union im neuen Parlament vertreten sein. Sowohl der business-orientierte Libera-Demokratische Kongreß des früheren Regierungschefs Bielicki als auch die konservativ-katholische Vaterland-Koalition um die bislang so mächtige Christlich-Nationale Vereinigung wurden zum Opfer der Wahlordnung, die eine 5% Hürde für Parteien bzw. eine 8% Hürde für Wahlbündnisse vorsieht.

Vom allgemeinen Linksdruck profitierte dagegen die erst 1992 gegründete Arbeitsunion UP, die sich als Alternative zur post-kommunistischen SdRP sieht. Mit über 7% der Stimmen gehört sie zweifelsohne zu den Siegern des Urnengangs vom September.

Die Gründe für die Niederlage der seit vier Jahren die Geschicke des Landes len-

kenden post-oppositionellen Parteien sind schnell genannt:

- Die wirtschaftliche Malaise und eine neo-liberale Reformpolitik ließen die Begeisterung der meisten Wähler für den freien Markt schnell schwinden. Obwohl die wichtigsten volkswirtschaftlichen Indikatoren seit einiger Zeit (angeblich) wieder nach oben deuten, sind die Folgen der ökonomischen Restrukturierung nicht nur für die 2,8 Mio Arbeitslosen deutlich weniger positiv.
- Formen und Felder des politischen Konfliktaustrages, die von Teilen der neuen Eliten seit 1989 lanciert wurden, drohten die polnische Gesellschaft aufs Neue zu polarisieren. Der Offensive der national-katholischen Integristen und der radikalen Dekommunisten wurde nun erst einmal Einhalt geboten.
- Das in der polnischen Gesellschaft besonders signifikant ausgeprägte Bedürfnis nach Harmonie und Eintracht, nach Gerechtigkeit und Ehrlichkeit wirkte sich für das Lager der Solidarnosc besonders nachteilig aus. Die frühere Opposition, die sich so unverhofft wie plötzlich im Zentrum der politischen Macht fand, hat sich durch internen Zwist, Machthunger und Unlauterkeit in kurzer Zeit derart kompromittiert, daß über vier Jahrzehnte Monozentrismus und Gängelung schnell in Vergessenheit gerieten.

Sicherlich: Der elektorale Linksschwenk war weniger ein Ja zu einer solidarisch-egalitären Programmatik als vielmehr ein deutliches Nein zu einer intransigenten und allzu marktoptimistischen sozial-ökonomischen Transformationsstrategie. Und bei näherem Hinsehen ist selbst dieses Nein nicht mehr so klar - nur 10% aller Wahlberechtigten stimmten für die SLD, während weiter über die Hälfte der

Wähler Parteien unterstützte, die aus der Solidarnosc hervorgingen. Nicht zuletzt dem Wahlgesetz verdankt die Linke ihre haushohe Mehrheit an Mandaten - über ein Drittel aller abgegebenen Stimmen ging an Parteien, die nicht im Parlament vertreten sein werden. Hätten sich die zerstrittenen Gruppierungen der Rechten über persönlich Animositäten hinweggesetzt und sich auf gemeinsame Kandidaturen geeinigt, so wäre die politische Topographie im neuen Sejm eine völlig andere. Trotz der parlamentarischen Überrepräsentation ist die Position der Linken auch Manifestation einer echten Verlagerung des gesellschaftlichen und politischen Gravitationszentrums nach links. Die Verschiebung der elektoralen Präferenzen war schon lange spürbar - spätestens seit dem Frühjahr war insbesondere die postkommunistische Linke in den Meinungsumfragen auf dem Vormarsch. Dessen eingedenk schrieb keine der größeren Parteien die bedingungslose Fortführung des bisherigen wirtschaftlichen Reformkurses auf ihre Fahnen. Selbst die bis dato kompromißlosesten Verfechter der freien Marktwirtschaft, die Liberalen vom KLD, wollten das Image der Laissez-fair-Kapitalisten los werden und traten im Wahlkampf mit ganz und gar nicht liberalen Parolen auf, indem sie "Eine Million neuer Arbeitsplätze" in Aussicht stellten und Polens Konsumenten zum Kauf einheimischer Produkte aufriefen. Am Ende beschuldigten sich Liberale und Post-Kommunisten sogar gegenseitig voneinander das Wirtschaftsprogramm abgeschrieben zu haben.

In Anbetracht des elektoralen Verdichtes gegenüber der Rechten und der mit dieser hineingesetzten neo-liberalen Wirtschaftsreform stellt sich unweigerlich die Frage nach den längerfristigen Konsequenzen. Das heißt zum einen: Welche Alternativkonzepte zur Konstruktion des neuen volkswirtschaftlichen Paradigmas kann die Linke unter den Bedingungen einer sich peripherisieren-

den post-real-sozialistischen Transformationsökonomie bieten? Zum anderen: Welche Gestalt soll dem sich rekonstituierenden "Gemeinwesen" gegeben werden?

Zwei Dinge sind zu beachten, will man diesen Fragen nachgehen. Erstens: Was will eine Regierung der Linken? Zweitens: Was kann sie?

Zu Eins: Die Säulen der voraussichtlichen Regierungskoalition sind die post-kommunistische Allianz SLD und die Bauernpartei PSL. SLD hat ein heterogenes Bündnis, bestehend aus ungefähr 30 Gruppierungen. Darunter sind traditionelle parteikommunistische Organisationen, Gruppierungen die einst in der Opposition waren (etwa die Polnische Sozialistische Partei) und mehrere Dutzend Personen starke linke Diskussionsklubs. Tragende Elemente der Allianz sind die aus der PZPR hervorgegangene SdRP und die 1984 gegründete Gewerkschaftsföderation OPZZ. Schon unmittelbar nach den Wahlen deuteten sich nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheit zwischen ein-

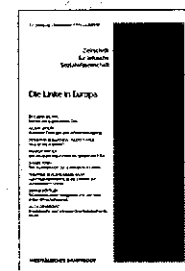
zelnen Tendenzen innerhalb von SLD an. Die OPZZ Vorsitzende Spychalska hat deutlich zu verstehen gegeben, daß die etwa 60 Gewerkschafter, die der Parlamentsfraktion von SLD angehören, in erster Linie die Interessen ihres Klientels vertreten werden. Informell war zu vernennen, daß sogar die Gründung einer eigenen Gewerkschafts-Fraktion nicht ausgeschlossen wird. Potentielle Verbündete der OPZZ stelle die schon genannten kleineren sozialistischen und kommunistischen Gruppierungen in SLD dar. Vor allem wird man aber auf die Zusammenarbeit mit dem orthodoxen Flügel in der SdRP um den früheren Generalsekretär der Partei Miller hoffen. Ihr gemeinsamer Gegner ist die Gruppe pragmatischer Reformer um SdRP Chef Kwasniewski, der die Partei seit ihrer Gründung Anfang 1990 dominiert. Sie kann sich auf dies pro-reformatorische Wählerschaft der SLD stützen - Facharbeiter, wissenschaftlich-technische Kader und sogar Unternehmer. Immer stärker in den Vordergrund setzte sich nach den Wahlen eine Reihe von

Kwasniewski nahestehenden liberalen Wirtschaftsexperten in SdRP - etwa der Chef-Ökonom der Partei Borowski oder der einstige Funktionär der PZPR nahen Studentenvereinigung ZSP und jetzige Bankdirektor Kaczmarek. Die "Liberalen" fordern die Wahrung der Haushaltsdisziplin, sind gegen eine allzu laxen Geldpolitik und für die Realisierung des im Frühjahr verabschiedeten Privatisierungsprogrammes.

Gibt es schon innerhalb des Linksbündnisses Querelen, fallen die programmatischen Differenzen etwa zur Bauernpartei erst recht ins Gewicht. Als politische Vertretung der polnischen Bauern fährt die PSL eine geradlinige Interessenpolitik. Abgesehen von Meinungsverschiedenheiten im "weltanschaulichen" Bereich, (die natürlichere Weise konservative PSL hat beispielsweise klar andere Standpunkte bezüglich des Verhältnisses zur Kirche als SLD) liegen auch die wirtschaftspolitischen Konzeptionen deutlich auseinander. Die PSL steht hier deutlich links von SLD, indem sie für protektionistische Maß-

PROKLA

Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft



PROKLA 92
Die Linke in Europa
1993 - 161 S. - DM 18,00
ISBN 3-929586-02-9

Die PROKLA ist eine der wichtigsten theoretischen Zeitschriften der parteiunabhängigen Linken, deren Beiträge noch nach Jahren lesenswert sind. Keine Tageskommentare, kein Organ einer Partei, kein journalistisches Feuilleton: eher eine Anregung zum gründlichen Nachdenken über den eigenen Tellerrand hinaus.

Die PROKLA erscheint viermal im Jahr und kostet im Abo jährlich DM 58,00 (plus Porto) statt DM 72,00. Das Abo beginnt mit Heft 90. Bei Einrichtung eines Abos können bereits erschienene Hefte zum Abo-Preis nachbestellt werden (bis einschließlich Heft 85 für DM 13,00). Das Abo kann jeweils bis 8 Wochen vor Jahresende schriftlich beim Verlag gekündigt werden.

Gesamtverzeichnisse und Abo-Bestellformulare beim Verlag:
Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster · Tel. 02 51 / 6 08 60 80

Ich abonniere die PROKLA ab Heft _____
Name _____
Adresse _____
 Ich möchte ein PROKLA-Abo (gültig für ein Jahr) verschenken an:
Name _____
Adresse _____
Datum _____ Unterschrift _____
 Schicken Sie mir bitte ein Probeheft zum ermäßigten Ladenpreis (50% Rabatt)
Neue AbonnentInnen können sich ein Präsent* aus nachstehender Liste auswählen.
Als Präsent für mein Abo wähle ich:

- Thomas Balistier: Gewalt und Ordnung. Kalkül und Faszination der SA.
- Gareth Stedman Jones: Klassen, Politik, Sprache. Für eine theorieorientierte Sozialgeschichte. Hrsg. und eingel. von Peter Schöttler
- Rainer Gries/Volker Ilgen / Dirk Schindelbeck: Gestylte Geschichte. Vom alltäglichen Umgang mit Geschichtsbildern.
- Hans-Erich Bremes / Maria Schumacher (Hrsg.): Mit der Vergangenheit in die Zukunft. Felder gewerkschaftlicher Politik seit '45.

Mir ist bekannt, daß das Abo erst wirksam ist, wenn ich es gegenüber dem Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstr. 26a, 48145 Münster innerhalb von 10 Tagen nicht schriftlich widerrufe.

Datum _____ Unterschrift _____

*gilt nicht für Geschenk-Abos

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



nahmen nicht nur zum Schutz der Landwirtschaft, für Staatsintervention und eine Modifikation der Privatisierung eintritt. Sollte die Arbeitsunion UP, die aus dem sozialdemokratischen Flügel der Solidarnosc und Reformern aus der PZPR hervorgegangen ist, der Regierungskoalition beitreten, wird die Position der PSL unzweifelhaft gestärkt werden.

Zu zwei: Wenn schon nicht sicher ist, ob selbst Kurskorrekturen wie sie PSL oder OPZZ fordern, innerhalb des Regierungslagers mehrheitsfähig sind, so kommt dazu, daß sämtliche Schritte der neuen Koalition mehreren äußeren Einschränkungen unterliegen werden. Die Vereinbarungen mit der Weltbank und dem Währungsfonds sind eine der wesentlichen Restriktionen, denen die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung unterliegen wird. Als man aus SLD Reihen den Ruf einer moderaten 1%igen Erhöhung des Haushaltsdefizites hörte, war denn auch IWF Generaldirektor Camdessus gleich zur Stelle "Ich sehe immer Probleme voraus, wenn ich höre, daß das Defizit in die Höhe gehen soll". Dazu kommt das SLD und PSL innenpolitisch an mehreren Fronten gleichzeitig zu kämpfen haben werden.

- Die Gewerkschaft Solidarität hat den "Kommunisten" einen unnachgiebigen Kampf - wenn auch im Rahmen der Gesetze - angekündigt.
- Die Anti-Kommunisten aus der Zentrumsverständigung und um den früheren Premierminister Olszewski hat schon während des letzten Jahres lautstarke Demonstrationen in der Hauptstadt abgehalten. Wenn dies auch keine Massenkundgebungen waren - einige Tausend Aktivisten in Warschau können - eventuell im Verein mit Solidarnosc erheblich zur Destabilisierung im Land beitragen.
- Im Gegensatz zu den Regierungen der Solidarnosc wird die neue Administration nicht die Unterstützung der katholischen Kirche haben. Wenn sich das Episkopat auch im Zuge der Wahlkampagne zurückgehalten hat, so heißt dies noch lange nicht, daß die Kirche in der anstehenden Auseinandersetzung um ihre Rolle in der Gesellschaft stillhalten wird.
- Schließlich besteht in Form des Präsidenten eine Institution, der Linken das Leben schwer machen kann. Umsomehr als Walesa in Anbetracht der schwachen parlamentarischen Repräsentanz der post-Solidarnosc-

Gruppierungen nun zu einem Fokus der Opposition werden könnte und als der Held des anti-kommunistischen Widerstandes im Ausland beachtliches Prestige hat.

Wirft man in Anbetracht dessen einen Blick auf die Möglichkeiten, die sich der Linken nach den Wahlen bieten, so muß eingeschränkt und differenziert werden.

Relativ gering sind die Spielräume auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. Exogene Verpflichtungen und Rücksicht auf potentielle in - wie ausländische Investoren lassen keine allzu marktfeindlichen Operationen zu. Variationen können am ehesten noch auf dem Gebiet der Geldpolitik und bei der Privatisierung vorgenommen werden.

Nicht viel mehr Freiheiten bestehen, was die Außenpolitik anbelangt. Auch SLD strebt zwar den EG Beitritt an, aber wie bekannt ist man in Brüssel und anderswo nicht besonders geneigt, die Gemeinschaft nach Osten zu erweitern. Die von der Linken angestrebte Intensivierung der regionalen Kooperation mit anderen osteuropäischen Staaten wird sich auch nicht besonders vom bisherigen Zustand unterscheiden - die wirtschaftlich stabileren Länder des Wiszegrad-Vierecks setzen auf forcierte Zusammenarbeit mit dem Westen und ob der Handel mit den UdSSR Nachfolgestaaten besonders gewinnträchtig sei wird, kann bezweifelt werden. Auch sicherheitspolitisch sind keine einschneidenden Änderungen zu erwarten. Ohne russisches Einverständnis geht ohnehin nichts. Daß man sich in Moskau erst unlängst wieder zurückhaltend gegenüber einem Nato-Beitritt der ost-mitteuropäischen Staaten geäußert hat, kommt zumindest SLD gut zu pass - das Linksbündnis ist nämlich gegen eine Mitgliedschaft Polens in der NATO, wenigstens in der gegenwärtigen Form des Paktes.

Die großen Konflikte werden auf dem Feld der Innenpolitik zu erwarten sein. Hier sind Grundsatzentscheidungen zu treffen, die den Charakter der polnischen Gesellschaft für lange Zeit prägen werden. In die Legislaturperiode des neuen Parlamentes wird voraussichtlich die Verabschiedung einer neuen Verfassung fallen, die das gegenwärtige Provisorium, die sogenannte kleine Verfassung, ersetzen wird. Während Walesa ein semi-präsidentielles Modell vorschwebt, projektieren SLD wie auch PSL und UP in ihren Entwürfen ein parlamentarisches System. SLD strebt darüberhinaus die konstitutionelle Ver-

ankerung einer Sozial- und Wirtschaftscharta mit weitgehenden individuellen und kollektiven sozialen Grundrechten an.

Schon vor der Debatte über die künftige Verfassung wird das Problem der Ausgestaltung der Beziehungen von Kirche und Staat auf die politische Traktandenliste zurückkehren. Zunächst wird es um die Ratifizierung des noch von der Regierung Suchocka mit dem Vatikan abgeschlossenen Konkordates gehen. SLD und UP wollen sich zuerst mit der Verfassung beschäftigen - was de facto noch Jahre dauern kann. Als wichtigstes Thema nach der Wirtschaft bezeichnen Politiker der Linksalianz die Revision der Abtreibungsregelung. SLD fordert die Zulässigkeit der Abtreibung aus "sozialen Gründen". Ähnliches will UP, die weiterhin ein Referendum bezüglich dieser Materie einleiten will.

Sicher wesentlich ruhiger wird man die Frage der De-Kommunisierung angehen. Hier geht es vorrangig um die sogenannten Lustriering, also die Durchleuchtung von Inhabern öffentlicher Ämter bezüglich etwaiger Mitarbeit für den früheren Sicherheitsdienst SB. SLD Pressesprecher Siemiakowski dazu: "Die Archive sollte man versiegeln und nicht mehr hineinschauen. Sonst droht uns Durcheinander und Kompromittierung eines Teil der kirchlichen Hierarchie."

Es wird also auch nach dem Wahlsieg der Linken allem Anschein nach nicht zu tiefgreifenden Strukturbrüchen im wirtschaftlichen Reformprozeß kommen. Wenn die neue Regierung angesichts der Realitäten der post-sozialistischen Transitionsökonomik jedoch wieder auf die Linie ihrer Vorgänger einschwenkt oder gar nicht erst davon abrückt, wird sich das Elektorat der Unzufriedenen und der Transformationsverlierer wieder schnell umorientieren. Ein Szenario würde dann in der Hinwendung dieses Klientels zur radikalen Opposition führen. Um die Solidarnosc und die Parteien der Rechten könnte sich so eine starke von der katholischen Kirche mehr oder minder offen unterstützte außerparlamentarisch-populistische Bewegung formieren. In diesem Fall könnte die Prognose des Funktionärs der konservativen Koalition für die Republik KdR durchaus zutreffen, der der Linken voraussagt "Euer Herbst, unser Frühjahr".



Zur Situation der Linken in Italien

von Ewald Kandziara*

Eine Ortsbestimmung der augenblicklichen Lage der Linken in Italien setzt zunächst einmal eine Klärung der Frage voraus, welche politische Formationen überhaupt unter das Etikett "links" fallen. In einem nächsten Schritt ist zu untersuchen, wie es um den inneren Zustand und die Komposition der italienischen Linkskräfte in der gegenwärtigen politischen und (sozial)ökonomischen Umbruchphase bestellt ist. Daran anschließend ist vom Standpunkt der einzelnen Linksparteien als auch der Linken in ihrer Gesamtheit der Frage nachzugehen, welche Formierungsprozesse und Strategien zum Zwecke der Herstellung gesellschaftlicher Hegemoniefähigkeit sich im linken Lager abzeichnen und wie diese mit den Veränderungen an der gesellschaftlichen Basis vermittelt sind. Viertens schließlich ist zu überlegen, welche Hindernisse auf nationaler und internationaler Ebene der italienischen Linken bei ihrem Versuch der Erringung einer politischen Vormachtstellung im Wege stehen, welche Mittel sie zur Verfügung hat, um diese Hindernisse beiseite zu räumen, und inwieweit sie von diesen Mitteln Gebrauch macht bzw. was sie davon abhält, davon im nötigen Umfang Gebrauch zu machen.

Was ist "links"?

Wer in Italien unter die linken politischen Gruppierungen einzureihen ist, hängt entscheidend von der Begriffsdefinition "links" ab. Versteht man darunter nicht einfach die Modernisierung und Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen, sondern den An-

* Ewald Kandziara M.A. M.A.I.A. Doktorand bei Prof. Eisenhans, Universität Leipzig Politikwissenschaftler und freiberuflicher Publizist, lebt in Bologna

spruch auf deren Überwindung von einer antikapitalistischen Perspektive aus, dann reduziert sich in Italien die Linke auf Teile der kommunistischen Neugründung "Rifondazione Comunista" und der Grünen (bzw. ihren fundamentalistischen Flügel). Außerdem zählt hierzu - mit Einschränkungen - das über eine bloße Wahlallianz hinausreichende Bündnis, das der aus der Partei der Linksdemokraten (PDS) ausgetretene Pietro Ingrao aus "Rifondazione Comunista", einem Teil der Grünen, Teilen der RETE sowie der PDS zu schmieden sucht¹.

Setzt man als Maßstab linker Politik hingegen ein gesellschaftliches Modernisierungsprojekt, das nicht einfach die jeweilige nationale Konkurrenzposition innerhalb der Triadisierung der Weltwirtschaft als entscheidende Bezugsgröße politischen Handelns ansieht, sondern entgegen der von der zunehmenden Regionalisierung der Weltwirtschaft bewirkten Zwangsabkoppelung vieler Regionen von den industriellen Modernisierungsprozessen² am Ziel der Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse auf nationaler und internationaler Ebene festhält und die Tendenz zur Ausgrenzung und Marginalisierung immer größerer Bevölkerungskreise zu konterkarieren versucht, dann erweitert sich der Kreis der italienischen Linkskräfte um die PDS und die RETE. Beide sehen ebenso wie "Rifondazione Comunista" und die Grünen - im Unterschied zu den Regierungsparteien - den italienischen Süden nicht als wirtschaftliches Notstandsgebiet, dem aus Gründen der Konsensbeschaffung ein gewisses ökonomisches Interesse entgegenzubringen sei, obwohl dies bei Zugrundelegung der Rentabilitätskalküle der Weltmarktkonkurrenz eigentlich nicht zu rechtfertigen sei. Vielmehr treten sie für eine aktive, innovative Industriepolitik ein, die in weit stärkerem Ausmaß als bisher die brachliegenden humanen

und materiellen Ressourcen des Südens nutzen soll, um diesen als Industriestandort gerade auch für private Investoren attraktiver zu machen, seinen Exportanteil am italienischen Gesamtexport (der z.Zt. gerade 6% beträgt) spürbar zu erhöhen, und insgesamt seine Einbindung in die von den Zentren der Weltwirtschaft organisierte regionale Integration zu stärken.

Eine weitere Gemeinsamkeit der unserem Definitionsanspruch genügenden Linkskräfte besteht in deren Verweigerung, die von der klientelarisierenden Politik der Regierungsparteien (Stichwort: "tangentopoli") und der kreditfinanzierten Scheinblüte der 80er Jahre erzeugten Modernisierungsrückstände sowie die verheerenden ökonomischen Auswirkungen der überbordenden Staatsverschuldung einseitig auf Kosten der Lohnabhängigen und sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen zu korrigieren.

Indirekt ist damit zugleich ausgesagt, wer nicht der italienischen Linken zuzurechnen ist: All jene politischen Formationen nämlich, die sich wie die Linke zwar der politischen und institutionellen Erneuerung, insbesondere der Demolition der Parteienherrschaft ("partitocrazia") verschrieben haben, deren ökonomische Reformvorschläge sich jedoch mehr oder weniger bruchlos in die triadisierungsorientierte Stabilitäts- und Modernisierungspolitik einfügen. Oder die - wie es der Grünen-Abgeordnete Edi Ronchi ausdrückte - eine "Politik der zwei Zeiten" verfolgen: "Heute die Rechtschaffenen und die Erneuerung des politischen Personals; morgen, nach der Revolution der Ehrlichkeit, dann alle anderen Probleme"³. Hierunter fällt z.B. die Demokratische Allianz ("Alleanza Democratica") unter Führung von Mario Segni - eine "...Vereinigung von links-liberalen Persönlichkeiten, Zirkeln und Gruppierungen - einerseits Segni "Popolari per la riforma", die Republikaner und die Nichtcraxianer der PSI und andererseits Teile der Grünen, die RETE und die

Linksdemokraten (oder Teile davon)⁴, die die jeweiligen Gruppierungen in eine die jeweilige Identität wählende, lockere politische Formation einzubinden sucht. Allein mit dem Thema "neu" und "sauber" anzutreten, gleichzeitig aber ein Wirtschaftsprogramm zu vertreten, das stark neoliberalistische Züge trägt, zeugt nicht gerade von einem ausgeprägten linken Problembewußtsein. Selbst Exponenten von AD gestehen mittlerweile ein, daß man sich die Wählergunst nicht mit Leerformeln über das "süße Nichtstun" und "Privatisierungen" erwerben kann⁵.

Nicht viel besser ist es um die PSI bestellt. Sie hat einen großen Teil der Nicht-Craxianer verloren; der erste Amtsnachfolger Craxis, Giorgio Benvenuto, hat inzwischen die Gruppe "Sozialistische Wiedergeburt" gegründet, und sein ehemaliger Vize und jetzige Umweltminister Valdo Spini die "Sozialistischen Zirkel". Der unaufhaltsame Niedergang der PSI hat tiefere Wurzeln als nur die Schmiergeldaffäre "tangentopoli". War es doch die PSI, die sich seit Ende der 70er Jahre am aggressivsten an die Spitze der kapitalistischen Modernisierung und des Liberalismus setzte⁶ - in der Hoffnung, mit der Revitalisierung des Marktes und der Zurückdrängung des Einflusses oppositioneller Gegenkräfte ließen sich gleichzeitig die Strukturprobleme spätkapitalistischer Gesellschaften überwinden. Diese Hoffnungen sind mittlerweile verfliegen. Die Konsequenz daraus, nämlich eine politische und ökonomische Positionsbestimmung jenseits der Rationalität der Triadenpolitik, mochte man daraus im PSI bisher jedoch nicht ziehen.

Sogar die RETE - hauptsächlich Anti-Mafia- und Anti-"partitocrazia"-Gruppierungen um den ehemaligen und wohl künftigen Bürgermeister von Palermo Leoluca Orlando - läßt sich unserer Definition zufolge nicht umstandslos der italienischen Linken zuordnen. Von ihrem Gründer bezeichnenderweise weder als rechts noch links, sondern als "transversale Bewegung" definiert, die alle verfügbaren politischen Kräfte zum Zwecke der moralischen Erneuerung des Landes um sich vereint, hat sich die RETE zwar im Kampf gegen Korruption und Vetterwirtschaft hervorgetan und damit in ganz Italien beachtliche Stimmenerfolge erzielt. Auf wirtschaftlichem Gebiet mangelt es ihr jedoch an vergleichbarer Ideenvielfalt und Kohärenz. Vorschläge wie eine (im übrigen inpraktikable) Erhöhung der Steuern auf die Staatstitel, Stop von "Pira-

ten"unternehmen wie ENI, oder die Umleitung von Unternehmensprofiten vom Finanz- in den produktiven Sektor⁷ mögen zwar von guter Absicht getragen sein. Mit Moralin ist dem krankenden italienischen Kapitalismus jedoch nicht auf die Beine zu helfen.

Nach den Wahlen

Analysiert man die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 6./20. Juni 1993, bei denen ca. ein Drittel der Wählerschaft zu den Urnen ging, aus der Perspektive der einzelnen Linksparteien (unter Ein-schluß des PSI), so ergibt sich für die Sozialistische Partei ein ernüchterndes Bild: Sie ist von der politischen Bildfläche so gut wie verschwunden. In nur zwei von 144 Kommunen hat sie ihren eigenen Kandidaten durchgebracht. Wie weit es mit der PSI gekommen ist, kann man auch daran ablesen, daß dort, wo die Lega gewonnen hat, ihr neben den Stimmen der Neofaschisten und des rechten Flügels der DC die "Craxianer" zum Sieg verholfen haben. Die PDS hingegen war neben der Lega der eigentliche Gewinner der Kommunalwahlen. In 73 Kommunen (von 144) wurden in der Stichwahl vom 20. Juni Bürgermeister gewählt, hinter denen die Linksdemokraten standen.

Die Partei Occhetos orientierte sich dabei an einer Strategie der an Programmen ausgerichteten lockeren Wahlbündnisse, die je nach den unterschiedlichen politischen Verhältnissen zwischen Nord, Zentrum und Süd neben den eigenen Kandidaten die jeweils aussichtsreichsten des Mitte-Links-Zentrums bzw. eines "reinen" Linksbündnisses unterstützte. Diese Wahlstrategie ging auf: In 25 Kommunen siegten Bürgermeisterkandidaten, hinter denen die PDS allein stand, in 26 Kommunen von vereinigten linken Listen aus PDS, Rifondazione, PSI, RETE und Grünen unterstützte Kandidaten, und in 22 Kommunen Kandidaten des Mitte-Links-Zentrums aus PDS und AD (Republikaner, Segni-Katholiken). So erfolgreich das Abschneiden der PDS bei den Kommunalwahlen auch war, so schwierige Probleme wirft dieser Erfolg in Bezug auf die künftige strategische Orientierung der Linksdemokraten nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen (voraussichtlich im Frühjahr '94) auf.

Auch Rifondazione Comunista konnte bei den Kommunalwahlen Zugewinne

verbuchen. In den beiden nord-italienischen Metropolen Mailand und Turin überholten die Neokommunisten die PDS in der Wählergunst und rückten hinter der Lega zur zweitstärksten Partei auf. Insbesondere das Turiner Ergebnis (14,6% gegenüber 9,5% der Linksdemokraten) deutet auf eine Schwächung der PDS in ihren traditionellen sozialen Segmenten zugunsten von Rifondazione Comunista hin. Die RETE ging ebenfalls als Gewinner aus dem Urnengang vom 6./20. Juni hervor. Sie brachte ihren Kandidaten in immerhin sieben Kommunen (und damit nur in zwei weniger als die DC!) durch. In Mailand, Turin und Catania gelangte der von ihr favorisierte Listenkandidat in die Stichwahl, und in weiteren 26 Kommunen regiert sie zusammen mit einem Linksbündnis (s.o.). Besonders vorteilhaft wirkte sich dabei für die Partei Leoluca Orlando die enge Zusammenarbeit mit Rifondazione Comunista aus, die in den Monaten vor den Kommunalwahlen von beiden Seiten intensiviert worden war.

Etwas anders stellt sich die Lage der Grünen dar. Im Gegensatz zur RETE unterstützten sie in Abhängigkeit von den lokalen politischen Verhältnissen nicht nur die Kandidaten der vereinigten linken Listen, sondern auch des Mitte-Links-Zentrums. Ihr leichter Stimmenzuwachs - einen eigenen Kandidaten brachten die Grünen nicht durch - basierte daher auf den Erfolgen der Bürgermeisterkandidaten sowohl der vereinigten linken Listen als auch - wie z.B. in Turin und Catania - denjenigen des Mitte-Links-Zentrums.

Vom Standpunkt der Gesamtheit der italienischen Linkskräfte aus betrachtet besteht das bedeutendste Ergebnis der Kommunalwahlen vom Frühsommer darin, daß sich das Bild der Dreiteilung des Landes - im Norden die Lega, im Zentrum die Linke, und im Süden die unterschiedlichsten, meist konservativen Wahllisten mit einer mühsam standhaltenden DC im Mittelpunkt - in dieser simplifizierten Form nicht bestätigt hat. Im Norden war die PDS die einzige Kraft, die der Lega (trotz ihre eindeutigen Sieges) vor allem in den Regionen außerhalb der Lombardei Paroli bieten konnte. Wo der Lega kein "reines" Linksbündnis, sondern ein linkes Zentrum (wie z.B. in Belluno) gegenüberstand, konnte die Partei Bossis keine Mehrheit erringen. Im Zentrum Italiens baute die PDS ihren Primat weiter aus, insgesamt war dort

ein leichter Zugewinn der linken und progressiven Kräfte zu verbuchen. Die Überraschung der Wahlen aber kam aus dem Süden: Der scheinbar unaufhaltsame Stimmenrückgang der linken Opposition hatte ein Ende, und erstmals seit langer Zeit konnte sie wieder leichte Stimmenzuwächse verzeichnen. Wo sich die PDS an die Spitze einer Mitte-Links-Allianz setzte, konnte sie selbst in traditionellen DC-Hochburgen wie Catania oder Torre del Greco ihre konservativen Gegner aus dem Feld schlagen. Occhetos Charakterisierung der PDS als "einziger nationaler Kraft" und die Rück Erinnerung an die Zeit der "roten Kommunen" in den siebziger Jahren scheinen vor diesem Hintergrund nicht übertrieben.

Dies will allerdings nicht heißen, daß damit ein Wahlsieg der linken Opposition bei den Parlamentswahlen vorprogrammiert wäre. Modellrechnungen zufolge, welche die Sitzverteilung im Parlament entsprechend dem Ergebnis der Kommunalwahlen vom Juni und unter Zugrundelegung des neuen Wahlrechts (70% der Sitze in einem einzigen Wahlgang nach dem Mehrheitswahlrecht, 25% der Sitze proportional) hochrechnen, käme die DC (nunmehr: "Partito Popolare") auf 28%, die Lega auf 29% und die PDS auf 22% der Stimmen. Ein Erfolg der Linken hinge in diesem Falle, also in entscheidendem Maße von der Allianzpolitik der PDS ab. Hier zeichnen sich jedoch noch keine klaren Konturen ab. Genauso, wie nicht gesagt ist, daß der alten "partitocrazia" ein für allemal der Garaus gemacht wäre. Auf die Frage, ob die Lega und die PDS bei den Kommunalwahlen einen zu leichten Erfolg errungen hätten, antwortete der Historiker Ernesto Galli Della Loggia: "Zwischen diesen beiden Gewinnern gab es nichts. Die Sozialisten waren praktisch verschwunden, die Christdemokraten schwer angeschlagen. Doch bis zu den Parlamentswahlen werden in der Mitte neue politische Kräfte entstehen; vielleicht kommen auch die alten in veränderter Gestalt wieder zurück"⁸.

Zerfall des traditionellen politischen Zentrums: Chance für die Linke?

Die PDS - als stärkste Kraft der italienischen Linken - ist der Dreh- und Angel-

punkt, an dem sich deren künftiges Schicksal entscheiden wird. Von ihrer Bündnispolitik wird abhängen, ob eine linke Regierungsalternative Aussicht auf Erfolg haben wird. Das grundsätzliche Problem, vor dem die Linksdemokraten dabei stehen, ist das gleiche, das Enrico Berlinguer schon in den 70er Jahren am Vorabend des "Historischen Kompromisses" formuliert hat. Seine Diagnose lautete, daß die Linke nur dann regierungsfähig sei, wenn es ihr gelänge, neben den kommunistischen und sozialistischen Kräften jene Bevölkerungsgruppen katholischer und laizistischer Prägung an sich zu binden, die das Zentrum des politischen Systems konstituierten.

Der entscheidende Unterschied zwischen der augenblicklichen Situation und den siebziger Jahren besteht allerdings darin, daß sich die politische Organisation des Zentrums, das um die DC zentrierte Parteieingefüge, inzwischen in Auflösung befindet. Hieraus ergeben sich für die Linke Chancen, aber auch Risiken. Hinsichtlich der Bewertung diese Chancen und Risiken unterscheiden sich PDS und Rifondazione Comunista - ungeachtet der programmatischen Differenzen z.B. im Bezug auf die institutionellen Reformen und die "Zentralität" der sozialen Frage - am meisten voneinander. Für Rifondazione hat die Herstellung der Einheit aller Linkskräfte Priorität. Erst von der Basis einer gestärkten und kohärenten Opposition aus sei ein Übergang ins Regierungslager möglich. Initiativen wie die der PDS anlässlich der Kommunalwahlen liefen auf einen Autonomieverzicht der Linken und eine Aufweicheung ihrer sozialen und politischen Positionen hinaus, was letztlich ihre Regierungschancen mindere und den Rechtskräften in die Hände spiele.

Aus der Sicht der PDS führt eine solche Strategie die Linke in die Isolation. Gerade angesichts des Zerfalls des alten politischen Zentrums komme es darauf an, einen Pakt zwischen den Linkskräften im engeren Sinne und jenen Kräften (Katholiken, Laizisten liberaldemokratischer Prägung) zu schließen, die sich an einem gemäßigten Reformismus orientieren und den Progressisten zuzuordnen sind. Das Ziel kann gemäß der PDS nicht sein, "sich für weitere 100 Jahre in der Opposition zu verbunkern" (Piero Fassino), sondern eine Regierungskultur ("cultura di governo")

auszubilden⁹, die auch nichttraditionelle Wählerschichten an die Linke heranführt und so eine Regierungsmehrheit erst ermöglicht. Von einem theoretischen Standpunkt aus ist der PDS an diesem Punkt Recht zu geben. Wie John Kenneth Galbraith am Beispiel der USA eindrucksvoll nachgewiesen hat¹⁰, entscheiden heutzutage in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern nicht die politischen Extremismen, sondern die "zufriedene Mehrheit" über den Wahlausgang. Dies trifft auch für Italien trotz des Erstarkens der Lega und des Schrumpfens eben dieser "zufriedenen Mehrheit" zu. Wer die Regierungsmacht erobern will, muß daher zumindest einen Teil der "zufriedenen Mehrheit" für sich gewinnen. Ob Kremer's Behauptung, manche Vorgänge in Italien deuteten auf einen möglichen neuen "Block" hin, der sich vor allem aus der "Demokratischen Allianz" um Mario Segni und der "mittlerweile moderaten" PDS bilde und auch die Unterstützung der laizistisch-liberalen Fraktion der herrschenden Klasse finde¹¹, darf dennoch bezweifelt werden. Die PDS sieht sich (neben der "Demokratischen Allianz") nämlich nicht nur als Protagonist der Konstituierung eines Sammelbeckens aller progressiv-gesellschaftlichen Kräfte, sondern auch weiterhin als Bezugspunkt und treibende Kraft der Einheit der Linken.

Im Sinne der Galbraithschen Voraussetzungen für die Eroberung der Macht ist diese Strategie folgerichtig - garantieren doch nur Teile des Mitte-Links-Zentrums im Verbund mit dem linken Wählerpotential eine mögliche Regierungsmehrheit. Aus diesem Grunde ist auch der Widerstand der PDS erklärlich, sich fest in ein Bündnis mit "Alleanza Democratica" integrieren zu lassen. Entsprechend allergisch reagierten die Linksdemokraten auf die Versuche Segnis, die PDS von den übrigen Linkskräften zu isolieren. Nicht zufällig intensivierte die Partei Occhetos ihre Kontakte zu Rifondazione Comunista just zu dem Zeitpunkt, als sich Segni - aufgebracht über den Widerwillen der Linksdemokraten, sich in einen linken Sektarismus treiben zu lassen, der Partito Popolare Martinazzolis, Nachfolgerin der DC, annäherte und sich gleichzeitig als Ministerpräsident ins Spiel brachte. In der Tat käme eine "Alleanza Democratica", die sich als eine Art "Wiederaufbereitungszentrum" für ausgelagerte DC- und PSI-Kräfte verstünde und der PDS wie in den siebziger Jahren

in der Regierung der "nationalen Einheit" eine subalterne Position zu dem alleinigen Zweck zuweise, den sozialen Massenprotest im Sinne der herrschenden Klasse zu kanalisieren, für Occhetto als Bündnispartner schwerlich in Frage.

Zugleich verweist der Konflikt zwischen AD und PDS auf ein tiefergehendes Dilemma der Linksdemokraten: Kommt die PDS der Forderung von AD nach, sich auf zunehmend moderate Positionen vor allem auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verständigen, so riskiert sie, sich von Teilen ihrer traditionellen Wählerbasis und den übrigen Linkskräften zu entfremden, deren Unterstützung für den Wechsel ins Regierungslager unerlässlich ist. Beharrt sie hingegen auf ihrem Kurs der "Versöhnung" von Teilen des Mitte-Links-Zentrums mit den Linkskräften, so läuft sie das Risiko, aus dem Zentrum nicht soviel Zulauf zu erhalten, um regierungsfähig zu sein. Ob die Partei Occhetto dieses Dilemma überwinden kann, hängt wesentlich von den weiteren Formierungsprozessen innerhalb des PDS und "Alleanza Democratica" ab. Es ist deshalb auch verfrüht, wie Kremer mit Bezug auf Italien von einer sich abzeichnenden Aufspaltung des linken politischen Spektrums in eine politische Strömung (Gruppierung) mit "starken Elementen einer demokratischen Partei" nach US-amerikanischem Vorbild und einer politisch vernetzten, auf vielfältigen unterschiedlichen Identitäten aufruhenden Formation radikal-demokratisch-linksozialistischen Charakters zu sprechen. Diese Perspektive wäre nur dann wahrscheinlich, wenn innerhalb der PDS eine deutliche Rechtsverschiebung stattfände. Gesamtgesellschaftlich bedeutete eine solche Entwicklung, daß sich nicht mehr ein konservatives und progressives politisches Lager die Repräsentanz des herrschenden Klasse streitig machen, sondern ein rechtes reaktionäres (um die Lega herum), und ein zentristisch-moderates (um die Achse AD-PDS herum)¹². In diesem Falle würden die subalternen Bevölkerungsschichten und die Linkskräfte, die sie repräsentieren, immer mehr marginalisiert.

Hält die PDS dagegen an ihrem Anspruch der Vereinheitlichung der Linkskräfte fest, ebenso wie AD an der Idee der Konstituierung eines eigenständigen Zentrums, so wird sich die politische Zukunft des Landes danach richten, ob unter diesen Bedingungen die laizistisch-liberale Fraktion der herrschenden Klasse AD die Gefolgschaft versagt und sich stattdessen dem rechten reaktionären Lager unter

Führung der Lega zuwendet oder nicht. Im ersten Szenario wäre die unmittelbare Folge eine zunehmende politische Fragmentierung und Unregierbarkeit des italienischen Staatsgebildes. Die häufig beschworene Gefahr einer Spaltung Italiens zwischen Nord und Süd, die in einer solchen Konstellation durch das neue Wahlrecht begünstigt würde, nähme konkrete Züge an. Die Gefahr einer zunehmenden politischen Fragmentierung und Unregierbarkeit des Landes existiert auch im zweiten Szenario - und zwar als Folge einer ausgeprägten Rechts-Links-Polarisierung der politischen Spektrums. Jedoch könnte die PDS im Verbund mit den übrigen Linkskräften dieser Polarisierung auf nationaler Ebene entgegensteuern, wenn es ihr gelänge, breite Wählerschichten im Süden dauerhaft für sich zu erobern (die jüngsten Kommunalwahlen waren in dieser Hinsicht ein erstes, ermutigendes Anzeichen, auch wenn die meisten Erfolge dem Mitte-Links-Zentrum zu verdanken waren). Ein linker Block, der sich hauptsächlich aus Anhängern des Zentrums und des Südens rekrutiert, könnte unter diesen Umständen einem Mitte-Rechts-Block unter Führung der Lega, die den Süden ohnehin nur als abzuwerfenden Ballast betrachtet, möglicherweise die Stirn bieten.

Die Linke im Strudel zentrifugaler Kräfte: Die Süd-Frage

Was die Zukunftsperspektive der Linken in Italien betrifft, so ist es nicht übertrieben zu behaupten, daß sich diese wesentlich über die "Südfrage" entscheiden wird. Der flächendeckende Deindustrialisierungsprozeß, der im Süden derzeit um sich greift, und dessen verheerende soziale Konsequenzen in den jüngsten Arbeiterunruhen von Crotona in erste gewaltsame Eruptionen mündete, ist nicht nur Ausdruck einer verfehlten Industriepolitik der Regierungsparteien ("Kathedralen in der Wüste"). Er ist darüberhinaus eine Konsequenz der Tatsache, daß sich im Zuge des weltweiten Übergangs vom Wachstums- zum Verdrängungswettbewerb (K.G. Zinn) die Standortkonkurrenz enorm verschärft hat¹³ und die süditalienischen Regionen unter diesen veränderten Bedingungen von einer Semiperipherie Europas zu einer Peripherie abzurutschen drohen. Jetzt rächt sich im nachhinein, daß es in Italien

und besonders im Süden ganze Industriezweige gar nicht gegeben hätte, wären sie nicht staatlich aufgezogen oder wären nicht in der Konkurrenz unterlegene Betriebe vom Staat auf Kosten des Staatskredits übernommen worden¹⁴. Der Süden hat nun die Zeche dafür zu bezahlen, daß dem italienischen Staat heute diese Freiheit bestritten wird und mit dem Privatisierungsprojekt öffentlich Bilanz gezogen wird.

Eine industrielle Aufrüstung von Rom abwärts, die mit den assistenzialistisch-klientelarisierenden Praktiken der Vergangenheit bräche und sich an den Konkurrenzbedingungen des Weltmarkts orientierte, stößt aber an dieselben Grenzen wie die angestrebte Wiederkehr der keynesianisch flankierten Nachkriegsökonomie insgesamt: "Weiterhin, wie schon im monetaristischen Scheinboom, dient der Staatskredit als ultima ratio. Der einzige Unterschied besteht darin, daß er nur mehr bedingt zur Verfügung steht... Als Ausgeburt von wirtschaftlichen Einbrüchen und unaufhaltsamem Staatsbankrott erblickt der Neokeynesianismus folglich als ein paradoxes Mittelding zwischen ausufernder Defizitpolitik und verzweifelter Kreditsubstitution durch Steuererhöhungen und Streichungen im sozialen Netz das Licht der Welt"¹⁵.

Wie die italienische Linke unter diesen Umständen eine industrielle Renaissance des Südens herbeiführen will, ist - jedenfalls im Augenblick - unerfindlich. Fest steht einzig, daß bei einem Mißerfolg der von der PDS konstatierte Trend - Flucht des Nordens zur Lega und des Südens zur Linken - sehr schnell eine andere Wendung nehmen könnte. Denn eine großzügige monetäre Alimentierung des Südens zum Aufbau "gesunder" Industriestrukturen könnte genau diejenigen zentrifugalen Kräfte des Nordens stärken, um deren Eindämmung willen auch eine linke Regierung gezwungen sein könnte, von ihren ehrgeizigen Vorhaben im Süden Abstriche zu machen. Hierdurch wüchse die Gefahr des Auftriebs rechtspopulistischer Kräfte im Süden - und als Reaktion darauf wiederum im Norden. Die Linke würde in einer solchen Situation sich wechselseitig hochschaukelnder reaktionärer Kräfte in Nord und Süd buchstäblich zermalmt werden.

Ähnliche weitreichende Probleme wie die "Südfrage" wirft die Staatsverschuldung auf. Einerseits läßt sich die Zinslast auf die Staatstitel - von Orlando

treffend als "legale Steuerhinterziehung von hunderten Milliarden von Lire" bezeichnet¹⁶ - wegen der Konkurrenz auf den internationalen Kapitalmärkten nicht einfach durch Steuererhöhungen auf die Staatstitel verringern. Andererseits untergräbt das zinstragende Kapital immer stärker die Realökonomie - eine Entwicklung, die durch die Regierungspolitik der letzten Jahre, den Anstieg der Staatsverschuldung durch Abbau des Primärdefizits (= Haushaltsdefizit ohne Zinszahlungen) auszugleichen, nur weiter beschleunigt worden ist. Ob der Vorschlag des PDS-Wirtschaftsexperten Alfredo Reichlin, die Staatsschuld durch eine Effektivierung der Realökonomie, insbesondere des öffentlichen Sektors, zu reduzieren¹⁷, Aussicht auf Erfolg hätte, ist mehr als fraglich. Denn das Risiko dabei ist, daß die positiven Effekte auf den Staatskredit (z.B. durch Verbilligung der öffentlichen Auftragsvergabe) durch potentielle negative Effekte (z.B. infolge des Beschäftigungsabbaus im öffentlichen Dienst und der dabei anfallenden Mehrausgaben für Frühverrentung, cassa integrazione etc.) ganz oder teilweise neutralisiert werden.

Auch in Bezug auf die Staatsverschuldung kommt die italienische Linke also um eine Grundsatzentscheidung kaum herum. Diese hat sich unvermeidlich mit der Möglichkeit einer großangelegten Staatsentschuldungsaktion auf Kosten der Besitzer der Staatstitel zu befassen. Hiervon ist aber (wenn auch in relativ geringem Ausmaß) ein Teil der traditionellen linken Klientel betroffen. Ein schlüssiges Konzept, wie den dadurch entstehenden sozialen Friktionen vorzubeugen sei, hat die italienische Linke nicht zuletzt aus diesem Grunde bisher nicht vorgelegt. Dasselbe gilt für die Bewahrung sozialstaatlicher Errungenschaften und die Beseitigung der historisch einmaligen Dimensionen der Massenarbeitslosigkeit, die nicht nur dem Rationalisierungsschub seit Beginn der 80er Jahre und den Wirkungen der Weltmarktrezession seit 1991/92 geschuldet ist, sondern zuerst und vor allem einer Neuverortung der Konkurrenzposition der italienischen Ökonomie in der internationalen (kapitalistischen) Arbeitsteilung. Ohne eine Überwindung ihrer Strukturschwächen, die vor allem in der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit bei technologieintensiven Erzeugnissen¹⁸ sowie - bei den traditionellen Exportgütern - einem zunehmenden Konkurrenzdruck der fernöstlichen und osteuro-

päischen Billiganbieter zum Ausdruck kommen, kann sich das Blatt hierbei nur zum Schlechteren wenden. Zu diesem Zweck aber sind öffentliche Gelder vonnöten - für Forschungs- und Technologiepolitik, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik, deren Bereitstellung in dem hierfür benötigten Umfang mit dem Ziel der Verringerung der Staatsverschuldung kollidiert. Dies ist zugleich ein anschauliches Beispiel dafür, wie eng die Lösungen der Themenkomplexe Süden/Staatsverschuldung/Beschäftigungs- und Sozialpolitik miteinander verflochten sind. Die Linke hat in Italien langfristig nur dann eine Chance, wenn sie diesen gordischen Knoten zu durchhauen imstande ist. Weil es sich dabei aber ganz überwiegend um Probleme von europäischer, wenn nicht gar globaler Reichweite handelt, wird sie hierbei nur erfolgreich sein, wenn sie ihr diesbezügliches Vorgehen stärker als bisher mit den anderen europäischen Linkskräften abstimmt. Auch in dieser Hinsicht hat die italienische Linke noch einen langen Weg vor sich.

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu und zur Neuformierung der Parteienlandschaft in Italien im allgemeinen Uessler, Rolf, Italiens Parteienlandschaft im Umbruch, in: Bl.f.dt.und int.Politik 8/93, S.909-912
- 2 Vgl. dazu Bonder, Michael/Röttger, Bernd, Triaden-Politik oder gesellschafts- und strukturpolitische Neuordnung Europas?, in: spw-69 (Januar/Februar 1993), S. 22-27
- 3 Ronchi, Dei, Verdi allo specchio della Convenzione, in: "Il Manifesto" v. 7.12.1993, S.16
- 4 Uessler, Rolf, a.a.O., S.912
- 5 So der vormalige Umweltminister Giorgio Ruffolo in: L'Unita v. 11.9.1993, S.5
- 6 Vgl. Kremer, Uwe, Kurzum, in: spw 71 (Mai/Juni 1993), S.4
- 7 So Leoluca Orlando auf der Festa Nazionale Dell'Unita am 15.11.1993
- 8 in: Der Spiegel, 29/1993, S. 110
- 9 Vgl. "La Repubblica" v. 25.6.1993, S. 5
- 10 Vgl. Galbraith, K.-J., Die Herrschaft der Bankrotteure, Hamburg 1992
- 11 Vgl. Kremer, Uwe, Sozialdemokratie: weltweit in der Krise, in: Bl.f.dt.und int.Politik 9/93, S.1040
- 12 Vgl. dazu den ausgezeichneten Kommentar von Luigi Pintor in: "Il Manifesto" v. 22.6.1993, S.1
- 13 Vgl. Bonder/Röttger, a.a.O., S.23
- 14 Vgl. "Gegenstandspunkt" 4/92, S.161
- 15 Lohoff, Ernst, Dämokratisches Erwachen. Vom rechten Ende der Politik, in: edition krisis (Hg.), Rosemaries Babies. Die Demokratie und ihre Rechtsradikalen, Unkel/Rh. 1993, S.112
- 16 Vgl. "Il Manifesto" v. 16.9.1993, S. 8
- 17 Vgl. dazu den Vortrag von Reichlin im Rahmen der "Consulta Nazionale Dell'Impresa" der PDS am 8.5.1993 in Bologna (unv. Manuskript)
- 18 Vgl. Graziano, Augusto, L'economia italiana e l'Europa, in: Critica Marxista 1/92 sowie ders., L'Italia nella Crisi Economica Internazionale, in: Critica Marxista 6/93

Sozialismus



Die Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇒ *Diskussionen im Forum Gewerkschaften* (es schreiben: Detlef Henschke, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

⇒ *ökonomische Analysen national und international* (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffschildt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇒ *aktuellen politischen Diskussionen der Linken* (es schreiben: Egon Bahr, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50
Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

Bestellcoupon:
Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Zu schicken an:
VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
W-2000 Hamburg 50



Revolutionsfeiertag am 19. Juli 1993 in Managua
Fotos: P. Frantziach

Nicaragua - Land zwischen Revolution und Ruin

von Niels Annen
und Petra Frantziach, Hamburg

Seit 1990 ist Leon/Nicaragua Hamburgs Partnerstadt. Seit 1991 organisieren Hamburger Jugendliche im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände (AGfJ) einen Austausch mit Leoner Jugendlichen. Auch 1993 besuchten wieder 15 Hamburger Jugendliche Leon. Im Anschluß folgt ein Reisebericht und eine politische Einschätzung zweier TeilnehmerInnen.

I. Zur inneren Situation

Nicaragua ist wieder in den Schlagzeilen. Überfälle, politische Wirren und Geiselnahmen von wiederbewaffneten Bürgerkriegskämpfern haben die Aufmerksamkeit der Weltpresse auf den kleinen, bettelarmen Staat in Mittelamerika gelenkt. Seit dem sensationellen Wahlerfolg der rechten Parteienkoalition UNO unter Führung der betuchten Verlegerwitwe Violeta Barrios de Chamorro hat das Land eine tiefgreifende Krise erfaßt. Die UNO hatte die Beendigung des Krieges und die Abschaffung des in der Bevölkerung verhaßten Kriegsdienstes versprochen. Entwaffnete Kämpfer beider Seiten sollten in die Gesellschaft integriert werden. Dazu versprach die Regierung Land, Arbeit und wirtschaftlichen Aufschwung.

Heute, drei Jahre nach den Wahlen, steht das Land vor dem Abgrund. Die Wirtschaft ist am Boden, das Gesundheits- und Bildungssystem sind ruiniert. Das ver-

sprochenene Land haben weder die entwaffneten Contras noch die aus der Armee entlassenen Sandinisten gesehen. Daß die Regierung stolz verkündet, die Inflation gestoppt zu haben, hilft den verarmten Bauern und Soldaten wenig. Sie wollen das versprochenen Land und Arbeit. In diesem Konflikt liegt letztlich die Ursache für die Wiederbewaffnung von Contras und sandinistischen Kämpfern.

Chamorros neoliberale Deregulierungspolitik hat verheerenden Folge. Der Staat vergibt keine Kredite mehr, Subventionen werden gestrichen, staatlich garantierte Mindestpreise z.B. für Baumwolle, regelt jetzt der "freie" Markt. Um den Haushalt zu konsolidieren wurden auch die letzten Investitionsvorhaben auf Eis gelegt. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 60%. Der totale Wegfall von staatlichen Subventionen hat auch die Grundnahrungsmittel Reis, Bohnen und Zucker drastisch verteuert, so daß Mangelernährung und Hunger in Nicaragua zum Alltag gehören.

Die UNO-Koalition, die einzig die Ablehnung des Sandinismus einte, hat sich quasi aufgelöst. Damit ist eingetreten, was viele Beobachter bereits kurz nach der Wahl prognostiziert hatten. In der UNO sind 16 völlig verschiedene Parteien vertreten. Das Spektrum reicht von rechtsradikalen Somozisten wie dem Bürgermeister von Managua, Aléman, über die Liberalen von Vizepräsident Godoy und Parlamentschef Cesar bis hin zu den "Sozialisten" und "Kommunisten", die in Nicaragua traditionell mit den Sandinisten überkreuz liegen. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist die Tatsache, daß

Präsidentin Chamorro über keine eigene Partei oder sonstige politische Kraft verfügt, die sie unterstützt. Ihr politisches Überleben war von Anfang an von der Unterstützung anderer, mächtiger Gruppierungen abhängig. So ist auch zu erklären, warum "Dona Vilota" nach ihrem triumphalen Sieg den Schulterschuß mit den Sandinisten suchte und den ehemalige Verteidigungsminister Humberto Ortega als Armeechef zunächst im Amt beließ.

Dabei hat die Regierung Chamorra in drei Jahren bereits einen Großteil der revolutionären Errungenschaften zerstört. So spaltet das Landreformgesetz die Bevölkerung in zwei unversöhnliche Hälften. Die Regierung gibt ehemaligen Somozisten, die nach der Revolution das Land verlassen und ihre Besitztümer brachliegen ließen, ihr altes Land zurück. Die Bauern, die das Land nach der Revolution bebaut und bewohnt haben, werden vertrieben. Diese fatale Politik führt dazu, daß viele Bauern von einem Tag auf den anderen Fremde auf ihrem eigenen Land wurden. Landbesetzungen und Zwangsräumungen mit bewaffneten Auseinandersetzungen sind nicht selten die Folge. Dabei erweist sich die Armee Humberto Ortegas zunehmend als "gesetzestreuere" Vollzugsgehilfe der Reaktion.

Die Folge der inneren Streitigkeiten der UNO war eine Staatskrise, während der sich die Regierungskoalition zur Opposition erklärte und sich von einer kleinen Gruppe von Zentrumsabgeordneten trennte, die fortan mit den Sandinisten eine Mehrheit im Parlament bildeten. Die Füh-

rung der UNO erklärte fortan mit Unterstützung der USA die Absetzung des verhaßten Armeechefs Humberto Ortega zum Hauptziel ihrer Politik. Die Präsidentin geriet immer mehr unter Druck. Das wiederum führte zu einer inneren Zerreißprobe der FSLN. Während die Nationale Leitung in Managua mit der Regierung kungelte, spürte die Basis und vor allem die traditionelle Anhängerschaft der FSLN in den Armenvierteln der Städte das ganze Ausmaß der neoliberalen Politik ihrer Präsidentin. Und je mehr sich die soziale Situation zuspitzt, desto weniger nicaraguaner bringen Verständnis auf, für den staatstragenden Kurs der Ex-Revolutionäre aus den Reichenvierteln der Hauptstadt.

FSLN ringt um ihren Kurs

Auf der Seite der FSLN stehen die beiden Brüder Daniel und Humberto Ortega im Mittelpunkt des politischen Geschehens. Als der Befreiungskampf der Frente in seine Endphase ging, war der alte Streit um die richtige revolutionäre Strategie noch nicht entschieden. Die "proletarische Tendenz" unter dem späteren Landwirtschaftsminister Jaim Wheelock, die Anhänger der Strategie des "verlängerten Volkskrieges" von Tomás Borge und die "Aufstandstendenz" unter den Brüdern Ortega, stritten um den richtigen Weg. Dabei setzten sich letztlich aufgrund ihres großen Rückhalts und ihrer militärischen Schlagkraft die Tendenz der "Aufständischen", der "Terceristas" durch, die durch den bewaffneten Aufstand in den Städten und durch die Gewinnung des Bürgertums der Revolution zum Sieg verhelfen wollten. Ihr Führer, Daniel Ortega, wurde Präsident, sein Bruder, der von Costa Rica aus die Endoffensive der FSLN geleitet hatte, Verteidigungsminister. Es sind die ehemaligen "Terceristas", die auch heute den pragmatischen Kurs einschlagen und mit der Regierung zusammenarbeiten. Widerstand kommt dagegen vor allem von den sozialistischen Kräften um Tomás Borge, der die Regierung wiederholt stark angegriffen hat.

Die Wahlniederlage und die Politik der Nationalen Leitung haben in der FSLN eine starke Diskussion ausgelöst. Einig scheint man sich darin zu sein, die innerparteiliche Demokratie auszubauen. Zum ersten Mal ist das Direktorium von der Asamblea Sandinista direkt gewählt worden und das autoritäre Prinzip, nach dem die neun Comandantes über den Kurs der Frente bestimmen, wurde abgeschafft. Welche personellen Konsequenzen der

Reformprozeß haben wird, ist noch nicht abzusehen. Ob Daniel Ortega derjenige sein kann, der eine reformierte FSLN in den nächsten Wahlkampf führt, scheint zumindest ungewiß. Trotz der Kritik in den eigenen Reihen ist die Popularität des Generalsekretärs der FSLN, den in Nicaragua alle "Comandante Daniel" nennen, ungebrochen.

Die weitere Entwicklung Nicaraguas wird in wesentlichen Punkten von der Politik der FSLN abhängig sein, die mit 40% der Stimmen und einer funktionierenden Parteistruktur die einzige berechenbare Kraft in Nicaragua darstellt. Die bereits angesprochenen strukturellen Veränderungen sind auf den Weg gebracht, der politische Weg der Frente aber noch nicht bestimmt. Ob sich langfristig innerhalb der keineswegs homogenen FSLN jene durchsetzen werden, die die "Interessen der Unterdrücktesten, der Ausgebeutetesten und der Geschundensten verteidigen und vertreten" (Humberto Ortega 1979), oder aber die im nationalen beziehungsweise eigenen - Interesse auf klassenübergreifende Bündnisse bauen, wird sich erst noch zeigen müssen.

Für die nähere Zukunft gilt: Solange es keine Verbesserung der sozialen Situation gibt, wird es auch keinen Frieden in Nicaragua geben. Menschen, die vor dem Nichts stehen, werden sich auf Dauer nicht durch Appelle und Versprechungen hinhalten lassen. Trostpflaster der Regierung werden das Land nicht zur Ruhe bringen, solange nicht tiefgreifende ökonomische Maßnahmen folgen. Wenn es der FSLN nicht gelingt, sich als glaubwürdige Alternative zur Regierung zu profilieren, wird sie es - langfristig - schwer haben, ihre gesellschaftliche Position zu verteidigen.

II. Reiseeindrücke aus Leon

Hamburgs Partnerstadt Leon befindet sich heute in einer der größten ökonomischen Krisen seit ihrer Gründung. Leon, bis 1858 Hauptstadt Nicaraguas mit einer jahrhundertalten progressiv-liberalen Tradition, gilt auch heute noch als eines der intellektuellen Zentren Nicaraguas. Nach den generell vom UNO-Bündnis gewonnenen Wahlen 1990 stellt Leon den einzigen sandinistischen Bürgermeister. Das bekommt die Stadt allerdings auch deutlich zu spüren, denn wirtschaftliche Unterstützung seitens der Regierung in Managua bleibt seitdem aus. Die Region Leon lebt als ländliche Region

hauptsächlich von der Agrarwirtschaft. Rund um die Stadt erstrecken sich riesige Felder, auf denen früher hauptsächlich Baumwolle, aber auch Reis, Mais, Bohnen und Hirse angebaut wurden. Seitdem die Regierung jedoch die Subventionen für die Landwirtschaft komplett gestrichen hat, liegen die Felder fast vollständig brach. Entsprechend hoch - 70 % - ist die offizielle Arbeitslosenrate in der Region Leon. Darüber hinaus hatte Leon in der letzten Zeit viel mit den Folgen der Naturkatastrophen zu kämpfen: Ein Seebeben und der Ausbruch des Cerro Negro, einem der vielen noch aktiven Vulkane in der Region Leon, haben in der gesamten Stadt zahlreiche Schäden angerichtet, die zum Teil immer noch das Stadtbild prägen. In Folge dieser zugespitzten ökonomischen Lage nimmt die Verelendung mehr und mehr zu. Die Stadt muß sich deshalb auch dem Problem der sprunghaft angestiegenen Kriminalität stellen.

Gerade in der ländlichen Region Leon spielt das Problem der unklaren Landvergabe eine große Rolle, Landbesetzungen sind hier an der Tagesordnung. Auch während unseres Aufenthalts kam es zu einigen Landbesetzungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Armee und Polizei. Die Stadtregierung versucht, die vielfältigen Probleme durch eine Kooperation mit der UNO-Regierung zu lösen. Durch die Diskussion über das gemeinsame Interesse, das Land wieder aufzubauen, soll erreicht werden, daß Regierung und Opposition diese "nationale Aufgabe" angehen.

Universität - Zentrum politischer Auseinandersetzungen

Die Universität hat schon immer eine zentrale Rolle für Leon gespielt. Allerdings ist auch das Studieren in Leon schwieriger geworden. Durch die Einführung von Studiengebühren und die drastische Verschärfung der Studienordnung ist ein starker Rückgang der Studierendenzahlen erfolgt. Andererseits zählt die Regierung bis heute bei weitem nicht die zugesagten 6% ihres Gesamtetats für die Bildung, so daß es quasi keine aktuellen Lehrmaterialien für die Universität gibt. Als Folge dessen gründen sich erste private Universitäten, an denen für eine entsprechende Gebühr eine qualitativ hochwertigere Ausbildung gewährleistet ist. Viele Aktive in der Studierendenvertretung CUUN (Centro Universitario Unido Nicaraguense), die

schon immer eine zentrale Rolle für die FSLN gespielt hat, vergleichen diese Tendenz mit der Wiedereinführung von Eliteuniversitäten, wie es sie unter dem Diktator Somoza gab. Gegen diese Tendenzen versucht die CUUN mobil zu machen.

Im Mittelpunkt unseres Aufenthalts stand ein gemeinsames Projekt mit der sandinistischen Jugend in Leon. Das Jugendzentrum der Juventud mußte dringend renoviert werden. Die Mittel für die Renovierung waren vom Hamburger Senat im Rahmen der Städtepartnerschaft Hamburg-Leon zur Verfügung gestellt worden.

Unsere Arbeit bestand im wesentlichen aus drei Aufgaben: Dachdecken, Malen und elektrische Leitungen verlegen. Gearbeitet wurde in kleinen Gruppen, zu denen auch Jugendliche aus verschiedenen Stadtteilen von Leon gehörten. Das Haus der Juventud wird von einer Reihe unterschiedlicher Verbände und Initiativen genutzt. Sportangebote gehören genauso zum Programm wie politische Seminare oder Aufklärungskurse. Auch wenn das Haus der Sandinistischen Jugend gehört, ist Mitgliedschaft nicht Voraussetzung zur Nutzung der "Casa de la Juventud".

Zur politischen Einordnung unseres Projekts muß man wissen, daß das Jugendhaus das einzige nicht kommerzielle Angebot an Jugendliche in Leon ist. Die Bourgeoisie, die merheitlich im Stadtkern lebt, hat in den letzten Jahren verstärkt versucht, Jugendclubs und Discos von dort zu vertreiben. Schon aus diesem Grund war es für die Juventud außerordentlich wichtig, unsere Unterstützung in Anspruch nehmen zu können.

Gespräch mit Omar Cabezas

Besonders hervorzuheben ist unser Termin mit Omar Cabezas. Sein Buch "Die Erde dreht sich zärtlich, Companera" war auch in Deutschland ein großer Erfolg. Cabezas kommt aus Leon, wo er an der Universität Jura studierte. Er schloß sich der CUUN an, über die er Mitglied der FSLN wurde. Cabezas machte politische Arbeit für die Frente, wurde Verbindungsmann und ging schließlich als Guerillero in die Berge. Den Triumph der

Revolution erlebt er bereits als Guerilla Comandante. Heute ist Omar Cabezas Abgeordneter der Nationalversammlung Nicaraguas und Mitglied der Asamblea Sandinista.

Cabezas stellte seine Sicht der politische Lage in Nicaragua dar. Cabezas glaubt, daß aufgrund des völligen Scheiterns kapitalistischer Rezepte die "Zentristen", die eine an der Sozialdemokratie orientierte Politik anstreben, wenig Chancen haben werden, ihren Kurs in der FSLN durchzusetzen. Im Gegensatz zu fast allen anderen Gesprächspartnern macht Cabezas klare



"Typische" Straßenverkäuferinnen in Leon

Aussagen zur politische Situation Nicaraguas und der FSLN. Zunächst müsse eine gewisse Stabilität hergestellt werden. Dies sei das vordringliche nationale Interesse, um dessen Realisierung auch Kompromisse in Kauf genommen werden müssen. Wenn es nicht gelinge, den Krieg auch in den Köpfen zu beenden, werde ein Wiederaufbau in absehbarer Zeit überhaupt nicht mehr möglich sein. Trotzdem bringt er, wie viele unserer sandinistischen Gesprächspartner, viel Verständnis für das Verhalten der Recompas auf.

Machismo und Religion - Nicaraguas Frauen warten weiter auf die Revolution

Ein Gespräch mit der Frauenorganisation AMNLAE (Asociación de Mujeres Nicaraguenses Luisa Amanda Espinoza) gab uns einen aufschlußreichen Eindruck über die Lage der Frauen in Nicaragua. Daß mit Violetta Chamorra eine Frau Präsidentin Nicaraguas geworden ist, ist eher überraschend, denn der Machismo hält sich auch in Nicaragua hartnäckig. So

ist den Frauen zumeist nach wie vor die klassische Frauenrolle zugewiesen: Sie kümmern sich um den Haushalt, betreiben aber auch maßgeblich den Kleinhandel und den Dienstleistungsbereich. Die Frauen erziehen zumeist auch die Kinder, wobei die "klassische" Familie eher die Ausnahme darstellt. Viele Männer haben mit mehreren Frauen Kinder, ohne jemals verheiratet zu sein. Zwar existiert mittlerweile ein gesetzlicher Anspruch der Frauen auf Unterhaltszahlungen, dieser ist in der Praxis jedoch nur schwer durchsetzbar.

Daß Frauen politisch aktiv sind, ist eher ungewöhnlich und Frauen in politischen Führungspositionen vorzufinden, bleibt eine seltene Ausnahme. Trotz nun bereits länger stattfindender Diskussionen über den Machismo im Land hat sich gerade im Alltagsleben noch wenig geändert. Einer seiner auffälligsten Erscheinungen ist die Gewalt gegen Frauen. Das größte Problem der Frauen bleibt allerdings die Abtreibung. Zwar ist sie offiziell verboten, dennoch findet sie massenhaft statt. Viele Reformen hat die FSLN

durchgeführt, die Abschaffung des Abtreibungsverbotes jedoch scheiterte an dem Widerstand vieler Männer und der katholischen Kirche, die über eine ungebrochen große Macht in Nicaragua - 95% aller NicaraguanerInnen sind katholisch - verfügt.

Gegen den täglichen Machismo und die Diskriminierung versuchen die Frauen von AMNLAE vorzugehen. Vorge stellt wurde uns insbesondere das Frauenhaus von AMNLAE in Leon. Hier werden tagsüber zahlreiche Kurse zur Fortbildung von Frauen angeboten, politische Diskussionen geführt, Zuflucht für mißhandelte Frauen geboten und - nicht zuletzt - "medizinische Untersuchungen" durchgeführt. Die Bedingungen, die das Haus bieten kann, garantieren den Frauen einen fachgerecht und hygienisch relativ sauberen Eingriff. Ein längerer Aufenthalt ist für das Haus aus finanziellen Gründen aber nicht möglich. An finanziellen Möglichkeiten fehlt es dem Haus seit dem Wahlsieg der UNO-Regierung an allen Enden, denn staatliche Unterstützung wurde schnell komplett eingestellt. So sind die Betreiberinnen gezwungen, viele Projekte zu beenden oder für

deren Durchführung Gebühren zu nehmen. Auch die Frauenarbeit steckt also in einer schwierigen Phase, doch einige Erfolge, auf denen die Frauen aufbauen können, hat die Politik von AMNLAE und gerade die Einrichtung der zahlreichen Frauenhäuser schon gebracht.

III. Internationaler Kontext

Die USA und ihre Mittelamerika-Politik sind nach wie vor der bestimmende Faktor der Politik Nicaraguas. Das abermalige Einfrieren der Finanzhilfen aus politischen Gründen hat dies noch einmal ganz deutlich gezeigt. Der Hegemonialanspruch der Vereinigten Staaten ist mit der Amtsübernahme von Bill Clinton keineswegs aufgegeben worden. Solange eine US-amerikanische Administration das Recht der zentralamerikanischen Staaten auf Selbstbestimmung nicht anerkennt, stehen die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden auf wackligem Boden. In den letzten Tagen hat sich die Situation zudem noch einmal zugespitzt. Die Ankündigung Violetta Chamorros, Armeechef Humberto Ortega zu entlassen, deutet auf einen Bruch mit den Sandinisten und auf eine weitere Unterwerfung der USA hin, die die Zahlung von Finanzhilfe mit der Entlassung Ortegas verbunden hat. Ortega und die FSLN haben Widerstand angekündigt.

Nicaragua befindet sich aufgrund seiner besonderen Situation in einer sehr schwierigen Lage: Daß die wirtschaftliche Unterstützung durch die SU weggefallen ist, ist für das Land ein nur schwer zu bewältigender Einschnitt. Denn auch die Wirtschaftshilfe der USA ist ein sehr unsicherer Faktor, da diese je nach politischem Gusto kurzfristig zu- oder abgesagt wird. Zugleich ist der Kontrast zwischen den Reichen und Armen auch durch die zunehmende US-Amerikanisierung des Landes für die NicaraguanerInnen überall präsent. Über die verschiedenen US-amerikanischen Medien wird der nordamerikanische Lebensstil präsentiert und der reichhaltige Import US-amerikanischer Produkte aller Art macht für die NicaraguanerInnen einen Lebensstil täglich erfahrbar, der für die Bevölkerung mit einem Einkommen von durchschnittlich ca. 20 \$ schlicht unerschwinglich ist. So hat der Binnenmarkt für das Land kaum wirtschaftliche Bedeutung, denn aufgrund der kaum vorhandenen Kaufkraft läßt sich keine funktionierende nationale Wirtschaftsstruktur aufbauen. Die Wirtschaft des

Landes lebt fast ausschließlich vom internationalen Handel. Daher ist Nicaragua in besonderem Maße auf internationale Zusammenarbeit und Unterstützung angewiesen.

Ohne Revolution keine Solidarität?

Allerdings haben sich nach dem Wahlsieg viele europäische Solidaritätsgruppen enttäuscht zurückgezogen. Viele begonnene Projekte können einfach aufgrund des nun fehlenden Geldes nicht fortgesetzt werden, weshalb eine Reihe von Projekten, bei denen oftmals nur noch Kleinigkeiten zur Vollendung fehlen, ungenutzt herumstehen. Sicherlich, die politische Lage im Land ist nach dem Wahlsieg der UNO gerade für uns EuropäerInnen unübersichtlicher und schwieriger geworden. Wenn jedoch zahlreiche Solidaritätsgruppen aus Enttäuschung darüber ihre Arbeit eingestellt haben, daß ihre eigene Ideologie vermeintlich gescheitert ist, so unterscheidet sich dieser Politikansatz nicht wesentlich vom Denken der spanischen und britischen Eroberer des Landes. Wenn von Solidaritätsarbeit die Rede ist, so kann es hierbei nicht um die einseitige ideologische Unterstützung einer den eigenen, europäischen Ansätzen vermeintlich entsprechenden politischen Richtung gehen. Wichtig ist angesichts der tiefgreifenden ökonomi-

schen Probleme vielmehr, zunächst überhaupt Grundlagen für eine eigenständige Wirtschaftspolitik des Landes zu schaffen. Hierfür ist unsere Unterstützung mehr denn je gefordert, zumal mit für uns relativ geringem Aufwand dort Projekte angeschoben werden können, die die Lage für die NicaraguanerInnen tatsächlich spürbar verbessern.

Das aufmerksame Verfolgen der Debatten, die in der FSLN und innerhalb des Oppositionsbündnisses über die Zukunft des Landes geführt werden, ist zur politischen Einordnung der Unterstützungsarbeit in der schwierigen Lage, in der sich das Land befindet, umso wichtiger. Denn trotz der Wahlniederlage der FSLN ist Nicaragua weit davon entfernt, wieder in die Zeiten der Diktatur zurückzufallen. Nicaragua bleibt weiterhin das einzige lateinamerikanische Land, in dem eine demokratische, fortschrittliche Massenorganisation wie die FSLN real Einfluß auf die Regierungspolitik ausüben kann. Das Interesse der Weltöffentlichkeit an Nicaragua ist in den letzten Jahren jedoch rapide gesunken, was leider auch für die Solidaritätsbewegung gilt. Jetzt kommt es darauf an, diese Situation als Herausforderung zu begreifen und mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen, und vor allem mit der Wiederaufnahme von Projekten und Partnerschaften mit Nicaragua den eigenen, einstmalig so hoch gehängten Ansprüchen von internationaler Solidarität gerecht zu werden.



Daniel Ortega, Tomás Borge u.a. Mitglieder der Nationalen Leitung der FSLN auf den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Revolution am 19. Juli 1993 in Managua.

Im folgenden Beitrag nimmt Peter von Oertzen zu einem Artikel von Oliver Brosch-Guisnet in der letzten Ausgabe der spw Stellung. Beide versuchen, die in der sozialdemokratischen Linken um sich greifende Unsicherheit über ihre Rolle in der SPD vor dem Hintergrund theoretischer Begründungen zum Verhältnis von SozialistInnen und Sozialdemokratie zu diskutieren. Peter von Oertzen bezieht sich zugleich auf eine empirische Studie von Joachim Raschke über die "innerparteiliche Opposition" in der SPD. Die Redaktion druckt das Schlußkapitel dieser Studie aus dem Jahre 1974 nach. Der Grund: Über theoretische Mutmaßungen hinaus kommt Raschke aufgrund seiner Recherchen in der Berliner SPD zu Ergebnissen bezüglich innerparteilicher Mechanismen und ihrer Beziehungen zu Staat und sozialen Bewegungen, die auch heute -20 Jahre später- in teilweise verblüffender Weise auf die SPD und ihre Linke zutreffen. Daraus ergibt sich die Frage nach strukturellen Grenzen für die Veränderungsbemühungen von SozialistInnen und Sozialisten in der SPD. Heute, in einer Zeit, in der die tradierten Formen des Parteiensystems und des linken "Politikmachens" so sehr auf dem Prüfstand stehen, kann Raschkes damalige Studie dazu anregen, sich bei dieser Prüfung nicht mit dem Austausch von Gaubenssätzen, mit diesem oder jenem Urteil über Scharping u.a. oder diesem oder jenem Teilerfolg der Linken auf diesem oder jenem Parteitag zufriedenzugeben. Wir brauchen ein tiefergehendes Verständnis von den Strukturen und Mechanismen der Sozialdemokratie und den Möglichkeiten, darin bzw. damit (linke) Politik zu machen. Die Diskussion soll in der spw fortgesetzt werden - auch über die daraus zu ziehenden Konsequenzen für die politischen Perspektiven, das Selbstverständnis und die Arbeitsweise von Parteilinken. Die spw-Redaktion

von Peter von Oertzen*
 Oliver Brosch-Guisnet hat in der letzten spw-Ausgabe eine Frage wieder aufgegriffen, die seit 1945 in regelmäßigen Abständen leidenschaftlich diskutiert (und von den unmittelbar persönlich Beteiligten stets sehr unterschiedlich

Das Kreuz Identität

beantwortet) worden ist: Was hat ein wirklicher Sozialist eigentlich (noch) in der SPD zu suchen? O.B.-G. konzentriert die Frage auf jene Strömung, der er sich selber zugehörig fühlt, die sog. "MarxistInnen in der SPD". Ich will ihm aus ganz praktischen Gründen darin weitgehend folgen. Trotzdem sollte nicht vergessen werden, daß es neben dieser speziellen Gestalt des Marxismus stets auch andere theoretisch-programmatische Formen des konsequenten Sozialismus gegeben hat, wengleich sie in Deutschland immer schwächer vertreten waren als in anderen Ländern: Anarchisten, Syndikalisten, Rätesozialisten, religiöse Sozialisten (wer kennt hierzulande z.B. schon die anarchosozialistischen Schriften des großen jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber?). Und außerdem sei ganz bescheiden am Rande vermerkt, daß es in und neben der SPD stets auch erklärte MarxistInnen gegeben hat und gibt, die der spezifischen Gruppe von und zu der

* Peter von Oertzen, Dr. phil. und Prof. a.D., ist Mitglied des SPD-Parteivorstandes und Leiter der SPD-"Parteischule", Hannover

rep mit der "Linken"

Oder:
 Ist die SPD
 "noch"
 ihre "Partei"?

O.B.-G. spricht, nicht zuzurechnen sind. Diese Bemerkung ist übrigens mehr als eine aus meiner eigenen Lebensgeschichte leicht erklärbare kleine persönliche Spitze: Die Lücken im Geschichtsbild, die selektive Wahrnehmung konkurrierender linker Strömungen und die damit zusammenhängende unzulängliche Kommunikation unter Linken sind Strukturmerkmale der sozialistischen Linken - besonders in Deutschland.

Neben dem Umstand, daß die obengenannte Frage überhaupt wieder einmal mit Deutlichkeit gestellt wird, liegt ein besonderer Wert des

Beitrages von O.B.-G. in seiner nüchternen praktischen, historisch konkreten Art der Argumentation. Hier werden nicht - wie häufig unter oder von Linken - die großen Ideen und Ideale des Sozialismus unvermittelt mit den Unvollkommenheiten der realen sozialistischen Bewegung konfrontiert, eine Konfrontation, deren Resultat fast unvermeidlicherweise entweder die Selbstgerechtigkeit des Sektierertums oder aber die resignierende Anpassung an die schlechte Wirklichkeit

ist. O.B.-G. redet von der Realität, der Realität der Gegenwart, der Realität der SPD, wie sie nun einmal ist, und der Realität der "MarxistInnen in der SPD" - die nun einmal auch so sind wie sie sind.

Das macht seine Thesen, ihre ausgesprochenen oder unausgesprochenen Implikationen und die von ihm aufgestellten Tatsachenbehauptungen überprüfbar - beweisbar oder widerlegbar. Es erlaubt uns überdies, zwischen seinem Essay und der einzigen in Deutschland existierenden wirklich umfassenden, sowohl theoretisch reflektierten als auch empirisch begründeten wissenschaftlichen Analyse unseres Problems (deren Schlußkapitel im folgenden wiederabgedruckt wird) eine sinnvolle Verbindung herzustellen. (Joachim Raschke, Innerparteiliche Opposition. Die Linke in der Berliner SPD, Hamburg 1974.)

Partei und Staat

Mit aller wünschenswerten Klarheit hat O.B.-G. die theoretisch-strategische Pointe derjenigen marxistischen Tendenz, der er sich selber zurechnet, herausgearbeitet: Die Fixierung auf die SPD, die sog. "Sozialdemokratie-Orientierung" (SdO). Weniger deutlich wird in seiner Analyse (wengleich in einigen Passagen durchaus angesprochen), daß dieser SdO eine noch tieferreichende fundamentalere Orientierung zugrundeliegt: die prinzipielle Orientierung auf eine Partei überhaupt. Voraussetzung für die strikte SdO ist natürlich, daß man/frau ganz generell in der (einer) politischen Partei den strategischen Angelpunkt und das Zentrum der sozialistischen Bewegung erblickt, wobei dann die Frage, ob

SPD oder DKP, USPD, KPD oder SAP, X, Y oder Z nur noch zweiten Ranges ist. Und hinter der generellen Partei-orientierung steht - abermals eine theoretische Schicht tiefer und häufig bis ins Unterbewußtsein abgesenkt - die grundsätzliche Orientierung auf den Staat. Das heißt der Staat wird als das zentrale Instrument der revolutionären sozialistischen Transformation betrachtet - ganz gleich ob am fernen Himmel der sozialistischen Ideen irgendwo als Endziel nicht nur die klassenlose, sondern auch die staatslose Gesellschaft schimmert.

Dieser Zusammenhang zwischen Partei- und Staatsorientierung ist systematisch und historisch unauflöslich. Die moderne politische Massenpartei - zentralistisch, hierarchisch, bürokratisch, ist auf den hierarchischen, bürokratisch organisierten modernen Staat bezogen, auf den Kampf in ihm und um ihn. Diese im präzisen Sinne "staatssozialistische" Orientierung ist die Grundcharakteristik (und ich füge hinzu: das Erbübel) aller noch so verschiedenen Schulen des Mainstream-Marxismus - von den marxistisch-leninistischen bis zu den sozialdemokratie-orientierten.

Daneben hat es freilich immer auch "libertäre", prinzipiell staatskritische Strömungen im Marxismus und vor allem natürlich im nicht-marxistischen revolutionären Sozialismus gegeben. Theorie und Praxis dieser Tendenzen kommen im geistigen Haushalt von O.B.-G. und seiner Gruppe freilich so gut wie überhaupt nicht vor (Syndikalismus und "neue Linke" werden zwar je einmal kurz erwähnt, aber nur zum Zwecke der Abgrenzung und ohne jede inhaltliche Bezugnahme.)

SPD und Sozialismus

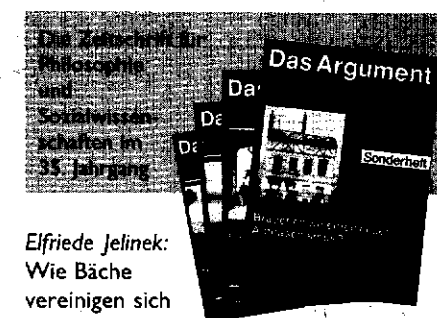
Nur aus dieser staatssozialistischen Fixierung erklärt sich die geradezu schockartige Wirkung der Einsicht, daß "die strategische Zentralität der Sozialdemokratie... relativiert werden muß", und daß der Kampf in der und um die SPD "nicht der Königsweg zum Sozialismus" ist. (Daß es einen "Königsweg" sogar nach Marx und Engels selbst überhaupt gar nicht geben kann, weil er den Erfordernissen der jeweiligen konkreten historischen materialistischen Analyse widersprechen würde, sei nur am Rande erwähnt). Obwohl die Kritik an der Parteifixierung bei O.B.-G. radikal und konkret begründet ist, wirkt diese Fixierung dennoch in den von ihm ins

Auge gefaßten praktischen politischen Konsequenzen fort. Seine Prognosen über das Schicksal der SPD sind von geradezu eschatologischer Dramatik: "Der Zerfall der SPD als Mitgliederpartei nach innen und als gesellschaftlicher Integrationsfaktor nach außen wird weitergehen", und "... ist es nicht mindestens ebenso wahrscheinlich, daß, genauso wie die mächtigen M-L-Parteien mit ihren Gesellschaftsmodellen untergegangen sind, auch die alles Linke beherrschende Sozialdemokratie alter Art mit ihrem fordistischen Staat verschwinden wird?" Und dann der pathetische Paukenschlag zum Schluß: "Wenn man/frau zu dem Schluß kommt, daß das Schiff unwiderruflich sinkt, muß es verlassen werden."

Mir scheint, daß sich in dieser geradezu alttestamentarischen Unheilsprophetie eine eher psychologische als logische Konsequenz ausdrückt: Je unkritischer man/frau die Rolle der SPD (und die Rolle der Partei überhaupt) hochgeschätzt hat, desto unkritischer fällt nun die Absage an die SPD aus - bis hin zur Aufkündigung jeglichen Gehorsams gegenüber der "Parteiräson" und zur Ausrufung von "offenem Widerstand" in der Partei. "Widerstand", so möchte ich fragen, gegen wen? Gegen die Parteiführung, gegen die Mehrheit, gegen den "Unverstand der Massen, der uns umlagert schwarz und dicht", gegen den "Verrat" am Sozialismus oder gegen wen bzw. was sonst? Und noch wichtiger: "Widerstand" wofür? Aufgrund welcher Analyse, mit welchem Ziel, mit was für einer Perspektive?

Im Schlußteil seines Essays interpretiert O.B.-G. die "Relativierung" der "Zentralität der Sozialdemokratie" dann wieder sehr nüchtern und konkret! Stichwort: "Zur Vernetzung von in der Zivilgesellschaft angesiedelten Handlungsfeldern und sozialen Kräften ohne instrumentelle Hintergedanken beizutragen." Sehr einverstanden! Aber schließen Mitgliedschaft und Mitarbeit in der SPD solche Aktivitäten aus?

Die Überzeugung, die Partei (die SPD oder irgendeine andere) sei das einzige oder zumindest das entscheidende Vehikel auf dem Weg zum Sozialismus war immer ein Irrglaube - der nun endlich durch die geschichtliche Entwicklung für (fast) jede/n offenkundig gemacht worden ist. Heißt das aber, daß eine demokratische freiheitliche rechtsstaatlich und sozialorientierte Massenpartei vom sozialistischen Standpunkt aus völlig nutzlos und uninteressant geworden ist? Könnte die Sozialde-



Elfriede Jelinek:
 Wie Bäche
 vereinigen sich
 jetzt die Reden.

Oskar Negt im Gespräch mit Wolfgang Fritz Haug: Ende der Nachkriegszeit - Ende des Antifaschismus?

Lothar Baier, Pierre Bourdieu, Reinhard Rürup: Prüfende Blicke auf die Gefahr und ihre Abwehr.

Klaus Michael Bogdal: Von Glatzen und Gaffern. Versuch über die Pädagogik der mageren Jahre.

Zygmunt Bauman: Rassismus, Antirassismus und moralischer Fortschritt.

Wolfgang Bialas: Antifaschismus in der DDR - historisch-kritische Aufräumarbeiten.

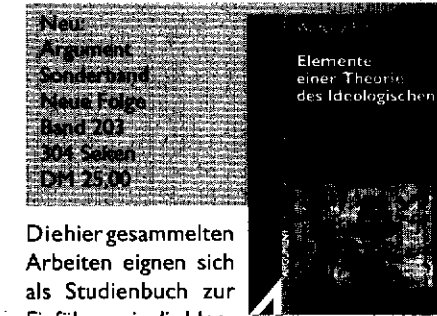
Wolfgang Kowalsky: Nicht-Antifaschismus, sondern Antirechtsextremismus?

Arno Klönne: Abschied vom Antifaschismus?

Thomas Laugstien: Das Heiber-Syndrom: Reaktionen auf eine Faschisierung der Faschismusdeutung.

Ulrich Schmid: Biologen im NS-Staat

Das Argument erscheint mit 6 Ausgaben im Jahr. Einzelpreis DM 14,-. Jahresabonnement DM 72,-



Die hier gesammelten Arbeiten eignen sich als Studienbuch zur Einführung in die Ideologie-Theorie. Ausgehend vom Begriff der "ideologischen Mächte" werden Funktionen, Praktiken und Effekte des Ideologischen durch die verschiedenen gesellschaftlichen Sphären verfolgt. Das Ideologische wird gefaßt als widersprüchliches Kampffeld und institutioneller Rahmen hegemonialer Herrschaftssicherung. Die Aufsätze untersuchen Zusammenhänge von Ideologie und Arbeitsteilung, Geschlechterverhältnisse, Subjektkonstitution, Moral, Ästhetik und Philosophie und bringen exemplarische Studien zum Antisemitismus und zum "ideologischen Klassenkampf von oben."

Argument Verlag
 Rentzelstraße 1 · 20146 Hamburg · Tel. 040 45 36 80

mokratie - von der Überfrachtung mit unrealistischen emotionalen und ideologischen Hoffnungen befreit - neben anderen gesellschaftlichen Kräften und Strömungen nicht durchaus eine auch für Sozialisten positive Rolle spielen? Sind die Verteidigung und der Ausbau eines friedliebenden demokratischen und sozialen Rechtsstaates nicht sinnvolle Ziele politischer Arbeit, auch wenn sie (noch) nicht direkt auf den Sozialismus hinweisen? Reformpolitik führt ganz gewiß nicht geradezu zum Sozialismus (was auch immer wir konkret darunter verstehen), aber ohne Reformpolitik führt auch kein Weg dorthin! Die Unfähigkeit, notwendige Bedingung und zureichenden Grund auseinanderzuhalten, ist übrigens eine der intellektuellen Hauptschwächen der sozialistischen Linken.

Partei und Bewegung

Im übrigen ist das hier angedeutete Konzept in gar keiner Weise besonders neu oder originell. Nach Godesberg 1959 habe ich meinen linken GenossInnen vorgeschlagen, man solle der SPD nicht vorwerfen, daß sie keine "sozialistische Partei" sei (damals wie heute für mich ein hölzernes Eisen), sondern daß sie ihr eigenes reformistisches Programm nicht ernst genug nähme. Und am Schluß des Grundsatzteils im - wie mir scheint zu unrecht vergessenen - "Orientierungsrahmen" des Jahres 1975 steht der Satz: "Gesellschaftliche Selbstbestimmung (als Kurzformel für Sozialismus zu lesen) läßt sich... ohne aktive Anteilnahme und Selbstverantwortung der Menschen nicht verwirklichen. Die Politik des demokratischen Sozialismus ist durch staatliche Maßnahmen und durch die Partei allein nicht durchzusetzen. Sie bedarf einer breiten Bewegung in der gesamten Gesellschaft."

Aber in dieser Bewegung ist eine Partei - oder ein Bündnis von Parteien - natürlich unverzichtbar. Nicht als "Avantgarde", nicht als Hüter "ewiger Wahrheiten" und schon gar nicht als Manipulator im Hintergrund, sondern sichtlich und einfach als politische Organisation für den politischen Teil des gesellschaftlichen Machtkampfes - neben dem ökonomischen, dem sozialen und dem kulturellen. Mag sein, daß die SPD unterdessen auch zur Erfüllung dieser bescheideneren Aufgabe nicht mehr fähig ist. Aber das muß kritisch geprüft und konkret diskutiert werden. Es einfach zu unterstellen, bloß weil die SPD prinzipiell unfähig und daher verständlicherweise auch unwillig ist,

"den Sozialismus zu verwirklichen", wäre nackter ideologischer Dogmatismus.

(Un)Veränderbarkeit der SPD

In dem Kontext dieser Diskussion ist die Studie Raschkes nicht nur in Deutschland konkurrenzlos, sondern auch noch immer von aktuellem Interesse. Raschke geht - historisch, wie mir scheint zurecht - davon aus, daß die von ihm untersuchte Berliner SPD-Linke sich als sozialistisch verstanden und versucht hat, durch Demokratisierung und programmatische Umorientierung die SPD zu einer "systemüberwindenden sozialistischen Politik" zu befähigen (295). In dem hier abgedruckten Abschnitt seines Buches formulierte Raschke die theoretischen Erfordernisse einer solchen Politik: die "dialektische Einheit von Basismobilisierung, offensiver innerparteilicher Strategie und offensivem Hineintragen der Interessen der Basis in den Staatsapparat" (301-302). Seine Studie schließt mit dem behutsamen Zweifel daran, daß "die SPD dafür ein geeignetes organisatorisches Instrument ist" und verweist in erfreulicher wissenschaftlicher Bescheidenheit auf das Erfordernis weiterer empirischer und theoretischer Studien. Die Gesamtheit seiner materialreichen, detaillierten und scharfsinnigen Analysen zeigt jedoch m. E. unwiderlegbar, daß das Konzept der Linken, die SPD in eine "sozialistische Partei" zu verwandeln und unter ihrer Führung den "Weg zum Sozialismus" zu beschreiten, aus objektiven Gründen scheitern mußte.

Allerdings diskutiert Raschke in seinem Buch nicht das Konzept einer breiten in der gesamten Gesellschaft wirksamen "sozialistischen Bewegung", die nicht ausschließlich oder überwiegend von einer Partei oder gar einem Parteiflügel organisiert und geführt wird. (Da die Berliner Parteilinken in ihrer Fixierung auf die SPD solchen Überlegungen relativ fern waren, gehörte eine derartige Diskussion freilich auch nicht zu Raschkes Thema.) So wie Raschke die Grundlagen einer sozialistischen "Bewegung" definiert - Massenmobilisierung, Hineintragen der Unterklassen-Interessen in Verbände, Parteien und Staatsapparat, mittel- und langfristige Bewußtseinsbildung in allen Sektoren der Gesellschaft, Erziehung und Selbsterziehung zur Autonomie durch Demokratisierung aller herrschaftsrelevanten sozialen Strukturen -

kann eine solche Bewegung unter keinen Umständen von der Kommandobrücke einer Partei geleitet werden; ja sie kann im Grunde überhaupt nicht "geleitet" werden. Nur eine netzförmige, kooperative und plurale Kommunikations- und Organisationsstruktur wäre ihr angemessen. Leider können Raschkes Gedankengänge hier nicht einmal auszugsweise - geschweige denn in ihren teilweise faszinierenden theoretischen und empirischen Details - wiedergegeben werden. (Es wäre höchst verdienstlich, wenn dieser Text wenigstens in seinen grundsätzlichen Passagen neu herausgegeben und in die Diskussion eingeführt werden könnte - vielleicht mit einer aktualisierenden und weiterführenden Einleitung.) Das Kernproblem der Berliner Parteilinken - und zugleich aller Sozialisten, die auf die SPD oder irgendeine andere Partei fixiert sind - formulierte Raschke mit äußerster Klarheit: "Wie läßt sich eine systemüberwindende sozialistische Politik mit einer Organisation realisieren, die in ihren beherrschenden Strukturen und Funktionen systemkonform ist?" (295) Und da jede Partei als Partei notwendigerweise - und dafür liefert Raschke Belege in erdrückender Fülle - systemkonform ist, lautet die Antwort schließlich: Überhaupt nicht! Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma schien für einen kurzen geschichtlichen Augenblick die bolschewistische Kaderpartei zu sein, die - abgehoben von der Gesellschaft organisiert - in der Krise überfallartig die Macht ergreift. Freilich ist das Resultat dieser pervertierten "Revolution" nicht der Sozialismus, sondern der Stalinismus gewesen. Und fand die "Revolution" nicht statt, wie in Frankreich oder Italien, erstarrten diese Parteien zu sektenähnlichen Gebilden oder verwandelten sich in Sozialdemokratien. Jedenfalls ist heute sowohl der marxistisch-leninistische, als auch der klassische sozialdemokratische "Weg zum Sozialismus" historisch erledigt.

Soziale Bündnisse

Ungeachtet aller gar nicht zu überschätzender Verdienste der Raschkeschen Studie muß auf einige zentrale Schwächen hingewiesen werden. Obwohl Raschke auch 1973/74 kein Mainstream-Marxist war und sein Standort wohl eher in der Nähe der "Neuen Linken" bzw. des "Sozialistischen Büros" vermutet werden darf, enthält sein theoretischer Ansatz doch in zweierlei Hinsicht Elemente eines marxistischen Traditionalismus, die Raschke wohl selber heute nicht mehr verteidigen würde.

Das eine ist eine undialektische dogmatische Entgegensetzung von "Sozialismus und Sozialreformismus" (259, 271, andeutungsweise auch 297). Da waren die Jusos in der Nachfolge von André Gorz mit ihrem Konzept anti-kapitalistischer Strukturreformen in den 70er Jahren theoretisch schon weiter.

Das andere traditionalistische Element ist die Neigung, alleine in der Arbeiterschaft im engeren Sinne das soziale Subjekt der sozialistischen Bewegung zu erblicken und jede Orientierung auf andere Fraktionen der "Arbeiterklasse" (Angestellte z.B.) als Abschwächung des systemverändernden Anspruchs zu interpretieren (13-30). Dieses theoretische Konzept war immer falsch, schon bei Marx und Engels. (Vgl. von Oertzen, Karl Marx, in: W. Euchner, Klassiker des Sozialismus, München 1991, Bd. 1, 139 - 156, bes. 144 - 146, 151 - 153.) Angesichts der dramatischen Umstrukturierung des "Gesellschaftlichen Gesamtarbeiters" in den letzten 30 Jahren des Kapitalismus ist es vollends absurd geworden, sich ein "revolutionäres Subjekt" oder weniger dogmatisch: eine gesellschaftsverändernde Bewegung anders vorzustellen, denn als netzartig verflochtenes demokratisch-pluralistisch (selbst-)organisiertes Bündnis aller Menschen - Männer und Frauen -, die gesellschaftlich nützliche produktive Arbeit leisten und die als Freie und Gleiche in Frieden miteinander ein sinnvolles Leben führen wollen. In dieser Bewegung sind Arbeiter und traditionelle Gewerkschafter wichtig und unverzichtbar; aber sie sind schon

lange nicht mehr die einzigen, die an der Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft interessiert sind - oder sein könnten.

Sozialisten in der SPD

Und damit bin ich wieder bei O.B.G., seiner emphatischen (wenn auch negativen) und meiner eher nüchtern-skeptischen positiveren Haltung zu Parteien überhaupt und zur SPD im besonderen. Ich vermute, daß er sich und mich fragen wird: Wo bleibt denn nun der Sozialismus und was tun Sozialisten in der SPD - außer daß sie versuchen "der entscheidendste, immer weiter treibende Teil" der Partei zu sein?

Ich habe kein fertiges Programm und schon gar keine Patentrezepte! Aber es gibt einige konkrete Aufgaben, die offensichtlich gelöst werden müßten und die auch unter Einbeziehung weiterer Arbeit mit und in der SPD gelöst werden könnten. Z.B.

- die unterschiedenen Sozialisten innerhalb der sog. "Parteilinken" zu sammeln, ohne in einen sektiererischen Abgrenzungs- und Überlegenheitswahn zu verfallen;
- die theoretischen und programmatischen Traditionen des authentischen Sozialismus - nicht nur des Marxismus übrigens - zu sichten, zu klären, zu bewahren und weiterzuentwickeln;
- in der tagespolitischen Diskussion und anhand konkreter Reformprojekte der Sozialdemokratie (aber auch der Grü-

nen) die prinzipiellen Kernprobleme herauszuarbeiten und dafür zu kämpfen, daß die Diskussion nicht abgebrochen wird, wenn es ans Eingemachte des Kapitalismus geht;

- wissenschaftliche Forschungs- und Diskussionszusammenhänge zu pflegen und die gewonnenen Erkenntnisse in systematischer Bildungsarbeit zu verbreiten;
- Kommunikation und Kooperation mit linken sozialistischen Gruppen und Einzelpersonen über die Grenzen der Parteiorganisation hinaus zu entwickeln, in anderen Parteien, in den Gewerkschaften, in den sog. "Neuen Sozialen Bewegungen" - wobei es nicht auf die Selbstbezeichnung "Sozialist" ankommt, sondern auf die Sache gesellschaftsverändernden Denkens und Handelns!

Allen solchen Aktivitäten steht Mitarbeit in der SPD in gar keiner Weise im Wege - eher im Gegenteil, sie kann sie fördern. Im übrigen ist unsere alte Partei unterdessen ein so liberales, beinahe anarchistisches Gebilde geworden, daß eine autoritäre Disziplinierung kaum mehr zu erwarten ist. Vorausgesetzt natürlich: Wir zahlen satzungsmäßige Beiträge, erledigen unsere Parteipflichten korrekt, kleiden unsere gegebenenfalls nötige innerparteiliche Kritik in die zivilisierten Formen sachlicher Argumentation und üben die erforderliche innerparteiliche Opposition nach demokratischen Gepflogenheiten und im Rahmen unseres wahrhaft großzügigen Organisationsstatus aus.

Die Blätter für deutsche und internationale Politik sind die politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift im deutschen Sprachraum

Lesen - Abonnieren - Weiterempfehlen

Blätter für deutsche und internationale Politik
 Karl D. Brodhauer
 Standortprobleme
 Matthias Marby Paul Schäfer
 Militärische Dimensionen der neuen deutschen Außenpolitik
 Ingo Arend
 SPD: Der dialektische Charme des Subalternen
 Claude Brunner
 Standort, Ziel und Funktion der Leistungsmittelreduktion
 Renate Stamer
 Rufende neue Fernpolitik
 Luc Hoffmann
 Der verschobene Nationalismus
 10'93

Blätter für deutsche und internationale Politik
 Franz Assenberger
 Blaustrich - Hoffnung und Absdruck der Vertriebenen Helfen
 Jan Kuhnert
 Bürger der Nation
 Sozialisierung durch wissenschaftliche Politikberatung
 Bernd Weisbrod
 Die Wiederkehr der Klassen
 Micha Brumlik
 Dürfen Deutsche Plötzlich sein?
 Walter Zorn
 Vergangenheit verpasst
 Über die Wiederherstellung nationaler Gebiete
 Standortprobleme
 11'93

An die Blätter Verlagsgesellschaft
 Bertha-von-Suttner-Platz 6, 53111 Bonn
 Telefon 0228/650133, Telefax 0228/650251

- Ich bestelle
- Heft 10'93 zum Preis von DM 12,00 (plus Porto)
 - Heft 11'93 zum Preis von DM 12,00 (plus Porto)
 - Ich abonniere zum Preis von 97,80 DM (incl. Versand)
 - Verrechnungsscheck anbei gegen Rechnung
 - Ich möchte ein älteres Heft kostenlos zum Probieren.

Name, Vorname: _____
 Straße: _____
 PLZ, Ort: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen bei der Blätter Verlagsgesellschaft, Bertha-von-Suttner-Platz 6, 53111 Bonn widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift: _____

Zur Veränderungschance der SPD-Linken

von Joachim Raschke*

Das in Kapitel 1 beschriebene Widerspruchspotential der SPD gilt auch für den Berliner Landesverband der SPD. D.h., daß aufgrund der Widersprüche die strukturelle Möglichkeit zu einer permanenten i.O. (innerparteiliche Opposition) gegeben ist. D.h. aber auch, daß die Parteilinke nicht in einer Form den zur Aufhebung des Widerspruchs treibenden Teil darstellt, sondern daß sie in sich die Widersprüche der Gesamtpartei aufnimmt, dadurch ihre eigene Politik widersprüchlich und ihre Veränderungschance von vorneherein begrenzt wird:

- Die Funktionäre der Parteilinken setzen sich in starkem Maße aus a) durch Qualifikation, Einkommen etc. privilegierten Teilen der Lohnabhängigen, b) Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zusammen. Ihre sozialstrukturelle Zusammensetzung steht im Widerspruch zu der ihrer Anhänger innerhalb und vor allem außerhalb der Partei, sie unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der Parteirechten. Darin liegt die Gefahr, daß sich die individuellen Status- und Aufstiegsinteressen im (prinzipiell gegebenen) Konfliktfall gegenüber den sozialistischen Zielen durchsetzen bzw. diese deformieren. Beides war in der Berliner SPD-Linken deutlich erkennbar: das große Gewicht der Aufstiegsinteressen in einer Partei des öffentlichen Dienstes und die "Mäßigung" der politischen Zielsetzung. Der sozialstrukturelle Faktor schlägt durch bei der ungleichen Verteilung z.B. von Status, Skills, ideell-politischer Sensitivität und Kommunikationsgewohnheiten, die die Funktionäre und Führer insgesamt (Mehrheit und Minderheit) privilegieren gegenüber der Masse der Mitglieder und vor allem der Wähler.
- Die idealistische politische Zielsetzung auch der Parteilinken findet ihren Ausdruck u.a. in ihrer Teilhabe an den starken kultursozialistischen Tendenzen der Gesamtpartei,

- ihrer Betonung des Reproduktionsbereichs gegenüber dem Produktionsbereich,
- ihrem Defizit an Gesellschaftsanalyse, ihrer Vernachlässigung der Durchsetzungsproblematik (Strategieproblem) gegenüber der programmatischen Zielsetzung (im Sinne eines Aufschreibens des Wünschenswerten).

Diejenigen Parteilinken, die den innerparteilichen Selektionsprozeß durchgestanden haben, durch den man an wichtigere Positionen im Staatsapparat gelangt, modifizieren dort zwar die Politik der SPD durch den einen oder anderen Akzent, können aber - bei gegebenen Voraussetzungen - deren Grundcharakter nicht ändern, der in der Unterordnung unter das Kapitalinteresse in wesentlichen Fragen besteht. Sie verfehlen die Interessen der Lohnabhängigen zwar weniger als die Rechten dem Anspruch nach, in ähnlicher Weise wie sie aber beim praktischen Vollzug von Politik.

- Auch im Widerspruch zwischen den legitimatorischen Ansprüchen und der faktischen Politik bzw. Systemfunktion der Partei ist die Parteilinke nicht die Kraft, die konsequent a) die legitimatorischen Ansprüche erhöht und b) die aufgebauten Barrieren gegen eine Durchsetzung dieser Ansprüche im administrativen Steuerungsbereich bekämpft, d.h. den Widerspruch zwischen legitimatorischen Ansprüchen und realer Politik systematisch ins Zentrum des Staatsapparats hineinträgt und damit dessen Labilität erhöht. U. a. im Interesse der eigenen innerparteilichen Absicherung neigt die i.O. dazu, die von ihr gesehene Widersprüche nicht durch kontinuierliche offensive Politik ins allgemeine Bewußtsein zu heben. Auch die aus der Parteilinken rekrutierten "Staatsvertreter" reduzieren tendenziell die Kommunikation zu ihrer innerparteilichen Richtungsgruppe und vermindern deren Kontrollmöglichkeit ihnen gegenüber.

Bedeutet diese innere Widersprüchlichkeit, daß die Parteilinken sich gewissermaßen selbst im Wege stehen?

Da die Widersprüche theoretisch auf verschiedene Weise aufgehoben werden könnten, muß man die Veränderungschance der Parteilinken an ihrem eigenen Anspruch messen, die SPD zu einer sozialistischen Partei zu machen und selbst bereits Träger einer solchen Konzeption zu sein. Dazu gehören als strategische Elemente:

- Massenmobilisierung mit den aufeinanderbezogenen Zielen der Verbreiterung der Machtbasis und der Bewußtseinsbildung,
- eine innerparteiliche Strategie, die die Beziehung zwischen den Zielen der innerparteilichen Machterweiterung und der Bewußtseinsbildung nicht auflösen kann, wenn die Parteilinke nicht zu einer opportunistischen Clique mit Personalinteressen oder zu einer sektiererischen Fraktion herabsinken will,
- das Hineintragen der gesamtgesellschaftlichen und innerparteilichen Konflikte in den Staatsapparat mit dem Versuch, die Legitimität sozialdemokratischer Politik aus ihrer Instrumentierung als Mittel der Loyalitätssicherung zu befreien und zum tatsächlich handlungsleitenden Programm der Parteivertreter im Staatsapparat zu machen, und die Politik im Staatsapparat durch verstärkten Kommunikationsfluß und Kontrolle (imperatives Mandat etc.) dem Willen der Basis zu unterwerfen.

Unter dem Anspruch, daß der Sozialismus "von unten", d. h. nicht primär durch Partei- und Staatsapparat erkämpft und getragen werden soll, besteht zwischen diesen drei strategischen Elementen ein unlösbarer Zusammenhang.

Im folgenden sollen anhand dieser drei Kriterien vor allem solche Gesichtspunkte der vorangegangenen Analyse noch einmal aufgegriffen werden, die strukturelle Probleme der Linken in der SPD bezeichnen. Wenn dies in generalisierender Form geschieht, so unter der Annahme, daß es sich nicht um spezifische Probleme der Linken in der Berliner SPD handelt, sondern um allgemeine Probleme der SPD-Linken.

Dabei werden, um die Probleme der SPD-Linken zu akzentuieren, überwiegend kritische Aspekte zusammengefaßt (und für die i.O. günstige Faktoren vernachlässigt), weil sich an ihrem Ausmaß und ihrer Qualität entscheidet, ob und wie weit die SPD-Linke eine reale Veränderungschance hat.

Das theoretisch größte Problem der Parteilinken ist zugleich auch ihr größtes praktisches Problem: Wie läßt sich eine systemüberwindende sozialistische Politik mit einer Organisation realisieren, die in ihren beherrschenden Strukturen und Funktionen systemkonform ist? *Verändert sich die Parteiorganisation dadurch, daß die sozialistische Idee an Boden gewinnt, oder verändert die Parteiorganisation die sozialistische Idee und ihre Träger?* Die wesentlichen Schwierigkeiten der Parteilinken resultieren nicht aus den an sich schon schwierigen theoretischen Problemen der Entfaltung einer sozialistischen Strategie, sondern aus den außerordentlichen theoretischen und praktischen Problemen, die sich bei der Aufgabe stellen, eine strukturverändernde Konzeption mit einer strukturerhaltenden Organisation zu vermitteln.

1. Massenmobilisierung

Gesichtspunkte der Massenmobilisierung haben vom Anspruch her einen relativ hohen, von der Praxis her dagegen einen geringen Stellenwert für die Parteilinken. Dabei bestehen Unterschiede zwischen a) der "alten" und "mittleren" Generation der Linken, bei

Gesichtspunkte der Massenmobilisierung haben vom Anspruch her einen relativ hohen, von der Praxis her dagegen einen geringen Stellenwert für die Parteilinken.

denen deklamatorische Forderungen nach Basisarbeit fast ohne jede praktische Konsequenz blieben und b) der "jungen" Linken, die im Konzept der Doppelstrategie zwar die Notwendigkeit von Basismobilisierung stark betont, in ihrer Praxis aber entscheidend hinter ihren

theoretischen Ansprüchen zurückbleibt und sich faktisch ähnlich verhält wie die Alt-Linke. Es gibt verschiedene Gründe, warum die Basismobilisierung nicht vorankommt, auch wenn man sie für wichtig hält:

- Der restriktive Öffentlichkeitsbegriff und organisatorisch aufgerichtete Schranken, die eine Vermittlung kritischer parteiinterner und parteiexterner Öffentlichkeit verhindern sollen.
- Die Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber sozialistischen und kommunistischen Gruppen erschweren einerseits eine sich in gemeinsamer praktischer Aktion entfaltende Solidarität der progressiven Gruppen und prägen andererseits - auf die Dauer - das Denken der Parteilinken im Sinne einer internalisierten Abgrenzung.

- Die Abriegelung der Parteilinken von der kritischen Öffentlichkeit ist für die Parteiführung ein entscheidender Punkt, da Gewicht bzw. Dynamik der i.O. wesentlich durch die Stärke bzw. Dynamik der außerparteilichen Basis bestimmt wird. Die gesamtgesellschaftlich relevante Basis der Lohnabhängigen in den Betrieben steht in organisierter Form (und soweit überhaupt) unter dem Einfluß der Parteirechten. Betriebsgruppen, in ihrer primären Funktion als Transmissionsriemen für die Propaganda der Parteiführung in die Betriebe und die Gewerkschaften, als stabile Stützen der SPD-Führung, gaben der Parteilinken in den 50er und 60er Jahren noch nicht einmal die Chance, Widersprüche zu aktualisieren bzw. Konflikte in diese Organisationen hineinzutragen. Aufgrund der sich verschärfenden Widersprüche und der Unfähigkeit der SPD, in der Regierung wesentliche gewerkschaftliche Forderungen zu realisieren, verbessern sich objektiv die Chancen der Parteilinken innerhalb der Betriebsgruppen und der Gewerkschaften. Dabei kommt die Parteilinke heute in das Dilemma, sich entweder - radikal-demokratischen Ansätzen folgend - mit der sich in spontanen Streiks entfaltenden Basis der Lohnabhängigen zu solidarisieren und damit die kritischer gewordenene Gewerkschaftsführung wieder auf die Seite der rechten SPD zu drängen oder aber den Gewerkschaftsapparat zu stützen (um so die soziale Basis der SPD-Führung zumindest zu neutralisieren), damit aber in Gegensatz zu den basisdemokratischen Bestrebungen zu geraten.

- Ein Großteil vor allem der mittleren und höheren Funktionäre arbeitet im öffentlichen Dienst. Aus ihrer Arbeits-

und Lebensperspektive erscheint der privatwirtschaftliche Bereich als peripher. Es fehlt die Schulung für die Betriebsarbeit und der Zugang zu den Betrieben. Von der eigenen beruflichen Tätigkeit her ist das Interesse sowieso stärker auf die politischen Institutionen gerichtet. So bleiben allenfalls Bürgerinitiativen im Reproduktionsbereich, die aber für sich die Massenmobilisierung nicht tragen können, sondern - in ihrer politisch-organisatorischen Perspektive - ihre objektiven Funktionen eher haben als Mittel der Mitglieder- und Wählerrekrutierung, als Frühwarnsystem und als instrumentalisierbare Basishilfe für die mit der Verwaltung des Mangels befaßten Genossen in der Kommunalverwaltung.

- Konsequente Massenmobilisierung heißt, den Konflikt mit der Partei zu verschärfen, weil deren Fähigkeit, die

Die Annäherung bzw. Anpassung an die Mehrheitslinie verspricht dem einzelnen häufig Belohnungen. Das verstärkt sich durch den hohen Anteil von Funktionären aus dem öffentlichen Dienst...

Bedürfnisse politisierter Massen zu befriedigen, aus strukturellen Gründen begrenzt ist. Aber auch der Konflikthaushalt der Partei ist sehr begrenzt. Um nur einen Grund zu nennen: Seien es die innerparteilichen Wahlen oder die Parlamentswahlen der verschiedenen Ebenen - die Partei befindet sich fast immer in Vorbereitung auf Wahlen. Für innerparteiliche und Parlamentswahlen gilt aber prinzipiell in gleicher Weise, daß unpolitische, inaktive, unentschiedene Wähler, wenn überhaupt, dann durch (in Zahl und Inhalt) begrenzte Konflikte belastet werden sollen. Die Parteilinke hält sich weitgehend an diese Regel.

2. Parteiorganisation

Zunächst muß hier von den Schwierigkeiten gesprochen werden, die die Parteilinke mit sich selbst hat. Die

Parteilinke ist - in West-Berlin ebenso wie in der BRD - in sich politisch heterogen, was ihre Möglichkeiten zur offensiven Strategie einschränkt. Auch das hat - neben anderen - wichtige Gründe, die daraus resultieren, daß die Linke in der SPD arbeitet:

- Im Gegensatz zu einer Partei mit sozialistischem Konsens, in der es "nur" noch um den richtigen Weg zum Sozialismus geht, steht in der SPD das Konzept bloßer sozialer Reformen in einem grundsätzlichen Gegensatz zum sozialistischen Konzept. Daraus resultieren für den einzelnen prinzipiell und vor allem im Konfliktfall erheblich erweiterte Wahlmöglichkeiten, schärfer: Die Annäherung bzw. Anpassung an die Mehrheitslinie verspricht dem einzelnen häufig Belohnungen. Das verstärkt sich durch den hohen Anteil von Funktionären aus dem öffentlichen Dienst, für die das Engagement auf der jeweils richtigen Seite der Partei einen extrafunktionalen Beförderungshebel darstellt.

- Die Heterogenität wird auch gestützt durch das große Bewußtseins- bzw. Informationsgefälle innerhalb der Linken. Das liegt nicht nur an den geringen Möglichkeiten, sich in den Parteipublikationen zu artikulieren, und am Fehlen eines eigenen theoretischen Publikationsorgans. Da die Partei als Ganze nur ein unzureichendes Qualifizierungsprogramm erfüllt (dessen Inhalte für die Linke völlig ungenügend sind), die Parteilinke aber - von wenigen Ansätzen bei den Jungsozialisten abgesehen - eine separate Schulung nicht realisieren darf bzw. ihr dazu Geld und Zeit fehlen, besteht vielfach ein großes Gefälle sowohl zwischen führenden Funktionären und den Parteilinken insgesamt als auch zwischen den Linken verschiedener Organisationsteile. Aus den gleichen Gründen ist es schwer, die je spezifischen, lokalen und regionalen Erfahrungen der Linken in ausreichendem Maße zum Gegenstand gemeinsamer Reflexionen zu machen, mit dem Versuch, zu konzeptionellen Vereinheitlichungen zu kommen.

Es ist aber nicht nur ihre eigene Heterogenität, die die Parteilinke behindert. Auch andere, in der Partiestruktur liegende Faktoren hemmen ihre Entfaltung:

- Die vielfachen, in die Partei eingebauten repressiven Mechanismen, die die linke Opposition einerseits durch Mehrheitsentscheidungen, andererseits durch das Non-decision-making unter-

drücken, wobei vor allem die jeweilige Intensität innerparteilicher Repression stark durch parteiexterne Faktoren bestimmt wird. Repressiv sind die direkten Interventionen von Vorständen gegen Gruppierungen auf niedrigeren Organisationsebenen, die Abgrenzungsbeschlüsse, die Disziplinarmaßnahmen, der Einsatz des Solidaritätsappells als Disziplinierungsmittel, die in die formale Organisationsstruktur eingebauten Filtermechanismen (Mehrheitswahlrecht etc.), die Aktivitäten des bürokratischen Apparats, die Verweigerung oder der Vorbehalt einer Anerkennung der Legitimität linker Opposition und viele andere der in dieser Arbeit beschriebenen Mechanismen. Insgesamt ist der Umfang dieser repressiven Mechanismen groß, so daß der von der Opposition dagegen

... integrierend wirkt der Faktor "Zeit". Je länger man Oppositioneller ist, desto mehr wächst die Identifikation mit der Gesamtpartei.

geleistete Widerstand viel Zeit und Kraft kostet. Allein dadurch wird die i.O. zu einem guten Teil - gesamtgesellschaftlich gesehen - neutralisiert, zumal viele dieser Auseinandersetzungen aufgrund des restriktiven Öffentlichkeitsbegriffs der Partei die Öffentlichkeit nicht oder aber in einer Form erreichen, in der sie nicht politisierend wirken können.

- Selbst bei scharfer Repression und zumal bei langer Dauer partei-interner Oppositionsstellung sind Integrationstendenzen bei den Parteilinken unverkennbar. Sie werden dadurch stark gefördert, daß die Funktionäre der Opposition in hohem Maße aus den privilegierten Teilen der Lohnabhängigen bzw. aus dem öffentlichen Dienst kommen, und von daher stark anfällig sind für direkte oder indirekte Aufstiegsangebote. Dies gilt besonders, wenn der Staatsapparat in einem gewissen Maße dezentralisiert ist, so daß er eine eigene Personalpolitik der i.O. in Teilen der unteren Gliederung erlaubt. Die parteiinterne Koalitions-politik hat, wenn nicht als eines ihrer tatsächlichen Ziele, so doch als eine ihrer Auswirkungen die Beschaffung von Ämtern im Partei- und im Staatsapparat

für Oppositionelle zum Gegenstand. Bei ausbleibendem Druck bzw. Kontrolle von seiten der inner- und außenparteilichen Basis besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, daß sich die Perspektive der Gremienvertreter von der ihrer Bezugsgruppe löst, daß sie integriert werden. Die intensive informelle Kommunikation in den vielen Teilgruppen, in die die Parteilinke sich gliedert, verschafft soziale und emotionelle Befriedigung innerhalb der Organisation, die - bei nicht offensiver Strategie - Klärung und Einwirkung auf die Gesellschaft lähmen. Auch die gemeinsamen Anstrengungen der Rechten und Linken bei Parlamentswahlen scheinen ein wirksamer Integrationsfaktor zu sein, ebenso wie der über den Gruppierungen stehende Parteiführer. Verstärkend in bezug auf die genannten Faktoren und eigenständig integrierend wirkt der Faktor "Zeit". Je länger man Oppositioneller ist, desto mehr wächst die Identifikation mit der Gesamtpartei. Im Falle der Linken in der Berliner SPD trat alle 6-8 Jahre eine neue Generation "junger" Linker gegen die jeweils etablierte Parteilinke mit der Kritik an, diese habe sich in die Partei integriert.

- Die Parteilinke wird, auch wo sie es nicht will oder weiß, von den in der Partei herrschenden Strukturen und Orientierungen geprägt. Z. B. in der Oligarchisierung ihrer informellen Organisation, in der Konkurrenzhaltung zwischen Parteilinken, in der Geringschätzung von Theorie, in der Wahlorientierung und im Problemhorizont.

- Die Parteilinke leidet permanent unter einem Defizit an qualifizierten Funktionären, an Finanzen und an Zeit bei hoher Komplexität der selbstgestellten Aufgabe. Zu leisten wäre mindestens: Basismobilisierung, Veränderung der Partei, Transmission des progressiven Willens von Partei- und Bevölkerungsbasis in den Staatsapparat - Aufgaben, die zwar objektiv dialektisch aufeinander bezogen sind, die aber angesichts des permanenten Defizits an Mitteln auseinandergerissen werden bzw. nur in relativ rigider Arbeitsteilung wahrgenommen werden können (Partei/Staatsapparat) bzw. grundsätzlich vernachlässigt werden (Basismobilisierung).

3. Staatsapparat

Die These, daß die innerparteilichen Konflikte bei ihrer Übersetzung in den Staatsapparat entscheidend gemildert

werden, hat sich bestätigt. Bemüht die i.O. als Ganze sich, die Parteivertreter im Staatsapparat an das Legitimationssystem anzubinden bzw. die Verselbständigung des Staatsapparats gegenüber der Partei zu reduzieren, so sind ihre Vertreter, wenn sie den Sprung in den Staatsapparat schaffen, unter den gegebenen Bedingungen der ausbleibenden Basismobilisierung und der nicht-offensiven innerparteilichen Strategie den dort verstärkten Repressions- und Integrationsmöglichkeiten relativ ohnmächtig ausgesetzt. Das führt erst gar nicht zur Auslotung der Chancen politisierender Konfliktpolitik, sondern von vornherein zur Strategie der Konfliktvermeidung, um wenigstens einige kleine (meßbare) Erfolge zu erzielen, die aber nicht mit der sozialistischen Perspektive vermittelt sind. Das "Versickern" der i.O. im Staatsapparat ist nur z. T. auf einen Mangel an Konfliktpolitik zurückzuführen, mehr noch drückt sich darin die generelle Verselbständigung des Staatsapparates gegenüber den Parteien aus.

Nach dieser Betonung struktureller Hemmnisse für die i.O. muß an die *prinzipielle Möglichkeit* für die Parteilinke, in der SPD zu arbeiten erinnert werden. Das ergibt sich einerseits aus dem Widerspruchspotential der Partei andererseits aus ihrer Akzeptierung (formal-) demokratischer Normen, wonach oppositionelle Gruppenbildung nicht prinzipiell unterdrückt werden kann. Unter diesen Bedingungen ist es für die Parteiführung bzw. -mehrheit sogar außerordentlich schwierig, wenn nicht unmöglich (und mit Wählerverlusten verbunden), die Oppositionellen gegen deren Willen und insgesamt aus der Partei zu drängen.

Auf der anderen Seite ist aber eine prinzipielle Legitimität parteiinterner Oppositionsbildung nicht möglich. Wo vorübergehend eine Legitimität sozialistischer Opposition sichtbar wird, steht sie vor allem unter zwei entscheidenden inhaltlichen Vorbehalten: daß die Linke nur eine marginale und subsidiäre Massenmobilisierung betreibt, und daß sie die restriktiven Bedingungen der Arbeit im Staatsapparat nicht grundsätzlich und konsequent in Frage stellt bzw. bekämpft. Anders gesagt: Die i.O. wird toleriert, soweit sie *faktisch* Grundbedingungen des Systems akzeptiert - die passive, formal-demokratische Konsumentenhaltung der Bürger und die staatliche, primär an Krisenvermeidung

orientierte Steuerungstätigkeit. Akzeptiert die i.O. *insgesamt* diese Rahmenbedingungen, dann kann sie auch innerparteilich auf partielle Legitimität und Beteiligung rechnen. Unter diesen Bedingungen ist sie nämlich in hohem

... ist es notwendig, das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag der sozialistischen Bemühungen innerhalb der SPD beständig kritisch zu überprüfen.

Maße funktional für die von der Rechten beherrschten Gesamtpartei. Dann dominieren ihre stabilisierenden Funktionen wie: Stimmengewinn bei Wählergruppen, die von der Parteirechten nicht mehr erreicht werden; Integration progressiver Randgruppen über die Partei in das gegebene System; Analyse zentraler gesellschaftlicher Widersprüche und Erarbeitung von Lösungsvorschlägen, von denen die Parteirechte sich die Teile aneignet, die für ihr Überleben - bei Fortbestehen der Widersprüche - erforderlich sind; Verschleierung des grundlegenden Gegensatzes zwischen sozialistischen Positionen und solchen der sozialen Demokratie. Unter diesen Bedingungen bedeutet dann auch die durch die i.O. ermöglichte Ausweitung der Partizipation - formal - zwar eine erweiterte, aber prinzipiell nach wie vor an privilegierte Funktionen gebundene Partizipation, die den von der Mehrheit definierten Konsens nicht prinzipiell überschreitet (integrative Partizipation). Unter diesen Bedingungen sind zwar die subversiven Funktionen i.O. nicht aufgehoben, aber sie treten in den Hintergrund: Artikulation von Elementen einer sozialistischen Alternative innerhalb einer "staatstragenden Kraft"; Informationsbeschaffung aus dem Staats- und Parteiapparat für eine kritische Öffentlichkeit; Heranbildung sozialistischer "Kader", die bei einer Verschärfung der Widersprüche auch andere organisationspolitische Entscheidungen treffen könnten.

Wahl- und Regierungssituation sind am stärksten mit "Sachzwangcharakter" ausgestattet, hier gelingt es der

Parteiführung auch am besten, die i.O. für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Angesichts der grundsätzlich großen und von Ebene zu Ebene in der Organisationshierarchie sich verstärkenden Schwierigkeiten innerparteilichen Machtwechsels und angesichts der Tatsache, daß ein bloßer Personen- und Programmwechsel in Partei- und Staatsapparat noch nicht eine andere Politik bedeutet, wenn es nicht gelingt, die restriktiven Schranken politischen Handelns zu überwinden, ist es notwendig, das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag der sozialistischen Bemühungen innerhalb der SPD beständig kritisch zu überprüfen.

Theoretisch gibt es keine Alternative zur dialektischen Einheit von Basismobilisierung, offensiver innerparteilicher Strategie und offensivem Hineintragen der Interessen der Basis in den Staatsapparat. Die Annahme, daß die SPD dafür ein geeignetes organisatorisches Instrument ist, sollte in dieser Arbeit problematisiert werden. Die schon bestehenden Zweifel wurden bestärkt. Für eine definitive, stringente Antwort reicht dies nicht aus. Vielleicht trägt dazu bei, den Weg der Parteilinken Dogmatisierungen zu bewahren, so auch bei ihr der Zweifel legitim bleibt, ob dieses Konzept die letzte organisationspolitische Antwort der Sozialisten in der BRD darstellt. Weitere theoretische und - wie die hier vorgelegte Fallstudie - empirische Arbeiten sind notwendig, um die strategische und organisationspolitische Unsicherheit der Linken in der BRD zu reduzieren. Einstweilen erscheinen deshalb - von einer nichtdogmatischen Position aus - alle Versuche als positiv, die bestehenden gesellschaftlichen Widersprüche in Konflikten zu artikulieren, d.h. sichtbar und bewußt zu machen.

Den Text entnahmen wir - in gekürzter Fassung - mit freundlicher Genehmigung von Joachim Raschke aus: Joachim Raschke, *Innerparteiliche Opposition*, Hamburg 1974

1977 - Reflexionen

Der folgende Beitrag von Mechthild Jansen ist anlässlich der Veröffentlichung von FDJ-Dokumenten aus dem Jahre 1977 in der letzten spw niedergeschrieben worden. Weitere politisch-biographische Reflexionen sollen in den Ausgaben des nächsten Jahres folgen.

Die spw-Redaktion

von Mechthild Jansen*

Auch in der linken Sozialdemokratie ist nun "Vergangenheitsbewältigung" angesagt. In diesem Fall teile ich die Spruchweisheit "besser spät als nie". Zu "bewältigen" haben oder hatten die Konflikte im Feld der linken Sozialdemokratie um das Jahr 1977 wohl die einzelnen damals handelnden Subjekte. Im politisch öffentlichen Kontext ziehe ich es vor, von einer Erhellung und Reflexion der einstigen politischen Ereignisse zu sprechen, auf deren Basis vielleicht ihre Verarbeitung und Integration möglich ist. Sechzehn Jahre und den Zusammenbruch des Realsozialismus hat es gebraucht, um über diese Zeit "strömungs"- und damit in gewissem Sinne parteiöffentlich sprechen zu können, ohne daß die alten Konflikte und Wunden gleich wieder aufplatzen und das Wiederaufflammen alter Tabus zum Abbruch oder zur "Verklemmung" des Gesprächs führen würden. In einem bewußt subjektiven Rückblick aus heutiger Sicht versuche ich, zur Erinnerung an die politischen Jahre um 1977 und zu einer Einschätzung im Rahmen ihrer Zeit und aus jetziger Perspektive beizutragen.

I.

Dieses Jahr 1977 wurde zu einem prägenden Jahr nicht nur für die handelnden Subjekte, die linkssozialdemokratischen Jugendorganisationen und die SPD, sondern vermittelt auch für die damalige Generation derer, die in linken Bewegungen eine Veränderung bundesrepublikanischer Verhältnisse anstrebten. Von ihnen war bislang, anders als von den "68ern" nicht die Rede, so als sei damals nichts passiert. Während das Jahr '68 allerdings einen großen politischen Aufbruch markiert, kennzeichnet das Jahr '77 eher einen mittleren

* Mechthild Jansen, Journalistin, Köln

Abriß, eine Einhegung von Folgen aus 1968.

Tatsächlich gab es einschneidende und entscheidende politische Schockerlebnisse: Erfolge radikaler linker Gruppen und radikale Disziplinierung linker Gruppen und Organisationen bzw. Säuberung an ihren Spitzen, wie sie es in dieser Art danach in der SPD, in Gewerkschaften und anderen großen reformorientierten Organisationen nicht mehr gegeben hat. Die Folgen für die Betroffenen waren nicht selten existentieller Art. Hoch bedeutsam war diese Zeit jedoch auch für die SPD. Sie hat sich nach ihrer Abgrenzung vom SDS in den

Während das Jahr '68 allerdings einen großen politischen Aufbruch markiert, kennzeichnet das Jahr '77 eher einen mittleren Abriß, eine Einhegung von Folgen aus 1968.

60er Jahren - erneut ihrer widerspenstigsten eigenen linken Kinder entledigt und den kritischen Rest gerade geduldet. Dieser Vorgang stand für eine Abschottung gegen eine immanente und legale Veränderung von Partei und Gesellschaft, die doch die angeblich mögliche Alternative zu einer RAF-Politik sein sollte. Es war die Abdichtung gegen eine marxistisch inspirierte Perspektive von grundlegenden Veränderung. Damit hat die SPD für ihre heutige, historisch gesehen wohl tiefgreifendste Krise, ihren Substanz- und Identitätsverlust frühe Wurzeln gelegt, neue soziale Bewegungen, den Abgang zu den Grünen und grundlegende politische Neuorientierungen für viele Linke befördert.

1977 war ein Jahr der härtesten politischen Grenzziehungen. Wie es dabei nicht anders sein kann, gab es entsprechenden Flurschaden, dessen Wirkungen bis in die Gegenwart reichen.

Die Themen, die uns damals als Jugend- und Student(inn)en-Organisationen

besonders beherrschten, seien in Erinnerung gerufen. Sie hatten nicht nur für die linkssozialdemokratisch und sozialistisch orientierten Gruppierungen, sondern auch für andere engagierte Linke mindestens im Umfeld der Arbeiterbewegung und Gewerkschaften eine wichtige Bedeutung. Wir waren eine (noch) politisierte und aktive Student(inn)enschaft und hatten eine legendäre, mittlerweile zerfallende und entsetzlich fraktionierte 68er-Tradition geerbt. Diese heftete mit der Auseinandersetzung über den Faschismus zugleich eine noch längere, schrecklichere und bitterere Spaltung der Arbeiterbewegung und der Linken zwangsweise an unsere Fersen.

Wir waren damals unzufrieden mit der nicht nur stagnierenden, sondern mehr noch zurückgenommenen Reformpolitik der SPD, für die der Kanzler Helmut Schmidt als Synonym stand. Unsere Bedürfnisse und Vorstellungen von gesellschaftlichem Aufbruch und von Freiheit im Leben konnten mit ihr nicht befriedigt werden. Uns bereitete das Verhältnis der SPD zu Kritik, zu aufkeimenden gesellschaftlichen Bewegungen und zu den innerparteilichen OpponentInnen größtes Mißbehagen. Hier wurde abgewürgt, diszipliniert, stigmatisiert und Unabhängigkeit unter keinen Umständen zugestanden. Die Berufsverbote bildeten dabei die Spitze des Eisberges. Der Radikalerlaß war von der SPD Willy Brandts zu verantworten und erstreckte sich keineswegs nur auf die gehaßten DKP-Kommunisten. Auch Mitglieder des Sozialistischen Hochschulbundes und (gleichzeitige) SPD-Mitglieder waren neben Parteilos, KBW-Mitgliedern u.a. betroffen. Die Qualifizierung als "Kommunist" fungierte in der Tat als Schlaginstrument gegen jene überhaupt, die vom Standpunkt "linker" Kritik in der BRD etwas verändern wollten. Wenn wir gegen die Berufsverbote kämpften, so ging es uns instinktiv vor allem um unsere eigene Haut sowie um die Handlungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Bewegungen und am wenigsten um die DKP.

Schließlich versetzte uns das Stichwort "Neutronenbombe" in Schrecken, jene Bombe, die Menschen sicher vernichtet und Kulturschätze gleichzeitig bewahrt. "Dresden wäre erhalten geblieben", hieß es euphorisch. Die Neutronenbombe markierte eine eklatante Zuspitzung des Kalten Krieges und den Beginn des neuen US-Kreuzzuges gegen den Kommunismus.

Mit diesem - verbindenden - Stichwort klemmten wir uns hinter Egon Bahr, der als damaliger Bundesgeschäftsführer der

Partei die Bombe eine "Perversion des Denkens" genannt hatte und ihre Stationierung in der BRD um jeden Preis verhindert wissen wollte. Doch daß es sich bei ihrer Ablehnung um ein verbindendes Element handelte, erwies sich als Irrtum. Egon Bahr und die SPD-Führung wollten diese Waffe nicht, weil die Deutschen ihre ersten Opfer sein würden. Aus Patriotismus verbündeten und arrangierten sie sich mit den Regierungen im Osten, insbes. der DDR, um Abrüstung aus und insoweit als von eigenem Interesse zu befördern. Mit Antimilitarismus, gesellschaftlicher Öffnung und demokratischem Reformbestreben hatte das so wenig zu tun wie auf Seiten des SED-Regimes. Die beiden verband darüber hinaus ihr gegenseitiger Wunsch, die jeweils andere gesellschaftliche Ordnung mit nicht-militärischen Mitteln zu okkupieren bzw. zu unterhöhlen und zugleich die je eigene innergesellschaftliche Opposition kurz und niedrig zu halten. So schauten sie sich gegenseitig zwar interessiert und soweit erheischbar die Oppositionsspiele ihrer jeweiligen Brut an, doch eine innere Verbindung zu ihr gab es auf beiden Seiten nicht. Es ging, wo immer möglich, beiderseits um Kontrolle und Instrumentalisierung.

Allen subjektiven und öffentlich vorherrschenden Wahrnehmungsmustern zum Trotz gingen die Rechnungen dennoch nicht auf oder nicht so ganz. Die Basisbewegungen von unten und die Gesellschaften hatten beiderseits durchaus ihre eigene Kraft bewiesen und stellten somit auch die Wahrnehmungsmuster von einst infrage.

II.

Ich selbst wurde 1975 als 22jährige Studentin zur ersten weiblichen Bundesvorsitzenden des Sozialistischen Hochschulbundes gewählt, dem ich gerade ein Jahr als Mitglied angehörte. Zweimal wiedergewählt kandidierte ich 1978 nicht wieder, drei Jahre als Vorsitzende einer Student(inn)enorganisation reichten. 1978 war das Jahr, in dem ich auf ruheloses Betreiben des SPD-Parteivorstandes trotz aller Einsprüche auf der Ebene der Bezirkschiedsgerichte durch die Bundesschiedskommission der Partei auf der SPD ausgeschlossen wurde. Das geschah nicht lange Zeit nach dem Ausschluß des Jusobundesvorsitzenden Klaus-Uwe Benneter, dem ich mit der Initiierung einer "Solidaritätskampagne" in Form eines sozialdemokratischen Unterstützerkreises, Unterschriftensammlungen und Veran-

staltungsreihen zur Seite trat. Der Grund meines SPD-Ausschlusses war meine "führende" Rolle bei den Friedensdemonstrationen von 1977. Diese lag nach SPD-Lesart in meinem Aufruf zur Teilnahme und in einer Rede auf einer Abschlußkundgebung der Demonstrationen, zu deren Initiatoren u.a. das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit gehört hatte und an denen folglich Kommunisten beteiligt waren. Mit meiner Kritik an der Aufrüstungspolitik Helmut Schmidts habe ich mich, so hieß es in der Ausschlußbegründung, als "schlimmster Feind" der SPD und der BRD erwiesen. Mit mir wurden gleichermaßen Prof. Gerhard Stuby und Prof. Gerhard Kade ausgeschlossen. Unsere "Fälle" lagen parallel zu dem Klaus-Uwe Benneters. Trotz mehrfacher Nachfrage und eines vorab als zustimmungssicher apostrophierten Wie-

1977 war ein Jahr der härtesten politischen Grenzziehungen. Wie es dabei nicht anders sein kann, gab es entsprechenden Flurschaden, dessen Wirkungen bis in die Gegenwart reichen.

deraufnahmeantrags lehnte die SPD bis 1989 dieses Ersinnen ab. Danach hatte ich kein Interesse mehr. Angesichts der Aufgabe des Grundrechts auf politisches Asyl durch die SPD wäre mir es zudem als höchst fragwürdiges Zeichen erschienen.

Der SHB, in den 60er Jahren als parteitreue Nachfolgeorganisation des unbotmäßig gewordenen SDS gegründet, entwickelte sich bald ebenfalls parteikritisch und arbeitete sich bis zu seinem Verbleichen an der SPD ab. Zu meiner Zeit machte sich seine Identität besonders an einigen Positionen fest, die bei der SPD-Führung auf schrille Ablehnung stießen. Der parteiunabhängige SHB sah auf der Basis marxistischer Vorstellungen (oder was man/frau dafür hielt) die "Klassenlinie" mitten durch die SPD selbst verlaufen und ordnete sich dabei in Entgegensetzung zum prokapitalistischen rechtssozialdemokratischen Flügel dem linken sozialistischen und linkssozialdemokratischen Flügel zu. Auf eine Einheit

der Partei ließ er sich nicht verpflichten. Solidarität mit der SPD per se war für ihn nicht angesagt und die SPD-Mitgliedschaft kein Dogma, da dies die Akzeptanz rechtssozialdemokratischer Dominanz bedeutet hätte. Er trat vehement für die "Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten" und die Zusammenarbeit "fortschrittlicher Kräfte" ein und glaubte damit Lehren aus dem Faschismus zu ziehen. Aktueller Bezugspunkt dieser Idee war der materielle und politische Interessenskampf an den Hochschulen sowie eine gesellschaftliche Reformpolitik im Interesse breiter gesellschaftlicher - "lohnabhängiger" - Schichten. Antimperialistische Solidarität war ihm so wichtig wie der Kampf für Entspannung und Abrüstung. Der SHB war ein Gegner des Antikommunismus, in dem er vor allem eine grundlegende Fortschrittsfeindlichkeit zu erkennen glaubte. Damit und unter Bezugnahme auf die demokratischen Bestimmungen unserer Verfassung war er auch gegen Grundrechtsbeschneidung und Ausgrenzung gegen DKP-Kommunisten.

Der SHB unterschied sich von der Jusoder Stamokap-Linken in der SPD durch vermeintlich oder tatsächlich besonders harte und konsequente Parteikritik und das Beharren auf organisatorischer Eigenständigkeit. Er verdächtigte diese schließ des Opportunismus und der Verabsolutierung der Parteizugehörigkeit. Als Unterschied zum MSB-Spartakus, der Studentenorganisation der DKP, pflegten SHB-ler auf den Zentralismus von MSB und DKP, auf demokratische Defizite und deren Befürwortung des Einparteiensystem der sozialistischen Länder hinzuweisen. Nach weiterer "Kritik" an den realsozialistischen Ländern befragt, wurden sorgsame Systemvergleiche vorgenommen, im Detail alles mögliche als kritikwürdig befunden, vor allem aber auf die ganz anderen historischen Voraussetzungen dieses Sozialismus hingewiesen, der als Vorbild für die BRD so oder so nicht infrage kam. Tatsächlich wurde das Denken an einem bestimmten Punkt zugunsten des Festhaltens am Prinzip eingestellt. Das veranlaßte uns dann zu grauenhaften Eiertänzen in unseren politischen Erklärungen beispielsweise zur Verhaftung Rudolf Bahros oder später zur Ausbürgerung Wolf Biermanns, der sich im Unterschied zu uns politisch bestens schlug. Wenn es denn stimmen würde, was der DDR vorgeworfen wird, dann würden wir das auch kritisieren wollen. Aber das sei kein Grund für Antikommunismus und zudem müsse erst geprüft werden, wie der

wahre Sachverhalt wirklich aussehe. So oder ähnlich lautete auch meine Stellungnahme im Fall Bahro, für die ich mich bis heute schäme. Für unsere wachswenige Haltung wurden wir öffentlich an den Pranger gestellt, wie es angesichts der sonstigen Ignoranz uns gegenüber überhaupt nicht zu fassen war.

Die ziemlich gnadenlosen Linienkämpfe hatten längst unsere eigenen Köpfe zugerichtet und vernagelt, Selbstzensur, das Herunterbeten von Glaubenssätzen und letztlich politische Ängstlichkeit außerhalb unserer eingezogenen Gerüststangen bewirkt. Die Grundsatzhülsen aus Grundsatzprogrammen wurden quasi auswendig gelernt und tunlichst darauf geachtet, nicht bei Unklarheit oder falschen theoretischen Ableitungen erwischt zu werden. Wer mitmischen wollte, mußte die erkennungsdienstlichen Codes beherrschen. Freie Meinungsäußerung und eigenständiges Denken kosteten Mühe und ernteten das Prädikat des/der unzuverlässigen Kantonten/in und tendenziell die Ausgrenzung. Freilich, in welcher der linken Organisationen man oder frau an den Hochschulen gelandet war, hatte gewiß manche inhaltliche Gründe. Mindestens ebenso aber war es abhängig von Zufällen, persönlichen Bekanntschaften oder Mentalitätsfragen. Aber einmal Mitglied in unseren linken Organisationen gab es nur ein drinnen oder draußen, die Loslösung war meist nur um den Preis erheblicher Konflikte oder Brüche möglich.

Die eigenen ursprünglichen politischen Impulse, die mich oder uns zu politischem Engagement veranlaßt hatten, drohten darunter völlig verloren zu gehen: ein radikales Freiheitsverlangen, das mich als Frau bestimmte; gesellschaftliche Reform und Emanzipation, um den Mief der 60er Jahre gänzlich abzustreifen; die Empfindsamkeit für und die Ablehnung von sozialen und politischen Ausgrenzungsmechanismen aufgrund irgendeines "Anderssein" oder den in der sozialen Hierarchie Schwächeren; der Horror vor der Produktion von Sündenböcken und Feindbildern; der Haß auf jede Form von Gängelei und der Wunsch nach demokratischer Gleichbehandlung und Gleichberechtigung; die Empathie und die Wut auf Ungerechtigkeit und Ungleichheit; die Glut gegen Mißachtung der Würde des Menschen; das Engagement für politische Verständigung und Friedenssicherung; die Utopie von Zusammenarbeit zwischen Menschen, die bereit sind, sich für ein besseres Leben zu engagieren. Schließlich mein Haß auf "Apparatschiks", denen ich nie ähnlich

werden wollte. Wobei unsere Arbeitsweisen so waren, daß beste Chance bestanden, es zu werden.

Diese ganz einfachen Dinge waren es, die aber "außen" wohl nur noch schwer erkennbar blieben. Später wurde mir klar, daß in den bitteren Konflikten mit der SPD bei allem oberflächlichen Wortgeklänge ganz tief innen um zwei verschiedene Dinge gekämpft wurde: während es uns um unsere eigene Befreiung ging, ging es der SPD-Parteiführung um ihre Macht, ihren Sieg über die kommunistische Macht, deren Stärkung sie durch unser Wirken fürchtete. Tatsächlich wäre es - hätten wir mehr Erfolg gehabt - um eine Minderung ihrer eigenen Macht gegangen. Insofern haben beide Dinge doch miteinander zu tun. Heute verstehe ich, anders als damals, den Haß

... während es uns um unsere eigene Befreiung ging, ging es der SPD-Parteiführung um ihre Macht, ihren Sieg über die kommunistische Macht.

auf Kommunisten und auch den Haß, der uns oft entgegenschlug. Er beruhte bei einigen auf entsprechender Erfahrung. Die "Auseinandersetzung" wurde jedoch mit Methoden geführt, die den inkriminierten manchmal sehr ähnlich wurden. Zudem verselbständigte sie sich. Es war mehrheitlich keine demokratische Auseinandersetzung. Inwieweit die Abwehr der "kommunistischen Gefahr" tatsächlich Movens des politischen Handelns der entscheidenden Akteure war, wäre heute einmal genauer zu untersuchen.

III.

Einige politischen Verdienste mag der SHB, vermögen allemal die Juso-Linken, errungen haben. Der SHB und andere sind politischer Repression und Disziplinierung entgegengetreten und haben einen Anspruch auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit von Jugend- und Studentenorganisationen und Bewegungen verteidigt. Sie haben Politisierung und eine fortschrittliche Grundhaltung von StudentInnen und Jugendlichen initiiert. Sie haben sich für eine linke, eine soziale Politik einge-

setzt, leider nachrangig, aber auch für die Entwicklung allgemeiner Demokratie. Schließlich haben sie einen Beitrag zum Abbau von Feindbildern im Kalten Krieg, für Abrüstung und die Entspannungspolitik geleistet.

Dabei aber haben der SHB und andere marxistische orientierte Organisationen, je dogmatischer desto mehr, ihrerseits heftig eigene Feindbilder und Schwarz-Weiß-Denken (re)produziert. Sie haben geschlossene Gesellschaften gebildet und politische Themen oder Menschen ihrerseits funktionalisiert. Ihnen sind dabei kritische Maßstäbe und Prinzipien verloren gegangen, ihre Entwicklungsfähigkeit hat hierin klare Grenzen gefunden. Die Auflösung, der Zerfall oder die Orientierungslosigkeit und Krisen dieser Gruppen und Organisationen haben hier eine ihrer Ursachen. Dieser Verlust von Kritikfähigkeit bezieht sich nicht nur auf die Existenz "blinder Flecken" bzw. die Blindheit auf einem, dem linken Auge, sondern auf die ganze Politik. Wie mit ihnen selbst im Kalten Krieg verfahren wurde, so blieben sie den dichotomen Abschreckungs- und Vernichtungsmustern der Zeit des Kalten Krieges verhaftet und reproduzierten sie auf ihre Weise.

Wir sahen uns dabei allenfalls als Opfer. Wir erkannten nicht, daß wir für die einen Prügelknabe waren und von den anderen instrumentalisiert wurden. Wir übersahen, daß unsere Politik über weite Strecken aus Reflexen bestand und wir in unserer eigenständigen Verantwortung und Handlungsmöglichkeit schwach blieben. Wir versagten nur dort nicht, wo es um unsere Selbstbehauptung als kritische Strömung innerhalb der Sozialdemokratie und sozialistischen Bewegung ging. Aus der Logik der Zeit heraus betrachtet, mag das vielleicht noch nicht das schlechteste Ergebnis sein.

Das Bedürfnis nach Selbstbehauptung war für mich persönlich vielleicht der wichtigste politische "Erfahrungsort": sowohl und zunächst gegenüber der SPD, die in mir nichts als eine "Prokommunistin" sah, als auch anschließend gegenüber der DKP, die, da ich ihr nicht, auch nicht "kryptomäßig" zugehörig war, in mir nichts als Abweichlerin, verkappte Sozialdemokratin, bürgerliche Feministin oder raffinierte Feindin sah. Niemals konnte sie die apostrophierten BündnispartnerInnen als tatsächlich eigenständige überhaupt für möglich halten. Nach der "Abarbeitung an der SPD" und deren politischer Exekutionspraxis blieben mir Erfahrungen der Verfolgung durch linien-

treue Parteikommunisten nicht erspart, die alle hehren Formeln und Grundsätze ad absurdum führten. Beides bereicherte mich um offenkundig notwendige politische Lehrstunden. Einst hatte das Etikett Sozialdemokratie, Sozialismus und Kommunismus (à la Manifest) einfach als Zeichen für die Vorstellung vom etwas Besseren gestanden, als Synonym meiner Utopien. Diese Variante der Gläubigkeit war nach dem einstigen Kirchenaustritt ja auch unbedingt zu überwinden. Und dennoch bleibt man oder frau im Pathos in gewisser Weise immer etwas "katholisch" und etwas "sozialistisch"...

Als SHB im Jahr 1977 kapierten wir nicht, daß wir oder andere "Linke" tatsächlich - meinethalben durchaus im guten Glauben, das macht es um nichts besser - von der DKP oder auch SED instrumentalisiert wurden, jedenfalls solange, wie es in deren antagonistisch gedachte Weltbilder paßte. Die Wahrnehmungsmuster der FDJ, wie sie in den von spw abgedruckten Dokumenten zum Ausdruck kommen, sprechen in dieser Hinsicht Bände. Wenn von der SPD her gedacht alle Unterschiede nach links doch nur in den Kommunismus führen konnten, so konnten von den Kommunisten her umgekehrt alle Unterschiede nur in Kapitalismus-Apologik enden. Die Welt wurde eingeteilt nach dem Motto "bist du nicht für mich, bist du gegen mich". Dem Muster des Antikommunismus wurde das Muster des Anti-Antikommunismus entgegengesetzt. Politische Themen bzw. ein bestimmtes politisches Vokabular wurden als Erkennungsmerkmale und Ordnungskennzeichen zur Einteilung der Welt nach dem Freund-Feind-Muster benutzt. Mit der Sache - bspw. der Abrüstung, sozialen Gegensätzen, den Berufsverboten etc. - stand das in keiner engeren Verbindung mehr. "Wesentlich" war ein politischer Beschluß dann, wenn er eins von den Freund-Feind-Stichworten bediente. Welchen Stellenwert er tatsächlich hatte, interessierte nicht.

Beim Auftritt Wolfgang Biermanns ging es in den Augen der SED selbstredend niemandem ernsthaft um "Kritik", sondern allerorten nur um antikommunistische Attacken. Wenn von Sozialdemokraten Kritik an der DKP geäußert wurde, dann weil die Kräfteverhältnisse in der SPD von ihnen Unterwerfung verlangten. Arbeiteten Sozialdemokraten mit der DKP zusammen, dann deshalb, weil dem wachsenden Einfluß der DKP das Wasser abzugraben war. Die Juso-Linke gewann dann und deshalb, weil sich die Parteiführung für

ihre hinterhältigen Zwecke von ihnen mehr Gewinn versprach als von den anderen Juso-Strömungen. Die Fronten blieben immer klar, Infragestellung war nirgends angesagt.

IV.

Die Wahrnehmung der Zeit blieb meist auf die Muster der Zeit beschränkt. Das Schema der Wechselseitigkeit der Feindbilder wurde nicht sonderlich erhellt. Die Arrangements oben und oberhalb aller Kämpfe, die zwischen den nach oben Strebenden stattfanden, wurden nicht durchschaut. Die einen waren freilich auch nicht schon identisch mit den anderen, obwohl sie stets darin zu enden drohten. Identisch waren aber auch nicht die Anliegen unten mit den Anliegen der jeweils

Als SHB im Jahr 1977 kapierten wir nicht, daß wir ... von der ... SED instrumentalisiert wurden ...

zugeordneten Strippenzieher oben. Die Realität war komplexer als die Schwarz-Weiß-Bilder.

Die jeweils schärfsten Linienkämpfer und -richter, die sich innerhalb dieser Freund-Feind-Gefüge bitter befehdeten, stammten bei Licht betrachtet oft aus einem Stamm. Sei es innerhalb des SHB gewesen oder zwischen SHB und Stamokap-Jusos oder innerhalb der Juso-Organisation. Es handelte sich um machtpolitische Familien- und Stammeskämpfe mehr als um Kämpfe über den "richtigen" Weg zur Veränderung der kapitalischen Ausbeutungsordnung.

Das gilt neben dem alten Streit um Reform oder Revolution letztenendes auch für das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten. Nach dem Ableben der letzteren wird dies deutlicher denn je. Die Krise der SPD zeigt in ihren tieferen Dimensionen über Strecken gleiche und ähnliche Symptome wie einst die dogmatischen kommunistischen Parteien, bevor sie scheiterten. Beispiele sind die Irritation über eine schwindende homogene Arbeiterklasse oder die Individualisierung; die Unfähigkeit im Umgang mit den Themen Frauen, Ökologie, Wachstum; der Zentralismus und die Unbeweglichkeit der

alten Großorganisation etc.

Der Anti-Antikommunismus war seinerseits blind gegenüber Realitäten und alles andere als schon eine demokratische und sozialistische Politik. Er läßt sich rechtfertigen nur vom Ausgangspunkt her: der Befreiung aus Unterdrückung, die aber immer auch auf das Problem in und mit uns selbst verweist.

Die Entspannungspolitik war wider ihre eigene Intention auf ihre Weise erfolgreich. Das System des Kalten Krieges und antagonistischen Systemgegensatzes ist zusammengebrochen, für die einen mit unmittelbaren, für die anderen mit mittelbaren Folgen.

Der Zeit furchtbar weit voraus waren wir nicht, höchstens hier und da. Hier und da aber auch hinterher. Jede Position schränkt die Sichtweise ein - dort wo man/frau selbst im Feld steht. Der Unterschied fürs Ganze kann groß sein. Dem wäre zukünftig vielleicht kritisch zu begegnen, indem bewußt auch jede andere Sichtweise einmal eingenommen und durchdacht wird.

Worum nun ging der Streit 1977? Er ging m.E. einerseits um den Versuch, die geschlossene Veranstaltung SPD und BRD zu öffnen. Dabei ging es andererseits um die Abgrenzung zum real existierenden Anderen, den nachstalinistischen Gesellschaften, und um den eher impliziten denn expliziten Streit, die unklare umstrittene Vorstellung von einem anderen, neuen Modell von Gesellschaft.

War die Aufregung 1977 gerechtfertigt? Waren gar die Ausgrenzung und Disziplinierung nach links hin berechtigt? Sie hatte für manche unbeabsichtigt eine richtige Nebenwirkung. Die Konfrontation war Anlaß, genauer in die Ecke zu schauen, in die man oder frau gestellt wurde und in der ich weder "bei mir zu Hause" war noch mich wohl fühlte. Es mußte die Bereitschaft da sein, dem nachzugehen, die Stigmatisierung zu ertragen und die organisationspolitische Bezugslosigkeit und Einsamkeit in Kauf zu nehmen. Dann zwang der Konflikt, uns zu bewahren, wo unser eigenes Denken zunächst versagte, vor einer weiteren Einbindung in Verbrechen und Versagen von Stalinismus und "realsozialistischen" Staaten. Ein Lerneffekt war aber nie Intention von Ausgrenzung und Disziplinierung; Brandmarken und Kaputtmachen, nicht Lernen ist in ihnen angelegt.

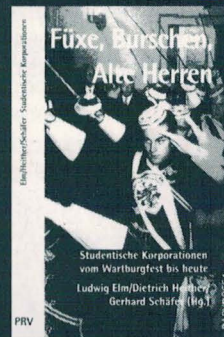
Ab jetzt wird wieder mehr gelesen!

spw belohnt jedes neue Abonnement mit zwei Buchgeschenken zu aktuellen Themen.

ab sofort und im August,

Nr. 15/1993

**Karl-Heinz Heinemann/
Wilfried Schubarth (Hg.),
Der antifaschistische Staat
entläßt seine Kinder.
Jugend und Rechtsextremismus
in Ostdeutschland**
Köln 1992 (PapyRossa Verlag),
Ladenpreis 14,80 DM



Nr. 16/1993

**Ludwig Elm/Dietrich Heither/
Gerhard Schäfer (Hg.)
Füxe, Burschen, Alte Herren.
Studentische Korporationen
vom Wartburgfest bis heute**
Köln 1992 (PapyRossa Verlag)
Ladenpreis 24,80 DM

im September,

Nr. 17/1993

**KREUZ UND QUER DURCH
KÖLN Frauenstadtbuch**
Köln 1992 (PapyRossa Verlag),
Ladenpreis 15,-



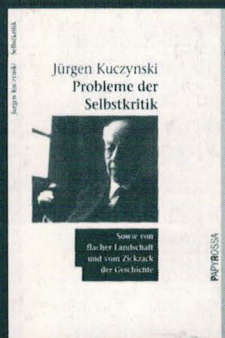
Nr. 18/1993

**Dieter R. Knoell,
Kritik der deutschen
Wendeköpfe. Frontberichte
vom publizistischen Feldzug
zur Herbeiführung des
Endsieges über die
zersetzende Gesellschaftskritik**
Münster 1992
(Verlag Westfälisches
Dampfboot),
Ladenpreis 19,80 DM

im Oktober,

Nr. 19/1993

**Jürgen Kuczynski,
Probleme der Selbstkritik.
Sowie von flacher Landschaft
und vom Zickzack
der Geschichte**
Köln 1991 (PapyRossa Verlag),
Ladenpreis 24,- DM



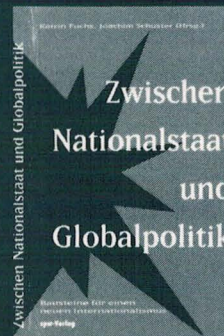
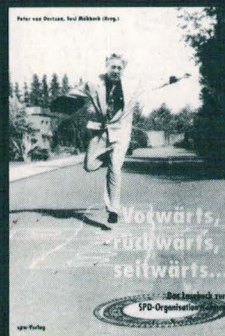
Nr. 20/1993

**Lutz Hoffmann,
Die unvollendete Republik.
Zwischen Einwanderungsland
und deutschem Nationalstaat
2., aktualisierte Auflage,**
Köln 1992
(PapyRossa Verlag),
Ladenpreis 24,-

im November,

Nr. 21/1993

**Peter von Oertzen, Susi
Möbbeck (Hg.),
Vorwärts, rückwärts, seitwärts
... Das Lesebuch zur SPD-
Organisationsreform**
Köln 1991 (spw-Verlag),
Ladenpreis 19,80 DM



Nr. 22/1993

**Katrin Fuchs/
Joachim Schuster (Hg.)
Zwischen Nationalstaat und
Globalpolitik**
Köln 1992
(spw-Verlag),
Ladenpreis 19,80 DM

aber im Dezember ist Schluß !!!